

27.11.1980

Axel Springer Verlag AG, Post 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenabteilung Kettwig (02 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 Bfr., Dänemark 8,75 Dkr., Frankreich 7,00 Ffr., Griechenland 140 Dr.
Großbritannien 55 p., Italien 1500 L., Jugoslawien 275,00 Din., Luxemburg 22,00 Mfr.
Niederlande 2,20 Hfl., Norwegen 7,30 Nkr., Österreich 14 Sch., Portugal 115 Esc.
Schweden 6,50 Skr., Schweiz 2,60 Sfr., Spanien 170 Ptas., Kanarische Inseln 185 Ptas.

POLITIK

Arbeitsmarkt: Besser als erwartet wird sich nach Einschätzung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, in diesem Jahr der Arbeitsmarkt entwickeln. Die Zuwachsraten der Wirtschaft dürften möglicherweise über drei Prozent hinausgehen und damit auch auf dem Arbeitsmarkt Wirkung erzielen.

Antisemitismus: Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Nachmann, hat Parteien, Gewerkschaften und Kirchen vorgeworfen, zu wenig gegen das Aufkommen antisemitischer Gefühle in der Bundesrepublik getan zu haben.

Kardinal: Die katholische Kirche Kubas hat Papst Johannes Paul II. ersucht, nach über 20 Jahren wieder einen Kardinal für Kuba zu ernennen.

Spanien: Zehntausende haben in Madrid für den Austritt Spaniens aus der NATO demonstriert und für das Land einen Neutralitäts-Status gefordert. Am 12. März wird in einer Volksbefragung über die NATO-Mitgliedschaft abgestimmt.

Peru: Terroristen haben in Lima eine Serie von Sprengstoffanschlägen verübt. Aus fahrenden Autos warfen sie Dynamit auf fünf Botschaften - darunter die der Bundesrepublik - sowie auf Regierungsgebäude. Ein Armeeoffizier wurde getötet.

Jordanien: König Hussein will sich künftig in Europa und der UdSSR um Waffenlieferungen bemühen. Er zeigt sich enttäuscht über die Entscheidung der USA, seine Rüstungswünsche nicht zu erfüllen.

Südbanban: Israels Truppen haben sich weitgehend wieder aus Südbanban zurückgezogen, nachdem die Suche nach zwei von schiitischen Guerillas entführten Soldaten erfolglos geblieben war. Die Suche soll mit anderen Mitteln und in anderem Rahmen fortgesetzt werden.

Golfkrieg: Die Schlacht um die von iranischen Truppen eroberte Hafenstadt El Fao weitet sich aus. Die irakische Luftwaffe bombardiert fast ununterbrochen gegnerische Stellungen im Kampfgebiet. (S. 5)

Militärs lassen Marcos im Stich. Philippinen droht Bürgerkrieg

Katholische Kirche ruft Bevölkerung zur Unterstützung der Revolte auf

JOCHEN HEHN, Manila

Seitdem am Wochenende der stellvertretende Generalstabschef der Streitkräfte, Generalleutnant Fidel Ramos, und Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile dem philippinischen Staatspräsidenten Ferdinand Marcos ihre Gefolgschaft aufgekündigt haben, droht auf den Philippinen der Bürgerkrieg. Die beiden früheren Marcos-Loyalisten verschanzten sich mit rebellierenden Teilen der Truppe in den beiden Militärcamps Aguinaldo und Crame.

Vor dem Polizeihauptquartier im Lager Crame kam es gestern auch zu ersten Konfrontationen zwischen der Bevölkerung und regierungstreuen Truppen. Anhänger der Oppositionsführerin Corason Aquino versperren eine Militärkolonne den Weg mit Bussen und Autos. Rund 20 000 Filipinos skandierten dabei immer wieder ihre Gesänge mit dem Spitznamen von Frau Aquino - „Cory, Cory“. Bis gestern Abend sollen sich insgesamt 100 000 Marcos-Gegner vor dem Camp versammelt haben.

Der Schritt von Enrile und Ramos, der sowohl von der katholischen Kirche als auch von der Opposition begrüßt wurde, hat die 250 000 Mann umfassenden Streitkräfte der Phil-

ippinen in zwei feindliche Lager gespalten. Der mit den skandalösen Ereignissen der Präsidentschaftswahlen ausgelöste offene Bruch im Militär hat seine tiefen Ursachen jedoch in der desolaten Verfassung der Armee. Marcos hat sie immer mehr zu einem Instrument zur Sicherung seiner persönlichen Machtposition ausgebaut und mißbraucht.

Die beiden feindlichen Lager unterscheiden sich fundamental in ihrer Einstellung zu Staat, Präsident und ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich der Landesverteidigung, voneinander. Weiterhin loyal zum Präsidenten stehen jene militärischen Führer mit dem Generalstabschef Fabian Ver an der Spitze, die in verwandtschaftlicher Beziehung zur Präsidentenfamilie stehen und ihre Position der persönlichen Einflussnahme von Marcos verdanken. Die Zahl dieser Generale wird auf etwa 20 geschätzt.

Der abtrünnige Generalleutnant Fidel Ramos, der von Marcos als Nachfolger von Ver genannt worden war, zählt zu den schillerndsten Figuren des philippinischen Militärs. Der Westpoint-Absolvent hatte sich in der Vergangenheit immer hinter Marcos gestellt, auch als dieser 1972 das Kriegsrecht ausgerufen hatte und seine politischen Gegenspieler, unter anderem auch den 1983 ermordeten Benigno Aquino, einkerkern ließ.

Ramos war es aber auch, der damit begann, im vergangenen Jahr eine Reformbewegung in der Armee anzuleiten, als General Ver sich wegen der angeblichen Beteiligung am Mord Aquinos vor Gericht verantworten mußte und zeitweilig von seinem Amt entbunden war.

Hauptgrund für die Reformbewegung RAM war die weit verbreitete Korruption der Armee, besonders in der höchsten Führungsebene, sowie die wachsende Unzufriedenheit der nachrückenden Offiziere, die nur wenig Chancen sahen, in einer von Marcos kontrollierten Armee aufsteigen zu können.

Ramos gilt zudem als Verfechter einer Militärpolitik, welche die Loyalität der Armee ausschließlich auf die Republik, nicht jedoch auf die Person des Staatspräsidenten begrenzt sehen möchte.

DER KOMMENTAR

Abgewirtschaftet

FRITZ WIRTH

Die Signale aus Washington und aus der Administration sind noch deutlicher als dem Kongreß, können Präsident Marcos nicht mehr im Zweifel lassen, daß sein einstmals wichtigster Alliierte von ihm abgewirtschaftet ist. Heute für die USA bereits ein Mann von gestern. Die Politik der Vereinigten Staaten wird zur Stunde vornehmlich von dem Leitsatz bestimmt, dieses traurige Kapitel so gewaltfrei wie möglich zu beenden.

In Washington weiß man freilich, daß damit nur ein Teil der vielen Probleme dieses Landes gelöst ist. Es ist abgewirtschaftet und in seiner gegenwärtigen militärischen Verfassung nicht in der Lage, den beständigen Raumgewinn der kommunistischen Guerilla zu stoppen. Die neuen Philippinen bedürfen der amerikanischen Hilfe dringender, als sie einst Marcos zuteil wurde.

Frau Aquino gibt Washington noch immer Rätsel auf. Sie hat sich gegenüber den USA nicht unfreundlich geäußert, blieb jedoch stets distanziert. So erklärt sich auch die amerikanische Reaktion gegenüber Manila: in der Sache

keine Veränderung im Ton moderner Bürgerkrieg wäre nicht nur die schlechteste Form des Wechsels, sondern gefährdete gleichmaßen die Kontinuität wie die Sicherheitsinteressen der USA in diesem Raum.

Diktatoren haben eines gemeinsam: Sie vermögen die Zeichen an der Wand nicht mehr zu lesen, die ihnen sagen, daß ihre Stunde geschlagen hat. Sie räumen die Szene in der Regel erst fünf Minuten nach zwölf.

Ferdinand Marcos klammert sich an ein Mandat, das er sich mit Betrug und Gewalt gestohlen hat. Die gesamte freie Welt hat ihm den Spiegel vorgehalten. Wäre dieser Mann nicht so heillos von jenem Realitätsverlust heimgegriffen, der Diktatoren eigen ist, würde er sein Amt hier und heute verlassen. Reihum fallen die Säulen seines Regimes zusammen. Die von ihm gefälschten Wahlen zeigten, daß der Mittelstand zu ihm auf Distanz geht. Die Rebellion des Verteidigungsministers Enrile und des General Ramos deutet an, daß sein Rückhalt beim Militär schwindet. Das Stunden-glas rinnt.

exklusiv in der WELT:

Helmut Schmidt: Furcht vor Amerikas Defiziten



Die Europäer haben aufgehört, an der Formulierung einer westlichen Gesamtstrategie mitzuwirken. An der Vorbereitung des Genfer Gipfels zwischen Reagan und Gorbatschow, beispielsweise, hatten sie keinen Anteil - obwohl es auch um ihre vitalen Interessen ging, wie Autor Helmut Schmidt in dieser Folge seiner WELT-Serie betont. Europas Schwäche verleite die Amerikaner immer wieder zu politischen Alleingängen. Seite 7

„Schily betreibt Wahlgeschäft der SPD“

WELT-Interview mit Geißler / Historiker Golo Mann: Scharfe politische Berechnung

gba/DW, Bonn

Mit einer nachdrücklichen Betonung der Wahlkampf-Aspekte der Strafanzeige und des daraufhin eingeleiteten Ermittlungsverfahrens gegen Bundeskanzler Helmut Kohl wegen angeblicher unethischer Fälschungen haben sich führende Politiker der CDU zu Wort gemeldet. Der Bundestagsabgeordnete Otto Schily betreibt nach Ansicht des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler das „Wahlgeschäft der SPD“. „Es pfeifen in Bonn ja die Spatzen von den Dächern, daß er (Schily, die Red.) in die SPD eintreten will“, sagte Geißler in einem WELT-Interview. Schily sei ein „politischer Demagoge“, dem es bei seiner Anzeige gegen Kohl nicht um die Wahrheit gehe, eine Frage rechtlich zu klären. Geißler gab sich zuversichtlich, daß das Verfahren gegen den Kanzler eingestellt wird. Er begrüße, „daß die Staatsanwaltschaft diese Anzeige prüft“. Wenn die Staatsanwaltschaft feststelle, daß Schily den Kanzler ohne Grund anschwärzte, sollte dieser

Sachverhalt, „dieselbe publizistische Brei“ erfahren wie jetzt die Entscheidung der Staatsanwaltschaft, das Ermittlungsverfahren aufzunehmen. Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble sagte in einem „Spiegel“-Interview, die „politische Diffamierungswirkung“ der Anzeige nehme

SEITE 4:
Das Interview im Wortlaut

man ernst. Ein Versuch, „den Kanzler aus einem strafrechtlichen Bereich herauszubringen“, sei aber schon deswegen „untauglich, weil der Kanzler gar nicht drin ist“. Die Vorwürfe gegen Kohl seien haltlos. Die Staatsanwaltschaft habe den Eindruck vermeiden müssen, etwas „unter den Teppich zu kehren“.

Auf die Frage, ob Kohls Wort im Fall des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers Graf Lambsdorff,

daß im Bundeskabinett niemand Mitglied sein könne, der unter Anklage stehe, weiter gelte, erklärte Schäuble: „Kanzler-Worte gelten grundsätzlich.“

Der Historiker Golo Mann nannte die Anzeige gegen Kohl eine „Mischung aus Tugend und äußerster scharfer politischer Berechnung“. Sie sei ein „Tugend-Dolch, der in Gift getaucht ist“, sagte Mann in einem Interview der „Bild am Sonntag“.

Im Zusammenhang mit der Partei-spendenaffäre gerät auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt ins Kreuzfeuer. Vor dem Untersuchungsausschuß habe Brandt, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinz Günther Hübner, erklärt, mit dem ehemaligen SPD-Schatzmeister Friedrich Halstenberg nicht über Fick-Spenden gesprochen zu haben. Dazu Halstenberg: „Mein Vorsitzender hat mich gefragt: Hast du Geld bekommen von Fick? Meine Antwort war: Nein.“

Reagan schlägt Moskau Stufenplan vor

In der Antwort an Gorbatschow wurden die Bedenken Bonns gegen die Null-Lösung berücksichtigt

FRITZ WIRTH, Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat als Antwort auf die nuklearen Abrüstungsvorschläge des sowjetischen Generalsekretärs Michail Gorbatschow einen Stufenplan zum Abbau der Mittelstreckenraketen bis 1989 vorgeschlagen. Die Antwort Reagans an den Krenl-Chef versucht, wie leitende Beamte der Administration versichern, weitgehend die Einwände und Wünsche der Alliierten zu berücksichtigen.

So hat der amerikanische Präsident - nicht zuletzt auf Drängen der Bundesregierung - sich nicht wie Gorbatschow auf das Problem der Mittelstreckenraketen konzentriert, sondern auch Fragen der Interkontinentalraketen und eines weltweiten Verbots chemischer Waffen angesprochen. Darüber hinaus umfasse der Plan Reagans nicht nur die in Europa stationierten, sondern auch die östlich des Urals aufgestellten Raketen.

Bundeskanzler Helmut Kohl wur-

de von Reagan am Samstag über das amerikanische Schreiben an Gorbatschow unterrichtet, ließ es in Regierungskreisen. Die Bundesregierung sei mit den Vorschlägen Reagans zufrieden.

Der amerikanische Stufenplan sieht nach einem Bericht der „New York Times“ vor, die Mittelstreckenraketen in Europa im ersten Jahr auf 140 zu reduzieren. Auch in Asien sollen Raketen abgebaut werden. Die Forderung nach dem Abbau aller in Asien stationierten SS-20-Raketen geht auf die Besorgnisse der Japaner zurück. Die UdSSR verfügt nach US-Informationen über insgesamt 441 SS 20, davon 171 in Asien. Im zweiten Jahr des Plans sollen, so das Blatt, die verbleibenden Bestände halbiert, im dritten Jahr vollkommen abgebaut werden.

Washington weigerte sich jedoch nach wie vor, Druck auf Großbritannien und Frankreich auszuüben, ihre gegenwärtigen Nuklearbestände einzufrieren und die geplante Moderni-

sierung ihrer weitgehend überalterten Atomwaffen einzustellen.

Unabhängig von diesen amerikanischen Vorschlägen ist in Washington eine gewisse Irritation über die Reaktion einiger europäischer Alliierten bei den Konsultationen über die Antwort an Gorbatschow spürbar. Man ist in Washington besonders verstimmt über die Unterstellung, daß die amerikanischen Vorschläge die USA von dem europäischen Sicherheitschutz abkoppeln könnten.

Diese Irritation der Administration hat in den vergangenen Tagen deutlich auf die amerikanische Presse übergegriffen. Die ehemalige UN-Botschafterin Kirkpatrick schlägt in einem Beitrag für die „Los Angeles Times“ in diese Kerbe: „Eine Über-einkunft, amerikanische und sowjetische Raketen aus Europa abzubauen, würde weder die rechtlichen noch die moralischen Verpflichtungen gegenüber unseren europäischen Alliierten verletzen.“

Schließt Paris Pakt mit Nidal?

SAD, Paris

Frankreich soll in Geheimverhandlungen mit dem palästinensischen Terroristenführer Abu Nidal einen „Nichtangriffs-Pakt“ geschlossen haben. Aufgrund dieses Abkommens seien in dieser Woche zwei wegen Doppelmordes verurteilte Palästinenser vorzeitig aus einem französischen Gefängnis entlassen und ins Ausland abgeschoben worden. Das wurde in Paris bekannt. Schon 1982 sollen die Geheimverhandlungen mit Nidal begonnen haben.

Senator Fink für „Grundsicherung“

DW, Hamburg

Der Berliner Sozialsenator Ulf Fink hat sich für die Einführung einer Mindestrente ausgesprochen. In der „Welt am Sonntag“ sagte Fink, die CDU solle damit einen „Beitrag gegen die verschärfte Altersarmut“ leisten. Nach seinen Vorstellungen müßten die Renten bei Alleinstehenden auf 800 Mark und bei Verheirateten auf 1200 Mark aufgestockt werden. Die Grundsicherung sollte aus Steuergeldern finanziert werden.

Seite 2: Renten-Spiele

Sindermann: Ein Anfang ist gemacht

DW, Trier/Saarbrücken

„Herr Sindermann, warum dürfen wir unsere Kinder und Enkel in der DDR nicht besuchen?“ Das fragte ein Ehepaar, das vor einem Jahr aus der DDR ausreiste, den Volkskammerpräsidenten vor dem Geburtstagsantritt von Karl Marx in Trier. Doch von umringte Sindermann nichts. „Reiseerleichterungen kommen bestimmt, und mit dem Saarland ist schon begonnen worden“, meinte er.

SPD bestätigt Kurs Börners

DW, Darmstadt

Die Entscheidung, in Hessen eine rot-grüne Koalition zu bilden, würden inzwischen in den Reihen der SPD kaum noch kritisiert. Mit 207 von 222 Stimmen segneten die Delegierten des Landesparteitages in Griesheim bei Darmstadt den rot-grünen Kurs Börners ab und bestätigten ihn für weitere zwei Jahre im Amt des Landesvorsitzenden. Das entspricht einer Zustimmung von 92 Prozent der Delegierten.

Seite 4: Börner gestürzt

Diepgen wirbt in den USA für Berliner Kultur und Industrie

Einladung an Reagan / Bemühungen um mehr US-Touristen

with, Washington

Mit einem Gespräch bei Vizepräsident George Bush beendet der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, heute den ersten Teil seines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten. Diepgen hat die Absicht, im Verlauf des Gesprächs eine Einladung an US-Präsident Reagan zur 750-Jahr-Feier Berlins im nächsten Jahr auszusprechen. Am Freitag war Diepgen mit Außenminister George Shultz zusammengetroffen, dem er besonders dankbar für die Feststellung war, daß die USA ihre Rolle und Aufgabe in Berlin nicht nur als Garant äußerer Sicherheit sehen, sondern auch an der inneren Lebensfähigkeit der Stadt interessiert seien.

Diepgen sieht seine Amerikareise weitgehend als eine Werbetour für Berlin. „Wir wollen deutlich machen, daß Berlin nicht nur die Stadt des Spione-Austauschs und des Stachel-drahts, sondern eine der bedeutendsten Kulturmetropolen der Welt und eine aufstrebende Industriestadt ist.“ In Gesprächen mit Kongreßmitgliedern und Industriellen wies er auf die

besonderen Standortvorteile und die Steuererleichterungen für Investoren in Berlin hin. Im zweiten Teil seiner Amerikareise, der ihn nach New York führt, will Diepgen vor allem versuchen, der amerikanischen Tourismus nach Berlin zu fördern. Er hofft, daß besonders im Jubiläums-Jahr 1987 die Zahl der 66 500 Amerikaner, die 1985 Berlin besucht haben, weit übertraffen wird. In diesem Zusammenhang will er in Gesprächen mit Vertretern der Luftfahrtgesellschaft PanAm erneut auf eine Non-Stop-Verbindung von Berlin in die USA dringen.

Ermutig zeigte sich Diepgen auch über seine Gespräche mit dem US-Direktor für Öffentlichkeitsarbeit Charles Wick, bei dem das Thema eines von RIAS Berlin ausgestrahlten täglichen Fernsehprogramms von etwa vier Stunden Dauer im Mittelpunkt stand. Die Investitionskosten in Höhe von zwölf Millionen Dollar sollen dabei von amerikanischer Seite und die laufenden Kosten von jährlich 60 Millionen Mark aus den Bundeshaushalt bestritten werden.

WIRTSCHAFT

Rohtstoffmärkte: Die Regierungsvertreter der 22 Mitgliedsländer im Internationalen Zinnrat wollen heute in London einen Schlußstrich unter die Zinnkrise ziehen, die sich über vier Monate hingezogen hat. Nach 18stündigen Verhandlungen mit den Gläubigerbanken und den Metallhändlern an der Londoner Metallbörse ist ein Lösungsentwurf ausgearbeitet worden, der akzeptabel erscheint. (S. 9)

Israel: Zum erstenmal seit neun Jahren sinken die Lebenshaltungskosten; dagegen steigt die Arbeitslosigkeit weiter und nähert sich der Zehn-Prozent-Marke. Es hat sich der paradoxe Zustand ergeben, in dem die klassische Methode der Inflationsbekämpfung mit dem Opfer kurzfristig steigender Arbeitslosigkeit gerade durch eine Regierung angewandt wird, die unter Führung der Arbeiterpartei steht. (S. 10)

US-Aktienmärkte: Man glaubt nicht mehr an delphische Orakel, wie sie der Chef des Federal Reserve Board, Paul Volcker, häufig von sich gibt. Man greift nach den konkret geäußerten Wünschen des Finanzministers James Baker, der zweimal hintereinander im Kongreß erklärt hat, ein graduell weiter sinkender Dollar, ausgelöst durch niedrige Zinsen, sei willkommen. (S. 9)

SPORT

Ski: Mit dem zweiten Rang in der Kombination hinter dem Schweizer Firmin Zurbiggen sicherte sich der deutsche Weltmeister Markus Wasmeier den Welpokal für Kombinationswertungen.

Leichtathletik: Mit einer Weite von 20,48 m wurde die Münchnerin Claudia Loesch (Foto) in Madrid Hallen-Europameisterin im Kugelstoßen. Mit genau dieser Weite war sie 1984 in Los Angeles bereits Olympiasiegerin geworden. (S. 12)



Biathlon: Zum Abschluß der Biathlon-Weltmeisterschaften in Oslo belegte die deutsche Stafette mit Fritzenwenger, Wudy, Angerer und Fischer den dritten Platz. Es siegte die Sowjetunion vor der „DDR“. (S. 14)

Bob: Wolfgang Hoppe und Dietmar Schauerhammer („DDR“) wurden in Königssee erneut Zweierbob-Weltmeister. Für die deutschen Meister Anton Fischer und Christoph Langen blieb nur Platz fünf. (S. 14)

KULTUR

Entdeckung: Muse der Surrealisten, Fotomodell, Kriegskorrespondent - das aufregende Leben der Le Miller, die intensiv gelebten Rollen einer ungewöhnlich begabten Frau, sind Thema der Biographie von Antony Penrose. (S. 15)

„Helden“: Shaws frühes Stück im Berliner Schloßparktheater, inszeniert von Boleslaw Barlog - es war eine Huldigung für den früheren Generalintendanten der Städtischen Bühnen, der am kommenden Freitag seinen 80. Geburtstag begeht. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Kreuzfahrer: Erste Untersuchungen des Lecks des gesunkenen sowjetischen Kreuzfahrtschiffes „Michail Lermontow“ zeigen, daß der Liner nicht hätte sinken müssen. Jetzt wird gefragt, ob das Schiff nur ungenügend mit Schotzen ausgerüstet war. (S. 16)

„Ball des Sports“: Es wurde eine „Nacht der Blumen“ in der Mainzer Rheingoldhalle mit viel Prominenz unter den 2350 Gästen. Wirtschaftskapitäne, Politiker, Künstler gaben sich ein Stelldichein unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. (S. 16)

Leserbriefe und Personalien
Fernsehen
Wetter: Kalt

Seite 5
Seite 6
Seite 16

Schnee und Glätte behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Renten-Spiele

Von Peter Gillies

Die Mindestrente für jedermann ist ein Modell, mit dem Sozialpolitiker in allen Parteien liebäugeln. In der CDU/CSU wäre es zwar noch nicht mehrheitsfähig, aber wie lange diese Aussage gilt, ist offen. Die verschämte Armut im Alter gebiete, so meinen ihre Verfechter, eine Art Mindestrente statt des entwürdigenden Antrags bei der Sozialhilfe.

Es gibt viele magere Renten. Aber sie bedeuten keineswegs zwingend Altersarmut, denn die meisten Renteständler beziehen mehrere Versicherungen. Nur etwa jeder zwanzigste Rentner lebt in einem Haushalt mit einem Monatseinkommen von weniger als tausend Mark. Im Klartext: Den Rentnern geht es im Durchschnitt recht gut. An den Plan, die bedrückend niedrigen Kleinstrenten aufzustocken – und dabei Milliarden auszuschiütten an auch diejenigen, die es nicht nötig haben, um wenige die Peinlichkeit der Antragstellung zu ersparen –, sollten die Sozialpolitiker vorsichtig herangehen.

Das Rentensystem ist beitragsbezogen (wiewohl dieses Prinzip verschiedentlich bereits durchbrochen wurde). Die während des Arbeitslebens eingezahlten Beiträge spiegeln sich im Ruhestand wider. Würde man denen, die nur wenig „gekloppt“ haben, automatische Zuschläge gewähren, käme alsbald die Forderung, die hohen Renten entsprechend zu kappen. Diese Nivellierung wäre der Tod der beitragsbezogenen Rentenversicherung. Wenn der erarbeitete Beitrag angesichts einer garantierten Mindestrente immer weniger zählte, zerbräche die Altersversorgung an innerer Aussteigermentalität.

Die Rentenversicherung vermag eben nicht alle sozialen Probleme zu lösen, die andere staatliche Kassen zu überfordern drohen. Bei ihr stehen ganz andere, weit gewichtiger Probleme im Vordergrund: Was geschieht, wenn der – heute absehbare – Fall eintritt, daß die schrumpfende Zahl der aktiven Arbeitnehmer unter der wachsenden Rentenlast der Altenteiler die Erfüllung des Generationenvertrags verweigert? Werden die Renten gekürzt, oder aber die Beiträge bis über die Schmerzgrenze der Arbeitnehmer und Betriebe hinaus erhöht? Wann wird der Trend, immer früher in Rente zu gehen, umgekehrt? Dieser Strukturreform sollten sich Sozialpolitiker mit aller Energie widmen.

Bendas guter Rat

Von Enno v. Loewenstern

Man sieht dem Gutachten des ehemaligen Verfassungsgerichts-Präsidenten Benda zum Paragraphen 116 mit Interesse entgegen. Er hat in einer „Gedankenskizze“ die beabsichtigten Gesetzesänderungen bereits als verfassungswidrig erkannt. Beispielsweise heißt es, er halte das „Eiltempo“ für verfassungswidrig. Das ist neu. Bisher kam es auf das Ergebnis an und nicht auf das Tempo (allenfalls Verzögerungen konnten verfassungswidrig sein).

Auch die ihm nachgesagte Begründung, es gebe keinen Regelungsbedarf, verblüfft. Über den Regelungsbedarf bestimmte bisher der Gesetzgeber. Karlsruhe hatte nur nachzuprüfen, ob die Regelung gegen das Grundgesetz verstößt.

Benda wird mit der Aussage zitiert, es mache keinen Unterschied, ob die Betriebsstilllegung auf einer Naturkatastrophe, Konjunktur, Pleite oder Arbeitskampf beruhe. Da sind wir am Kern. Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob ein Unternehmen nicht durch höhere Gewalt, sondern durch willkürliche – wenn nicht mutwillige – Aktionen stillgelegt wird. Wenn Benda recht hat, dann ist die staatliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit tatsächlich Streikversicherung der Gewerkschaften, nur weil die Gewerkschaften behaupten, daß sie ihre Ziele anders nicht erreichen können.

Gebietet die Verfassung, daß eine private Organisation – nur ein Teil ihrer Mitglieder stimmt ab, und es wird nicht einmal von der Allgemeinheit überprüft, ob die Auszahlung korrekt erfolgt – bewußt Aktionen so legen darf, daß die Staatskasse angezapft wird bis womöglich zum Ausbluten? Daß die Gelder der Allgemeinheit ausgegeben werden und auch die Nichtgefragten und Nichtorganisierten immer höhere Beiträge zahlen müssen? Oder heißt „Tarifautonomie“ nicht vielmehr, daß grundsätzlich jede Seite ihren Kampf autonom, also auf ihr Risiko und ihre Kosten zu führen hat? Da kommt der Gewerkschaft ein neuer taktischer Einfall, und schon findet sich jemand, der genau das in den Geist der Verfassungsväter von 1949 einzuordnen weiß. „Nehmen Sie nie einen Rat an, den ein ehemaliger Verfassungsgerichtspräsident Ihnen erteilt“ – vielleicht bleibt dies Schlusswort Bendas bei seinem Abgang aus Karlsruhe sein wichtigster Beitrag zum Verfassungsrecht.

Links, zwei, drei, vier

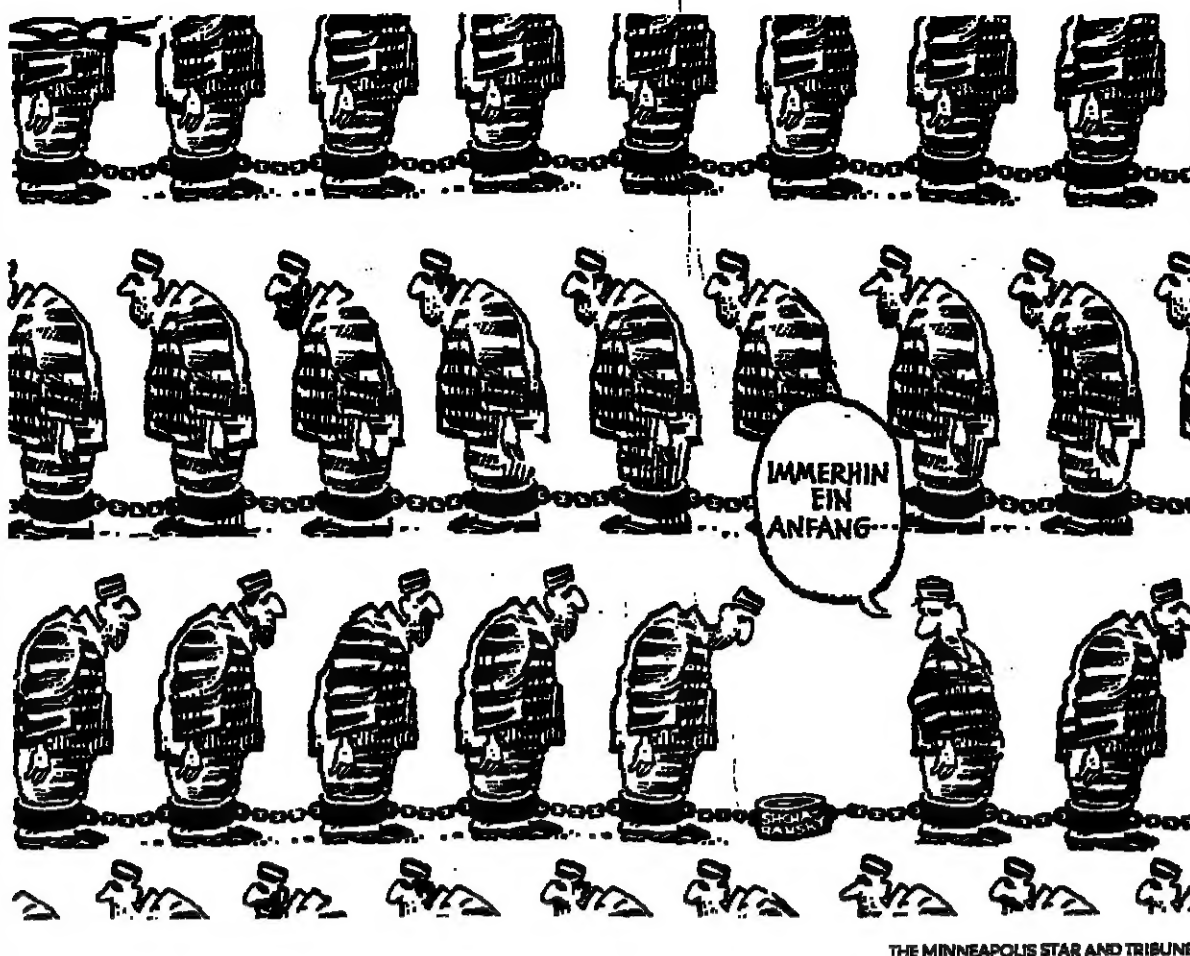
Von Herbert Schütte

Der Wahlkampfauftritt der Hamburger SPD ging gründlich daneben. Selbstbewußt hatte Bürgermeister Klaus von Dohnanyi verkündet, die Hansestadt brauche die FDP nicht wieder in der Bürgerschaft, denn bei den Hamburger Sozialdemokraten werde „das liberale Erbe gut gehütet“.

Tatsächlich? Kurze Zeit später zog der linke Flügel der Partei aus – erbittert darüber, daß ein rechter Gegenkandidat einen auf die Liste für die Bürgerschaftswahl am 9. November gesetzten Linken gekippt hatte. Wütend zischte die Vorsitzende des linken Kreisverbandes Hamburg-Nord: „Wir stehen kurz davor, daß die Partei auseinanderfliegt“, und: Auf dem Parteitag werde eine Minderheit „niedergeknüpelt“.

Von liberalem Erbgut keine Spur. Eine Veränderung im Kandidaten-Geflecht – und schon ist die Toleranz zum Teufel. Aber die Linken kehrten natürlich in den Saal zurück, wo sie noch bei einer zweiten Gegenkandidatur eine Niederlage einstecken mußten. Auch hier folgten Unterbrechung des Parteitages und Rückkehr mit hängenden Köpfen.

Der wildbewegte Ablauf des Hamburger Parteitages erhellte dreierlei: Der linke Flügel ist zermürbt, er hat weder ein geschlossenes Konzept noch einen zugkräftigen Wortführer. Ein deutlicher Beweis dafür war das Benehmen jener Genossen; rechte Sozialdemokraten sprechen offen die Hoffnung aus, daß diese kämpferische Dame noch recht lange im Amt bleiben möge, um den Sympathiepegel für die Linke weiter nach unten zu treiben. Zweitens: Die Parteirechte ist gut organisiert. Alfons Pawelczyk, zweiter Bürgermeister und Vorsitzender des mitgliederstärksten Kreises Wandsbek, und Fraktionschef Henning Voscherau haben bei dem Parteitag die Weichen dafür gestellt, daß auch in der nächsten SPD-Fraktion der rechte Flügel etwa zehn Abgeordnete mehr in seinen Reihen zählen wird als die Parteilinke. Schließlich: Landesvorsitzender Ortwin Runde, der zu den Linken der Hamburger SPD zählt, gehört zu den Verlierern dieses Parteitages. Er hat den Eklat, der absehbar war, nicht abfangen können.



Vor der Entscheidung

Von Peter Iseli

Zwei Wochen nach den Präsidentschaftswahlen auf den Philippinen und eine Woche, nachdem die Nationalversammlung in Manila Ferdinand Marcos trotz massiver Betrugsvorwürfe zum Wahlsieger ausrief, läuft das südostasiatische Archipel Gefahr, in das Chaos eines Bürgerkriegs abzugleiten. Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile und der stellvertretende Generalstabschef der Streitkräfte, Fidel Ramos, sagten sich am Samstag von Marcos los. „Es ist meine Pflicht, dafür zu sorgen, daß der souveräne Volkswille respektiert wird“, sagte Ramos. „Ich trete aus den Streitkräften von Marcos aus und schließe mich den Streitkräften des Volkes an“. Enrile erklärte, das Mandat des Volkes gehöre nicht mehr Marcos. „Wir werden hier bleiben bis zum Tod“.

Der 62-jährige Enrile ist seit 1978 Verteidigungsminister und galt bis vor kurzem als einer der engsten Vertrauten des Präsidenten. Vertreter der katholischen Kirche und Corazon Aquino, die sich nach wie vor als wahre Siegerin der Präsidentschaftswahl bezeichnet, riefen die Filipinos auf, sich Enrile und Ramos anzuschließen. Marcos selbst betonte im schwerbeschwungenen Präsidentschaftspalast, er wolle keine Gewalt. Gleichzeitig warnte er aber die Rebellen, ihr Hauptquartier sei „nur einen Kanonenschuß entfernt“. Der Präsident behauptete, die regionalen Armeekommandanten stünden nach wie vor treu zu ihm. Ob er allerdings am Dienstag seine neue vierjährige Amtszeit antreten kann, ist unter diesen Umständen sehr fraglich.

Nach einem großen Teil – wohl dem größten Teil – der philippinischen Bevölkerung, nach der bürgerlichen Opposition und einem Teil der philippinischen Geschäftswelt hat sich nun auch ein Teil der Streitkräfte vom alternierenden Präsidenten abgewandt. Das Militär aber war die wichtigste Säule seiner Macht. Noch vor einer Woche hatte Marcos die Demission des kompromittierten Generalstabschefs Fabian Ver entgegengenommen und die Beförderung von Ramos in Aussicht gestellt. Die Machtübergabe war aber nicht erfolgt. Und es sieht so aus, als ob Ver nach wie vor an seiner Position festhält.

Ver war nach der Ermordung von Oppositionsführer Benigno

Aquino im August 1983 zunächst suspendiert worden. Ein Gericht sprach ihn und fünfundsiebzig weitere Angeklagte Anfang Dezember jedoch von der Anklage der Verschwörung für die Ermordung des Ehemannes von „Cory“ Aquino frei. Und Marcos setzte ihn prompt wieder in seine Ämter ein. Ver gilt als enger persönlicher Vertrauter von Marcos und auch von dessen Frau Imelda. Er vertritt eine patriarchalische, auf persönliche Beziehungen aufgebaute Führungsstruktur in den Streitkräften. Allen Anschein nach versucht er noch in der vergangenen Woche, enge Anhänger in führende Positionen zu bringen. Ramos forderte deshalb Marcos auf, alle Beförderungen bis auf weiteres einzufrieren.

Der 57-jährige Fidel Ramos dagegen wird auf den Philippinen eher als pragmatischer und technokratischer Militärführer angesehen. Während der Suspendierung Vers leitete er einige Reformen der militärischen Befehlsstruktur ein, so die Vereinigung der Kommandostrukturen in den Provinzen. Ramos fand vor allem bei jüngeren Kadern Unterstützung, die sich immer stärker gegen die überalterte und von Vetternwirtschaft geprägte Führungsschicht um Ver auflehnten. Zwei Bewegungen junger Offiziere setzen sich seit einiger Zeit für umfassende Reformen ein. Unter Führung von General Vargas, einem früheren Generalsekretär der in den siebziger Jahren aufgelösten Südostasiatischen Verte-

digationsallianz (SEATO), bilden sie offenbar jetzt den Rückhalt für Verteidigungsminister Enrile und Generalleutnant Ramos.

Die seit langem bestehenden Dissonanzen in der Armee und die Weigerung Vers, Platz zu machen, mögen eine der Hintergründe zu der spektakulären Aktion von Enrile und Ramos sein. Mindestens ebenso wichtig dürfte aber die Erkenntnis gewesen sein, daß Marcos und die Machtclique um ihn herum die Philippinen in die Katastrophe treiben. Die Ohnmacht der Bevölkerung droht sich in einen massiven Zulauf für die Kommunisten niederzuschlagen. Die gemäßigste Opposition um „Cory“ Aquino hat es äußerst schwer, Marcos eine Protestbewegung entgegenzusetzen, ohne eine massive Vergeltungsaktion der ihm ergebenen Kräfte in Militär und Polizei hervorzurufen. Nach den Worten Enriles sind schon vor Wochen Pläne für die Verhaftung der wichtigsten Oppositionsführer vorbereitet worden.

Die Frage allerorts ist, ob Marcos sich überhaupt noch halten kann, wenn auch nur maßgebliche Teile der Sicherheitskräfte gegen ihn aufstehen. Der Mann wird weithin gehaßt und verachtet. Eigentlich sein einziger Rückhalt ist die allgemeine Annahme, daß die gesamte bewaffnete Macht kompromittiert zu ihm steht. Er hat ja nicht, wie etwa die kommunistischen Diktatoren à la Nicaragua, ein durchorganisiertes Blockwart- und sonstiges Spitzelsystem zur Kontrolle der Bevölkerung. Wenn aber einmal die Vermutung umgeht, daß der Sicherheitsapparat anfällig geworden ist – wie will er ihn wieder hinter sich sammeln? Das Charisma des alternierenden Mannes ist verweht. Jeder Anschein einer Legitimation auch ihm bleibt im Grunde nichts als das gemeinsame Interesse einer Clique, die durch Geld und Mord, durch die Affäre des Regimes, verbunden ist und die Macht nicht losschließen will aus Angst, die neue Ordnung könnte sich gegen sie wenden. Reicht das, um die unteren Chargen und eine öffentliche Meinung für sich zu wenden? Wo eben Haiti das Gegenbeispiel gegeben hat? Die tönernen Füße des Kolosses scheinen immer schneller abzubrecheln.



Die einstigen Günstlinge erheben sich: Ramos, Enrile. FOTO: AFP

Amerika und das Aufklärerische in der SPD

Ist Kritik am Antiamerikanismus „manichäisch“? / Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Gäbe es Heiner Geißler nicht, die SPD müßte ihn erfinden, um an ihm alle Schlechtigkeit jener Deutschen festmachen zu können, die etwas gegen die SPD und ihre Außenpolitik haben. Geißler hat sich erlaubt, die Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur festzustellen. Das genügt Peter Glotz, um ihn als „Gottkatholik“ abzustempeln, der eine „fundamentalistische Linie“ verfechte.

Diese Suche nach dem Bösen wird ist der Aufhänger einer breit angelegten Agitation, mit der sich die SPD gegen den Vorwurf des Antiamerikanismus verteidigt („Neue Gesellschaft“, Frankfurter Heft). Sie nähme die Mühe nicht auf sich, ginge ihr der Vorwurf nicht unter die Haut.

Wie tief er sitzt, verrät die Wortwahl. So strapaziert Erhard Eppler ein „germanozentrisches Weltbild“, um seinen politischen Gegnern im gleichen Atemzug ein „manichäisches Weltbild“ vorzuhalten. Damit soll ja wohl gesagt sein, daß alle, die der SPD Antiamerikanismus ankreiden, selbst in einem

scheerlichen Dualismus von Licht und Finsternis befangen seien.

Ist das Podest überlegener Moral erklommen, so lassen sich trefflich Blitze schleudern. Eppler: „Das Stigma des Antiamerikanismus ist eine allzu schlaue Fortsetzung antidemokratischer deutscher Tradition. Es wurde erdacht, um die Deutschen zu spalten in solche, die gegen den Kommunismus und also für Amerika, und andere, die gegen Amerika und also für den Kommunismus sind.“ Ergo: „Die Antiamerikanismus-Kampagne soll die nationale Identität der Deutschen – in der Bundesrepublik – zu einer Funktion des Ost-West-Konflikts reduzieren.“

Hatten wir das nicht schon mal? Im Aufbruch der sozialliberalen Koalition nach der Bundestagswahl 1969 war viel vom Antikommunismus im Sinn von psychologischer Kriegführung die Rede. So gar ein Mann wie Walter Scheel proklamierte gesellschaftspolitische Reformen mit dem Ziel, eine „neue deutsche Außenpolitik der

Toleranz“ zu verwirklichen: „Wir brauchen eine solche Außenpolitik, um die gesellschaftliche Demokratie zu fördern. Wir brauchen die gesellschaftliche Demokratie, um unsere Außenpolitik... zu unterstützen.“ Das war der erklärte Machtspruch der Sozialliberalen, die politischen Eliten auszuwechseln, um so den „gesellschaftspolitischen Status quo“ zu überwinden. Nichts anderes hat die SPD für 1987 im Sinn.

Glotz stellt sich eine Elite der „aufklärerischen Intellektuellen“ vor. Eine „aufklärerische Politik“ als Gegensatz zu Geißlers angeblichem „christlichen Fundamentalismus“ habe eine Mehrheitschance. Glotz überhöht die „zweite Ostpolitik“ oder auch „zweite Phase der Entspannungspolitik“ zum „linken Patriotismus“, den er nicht mit „linkem Nationalismus“ verwechseln will.

In diesem Zusammenhang gibt Glotz immerhin einige Klarstellungen. Bei ihrer „zweiten Ostpolitik“, schreibt er, müsse die SPD „hart und ohne Verwischung auf der

IM GESPRÄCH Peter Jacoby

Mancher wird staunen

Von Ulrich Reitz

Er reagiert gereizt auf die Frage, ob er für die saarländische CDU denn nicht nur die „beste Notlösung“ ist. Immerhin hatten führende CDU-Kreise zunächst den rheinland-pfälzischen Umweltminister Klaus Töpfer als neuen Parteichef ausserkoren. Doch der zog es vor, vorerst in Mainz zu bleiben.

Peter Jacoby, der jetzt mit 34 Jahren an der Saar der jüngste aller CDU-Landesvorsitzenden wurde, will sich mit der personellen Konstellation in vier Jahren noch nicht beschäftigen. Doch er sieht sich weniger als Herausforderer Oskar Lafontaine denn als Reformator seiner Partei. Diese Selbstbeschränkung gibt ihm eine Handlungsfreiheit, die er „so nutzen“ will, „daß hier noch mancher staunen wird“.

Der gebürtige Saarbrücker übernimmt die Führung des Landesverbandes, nachdem drei Jahre Regierungsverantwortung die Christdemokraten in dem kleinsten Flächenland verschlissen haben. Für die Bekämpfung, unter Werner Zeyer habe es „Häufungen, aber keine Indianer“, gegeben, bekam ein CDU-Mann auf dem Wahlparteitag am Freitag viel Applaus. Jacoby will die Oppositionszeit nutzen, um, wie es so schön heißt, die Parteibasis wieder stärker in die Meinungsbildung einzubinden. Das Wort von der „innerparteilichen Demokratie“ fällt oft im Gespräch mit dem Diplom-Soziologen. Also lehnt er den „Personenkult“ eines Oskar Lafontaine ab und begreift die Parteiführung als Team. In der Wirklichkeit allerdings sieht ein Team selten so gut aus wie ein – womöglich – in die Rolle des quasi vom Tagesgeschäft abgehobenen Landesvorsitzenden hineingewachsener Ministerpräsident. Zum gleichwertigen Gegenpol des SPD-Landesvorsitzenden Oskar Lafontaine ist in dieser Hinsicht erst noch aufgebaut werden.

Jacoby, der dem Landtag seit fünf Jahren angehört, bekennt sich zu seiner politischen Sozialisation in der Jungen Union, lehnt gleichwohl das Etikett „Linker“ ab – hauptsächlich



Qualitatives Wachstum erst einmal bei der eigenen Partei? Neuer Saar-CDU-Vorsitzender Jacoby. FOTO: RUPENHIL

deswegen, weil es sich um eine unzulässige Verallgemeinerung handle. Die Leitidee der sozialen Marktwirtschaft will er um die ökologische Komponente erweitern, das Wort vom „qualitativen Wachstum“ kommt ihm leicht über die Lippen.

Jacoby will die ideologische Auseinandersetzung mit Lafontaine wagen, darauf spekulierend, daß die CDU im Saarland nur als Partei der Werte, der, wie es Jacoby selbst sagt, „Visionen, Utopien und Perspektiven“ wieder an Attraktivität gewinnen könne. Dem „ökosozialistischen Denken Lafontaines“ stellt Jacoby – Katholik wie der Regierungschef – das Leitbild der „menschlichen Industriegesellschaft“ gegenüber.

Die Chancen, eine innerparteiliche und inhaltliche Erneuerung einzuleiten, stehen für den neuen Vorsitzenden nicht schlecht. Die Partei jedenfalls ist bereit, die Hypotheken der Vergangenheit abzustreifen. Jacoby ist in dieser Hinsicht vollkommen unbelastet. Nur eine Landespartei gewinnt selten als Partei der Visionen: was imoptiert, ist eine Partei der Tüchtigen – oder jedenfalls eine Partei, die so aussieht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE WALL STREET JOURNAL

Zu den Auswärtigen Angelegenheiten und den Wahlkämpfen auf den Philippinen meißt die amerikanische Wirtschaftszeitung:

Der bisher beste Kommentar über die Glaubwürdigkeit der diesmonatigen Wahlen ist vielleicht darin zu sehen, wer den Ausgang gerüht hat. Am Mittwoch übermittelte der Botschafter des Kreml seine „Glückwünsche“ zu der offiziellen Wiederwahl von Marcos zum Präsidenten, während die traditionellen Verbündeten des Landes einschließlich der Vereinigten Staaten nur mit Kritik oder Schweigen reagiert haben.

NEUE RUHR ZEITUNG

In dem Essener Blatt wird Sindermanns Besuch so eingeschätzt:

Ein netter Herr, dieser Horst Sindermann, Präsident des Grenzübergangs, das sich Parlament nennt, Sitz in Ost-Berlin. Der Eindruck: freundlich, jovial, charmant, ein bißchen bieder-männlich, lächelnd und immer zu einem Witz bereit. Die Gastgeber des Präsidenten, aber auch die in Bonn Regierenden haben wie mit einem guten alten Bekannten gesprochen. Probleme? Kaum bekannt. Die Grenze, die Mauer, der Todesstreifen? War das ein Thema? Die Vergangenheit hat keine Rolle gespielt. Vergessen, daß auch ein Horst Sindermann zu jenen von Moskau eingesetzten Funktionären gehörte, die mit brutaler Gewalt, mit Druck und Erpressung, die in der damaligen Sowjetzone gerade

erst wieder erstandene SPD gezwungen haben, sich dem Kommunismus zu unterwerfen und in der SED aufzugehen?

LE FIGARO

Die französische Zeitung äußert sich zur Verhandlung der Verabschiedung der Stabschefkandidatur im Bundesrat:

Die Vorbehalte der Opposition erscheinen für Ausländer ein wenig wie ein Luxus von Muster-Demokraten gepaart mit etwas germanischem Irrationalismus. In die deutsche Diskussion – verschämt wie immer – fließen weder die Zahl der Attentate noch die diskreten Verbindungen bestimmter grüner Abgeordneter zu eben jenen Kreisen ein, auf die das Gesetz zielt.

Südbayer Nachrichten

Zur Pflegeversicherung heißt es hier:

Für die Betroffenen geht es um eine schier existentielle Frage: die finanzielle Absicherung von Pflegebedürftigen. Die seltene Einmütigkeit, mit der Bund und Länder dieses Thema jetzt angehen wollen, läßt hoffen... Die Pflege in der Familie soll Vorrang vor der Einweisung in ein Pflegeheim haben. Für die Betroffenen zeichnet sich damit eine günstige Perspektive ab. Die Pflegebedürftigen bleiben in ihrer vertrauten Umgebung. Die Zulassung von privaten Pflegeversicherungen war ein erster Schritt, um das komplizierte sozialpolitische Problem zu ordnen.

litik Reagans habe im deutschen Volk keine Mehrheit. Sodann geht es um die, die entschlossene Verfolgung des außenpolitischen Konzepts, das die SPD durch Initiativen wie chemie- und atomwaffenfreie Zonen vorbereitet habe, „würde die Reibungsflächen zur Führungsmacht des westlichen Bündnisses vergrößern“. Es handelt sich um eine Politik nicht mit, sondern gegen Amerika.

Aus amerikanischer Sicht erscheint das als der „Wunsch, eine Arbeitsteilung zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten anzustreben, in der wir für Stärke und Realismus verantwortlich sind, während Europa den Dialog führt“ (Richard Burt). Der US-Botschafter nahm kein Blatt vor den Mund: „Manche hier finden es moralisch bequem und wirtschaftlich attraktiv, daß die Vereinigten Staaten die Risiken und Kosten der Verteidigung westlicher Interessen tragen, während Europa wirtschaftliche Brücken zum Osten schlägt.“ Das wäre eine Wertegemeinschaft besonderer Art.

Schlaraffenland auf Zeit: Moskau ruft zum Parteitag

Die Regale sind voll von ungewohnten Köstlichkeiten, die Stadt blüht vor Sanberkeit, Plakate und Parolen, Presse und Film feiern den Sozialismus: Moskau vor dem morgen beginnenden 27. Parteitag. Ein Schlaraffenland auf Zeit.

Von R.-M. BORNGÄSSER

Den ganzen langen Samstag haben sie geschuftet. Mit Pickeln verblissen die Eisplatten auf den Straßen gelockert. Schnee geschöpft, Bürgersteige gefegt, Bücher in Bibliotheken geordnet, Abfälle gesammelt, Papier gestapelt und Hausflure gescheuert - kurzum ein ganzes Volk hat „Subbotnik“ gemacht, freiwillige Samstagsarbeit. Wo? Natürlich zu Ehren des 27. Parteitages. „Ein ganzes Volk hilft mit“, jauchzte die „Pravda“.

Moskau am Vorabend des 27. Parteitages: Die Sowjetkapitale setzt allen Ehrgeiz daran, sich zur „Stadt des wahren kommunistischen Vorbildes“ zu machen, für all die Delegierten - 5000 an der Zahl -, die herangekarrt werden, um gehorsamt zu akklamieren, und für die Hunderte und Aberhunderte von Journalisten.

Pressezentren und Fernsehstationen wurden errichtet. Eine geballte Armada vor allem amerikanischer Journalisten zog Moskau entgegen (ansonsten ist die Stadt bis zum 9. März für Fremde gesperrt). Sie alle sollen den allerbesten Eindruck mitnehmen. Und Moskau nun für kurze Zeit Schaumbühne des Weltkommunismus kann sich gigantisch in Szene setzen. Da ist man geübt, greift auf die Vorbilder der Vergangenheit zurück, erstellt wieder Potemkinsche Fassaden.

„Remont“ hieß in den letzten Wochen eines der am häufigsten gebrauchten russischen Wörter. Remont, das heißt Reparatur und bedeutet oft Ärger. Wegen Remont waren allenthalben Einkaufsläden, Friseursalons, Büros, Hotels und Werkstätten geschlossen. Moskau renovierte, retuschierte, pinselte in aller Eile, überdachte alle Risse und Sprünge. Öffentliche Gebäude und Denkmäler wurden auf Hochglanz gebracht, um ein makellooses Bild des Kommunismus erstehen zu lassen.

Spezialtruppen der Stadtverwaltung haben die Plätze und mächtigen Verkehrsknoten im Zentrum mit zigtausend Fahnen und Fähnchen, elektrischen Lichter-Girlanden und frischen gemalten Kolossalplakaten im Stil des Sozialistischen Realismus dekoriert. Jedes autoritäre Regime legt nun einmal auf solche Beschwörungen besonderen Wert, und deshalb scheuen die Regisseure denn auch keine Anstrengungen, um diese Massenmobilisierung so perfekt wie nur möglich zu gestalten.

In den Hotels gibt es derzeit auf den Speisekarten „Menjus“, die wie aus vorrevolutionärer Zeit anmuten. Tag für Tag sendet das Fernsehen Sonderberichte, um - zum Beispiel - ein Baumwollkollektiv aus Alma Ata zu preisen oder über ein Lokomotivdepot in Kiew zu berichten, wo die „Lokführer-Brigade“ beschlossen hat, um Erdungstag des Parteiforums einen Zug mit gaspertem Treibstoff

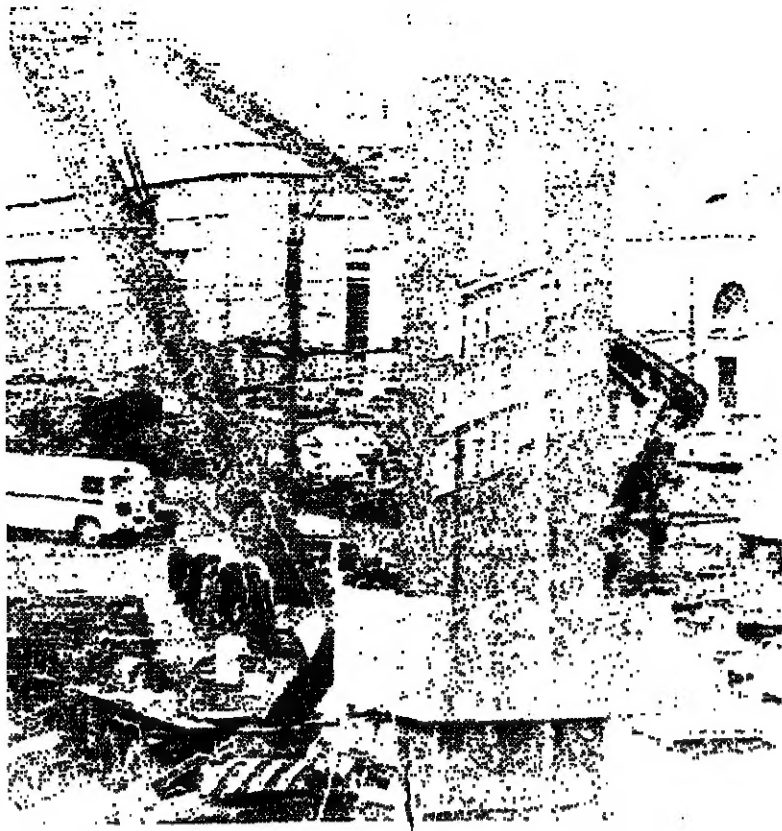
und Kraftstrom über eine bestimmte Strecke zu führen.“

Seitenlange Zeitungsbeiträge offerbaren, wer wo was für den Parteitag tut. Denn jeder, so will es die Partei, soll seinen „persönlichen Beitrag“ leisten. Ja, selbst eine Raumfahrt-Station „Frieden“ wurde zu Ehren des 27. Parteitages errichtet. Seit Monaten wechseln sich Disziplinierungs- und Akklamations-Kampagnen ab. Auf der Moskauer Trolleybus-Linie Nr. 2 erklingt jetzt Sphärenmusik und die „verehrten Fahrgäste“ werden höflichst gebeten, fünf Kopeken für die Fahrt zu bezahlen. Neue silberhelle Klänge, nur das Gedränge und Geschubse ist gleichgeblieben.

Unter den schmückenden „Ikonen“ von Gorbatschow drängen sich die langen Schlangen der wartenden Moskower. Es gilt, um Ungewöhnliches anzustreben. Denn diese wunderbare Metamorphose dank des Parteitages hat die Regale gefüllt mit Dingen, die sonst nie hier zu ergatten sind: aus Bulgarien kamen Konserven mit Krautwickeln, aus Kuba die berühmten Havana-Zigarren, aus Marokko Apfelsinen, aus dem Westen Make-up von „Lancôme“, Haarspray „Elnet“, Käse und Gebäck aus Dänemark und Baumwollstrümpfe aus Frankreich. Ein Schlaraffenland auf Zeit - da lohnt sich das Warten.

Aber nicht nur materiell wird Iwan Normalverbraucher auf dieses „Weltereignis“ vorbereitet, auch ideologisch. In der Kunsthalle „Manege“ wurde eine gewaltige Ausstellung unter dem Titel „Wir bauen den Kommunismus“ eröffnet. Schon im ersten Raum knallt dem Besucher das Gorbatschow-Zitat entgegen: „Unsere Politik ist klar - es ist die Politik des Friedens und der Zusammenarbeit“, eine Foto-Collage zeigt dazu einen ernst blickenden Parteichef.

Die Ausstellung ist eine seltsame



Moskau in diesen Tagen: Überall gigantische Parolen - hier ein Auftritt zu einem erfolgreichen Start des 12. Fünf-Jahre-Plans

Mixtur aus Bühnen-Entwürfen, Industrie-Design, Wandteppichen und vielen, vielen Gemälden. Säleng zeigt ein ganzes Volk ein Panorama bemerkter Leinwände aus allen sowjetischen Republiken. Wieder dominiert der teils launig, teils triumphierende Plakatstil des Sozialistischen Realismus. Heimkehrer, Flüchtlinge und Schwerverletzte aus dem letzten Weltkrieg werden gezeigt. Daneben wacker entschlossene Kosmonauten, die ins All geschleudert werden (natürlich mit dem Hinweis „No Star wars“) und gesunde, kräftige Kerle, die in Sibirien buddeln und schuften.

Ab und zu tauchen daneben die strengen, madonnengesichtigen, kopfkuchbehangenen Frauen auf, die diese „Heiden“ erwarten. Alle Maßstäbe sind relativiert, problematische Themen kommen nicht ins Bild: keine Schlangen vor den Läden, keine Wohnungsnot, kein Ehezwist, kein Alkoholismus. Die sozialistische Welt

ist rein und klar, ein verleumderischer Schuft, der andere denkt. Statt Reflexion - Akklamation.

Da geht es im Lenin-Museum, nur einen Steinwurf weit vom Kreml entfernt, wo die jungen Pioniere ihre ersten Weihen empfangen, verheißungsvoller zu. Da dröhnt optimistisch der Titel der Ausstellung: „Der Sieg des Kommunismus kommt“. Hier spürt man noch etwas von der Wucht, die die Massen einst erfaßte. Ein Plakat von 1920 zeigt einen Zug, der über eine Brücke saust. Voran weht die rote Fahne. Die Parole lautet: „Die Oktober-Revolution ist die Brücke der Zukunft“. 1982 klingt der Slogan bereits wesentlich gedämpfter: Das Plakat zeigt den Astronauten Gagarin mit scharf geschnittenen Gesichtszügen: „Gemeinsam schaffen wir es, im Kosmos den Frieden zu gewährleisten“, heißt es auf dem Plakat.

Auch das Medium Film trägt zum Parteitag bei. Ein Kino-Festival läuft derzeit unter dem Titel „Die sowjetische Filmkunst für die Arbeitskollektive“. Der Film „Der erste Schritt des Landes“ zeigt die Ernteschichten des Sowjetvolkes im 12. Jahrfünft, wird zur Pflichtvorstellung für die Delegierten. Herausragende Premieren sind „Hier spricht Moskau“ (Thema: die hohe Liebe zweier Menschen während des großen vaterländischen Krieges) und „Die dritte Generation“ (Thema: die vielfältigen Probleme von Betriebsleitern).

Aber Moskau ist nicht nur mit Potemkinschen Fassaden, mit Slogans und Fahnen übersät, sondern natürlich auch mit verstärkter Miliz. Unverändert gilt weiterhin der leninische Satz: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“. Hunderte von zusätzlichen Milizionären wurden nach Moskau abkommandiert, obwohl die Stadt auch zu normalen Zeiten von Polizei voll ist wie keine andere Stadt der Welt.

Die monumentale Moskauer Heerschau erinnert an die gewaltige im Kreml-Gelände ausgestellte Glocke, die größte der Welt, 200 000 Kilo schwer. Auch sie ein Symbol dieses Landes, daß die tiefe Kluft zwischen Wollen und Können, zwischen Slogans und Taten offenbart. Sie läutete nie - sie stürzte bereits beim Aufhängen ab.

„Es sieht nun so aus: Die Katastrophe war vermeidbar“

Für die US-Weltraumbehörde Nasa beginnt die „Woche der Wahrheit“. Vor der Kommission zur Untersuchung der „Challenger“-Katastrophe marschieren Belastete und Belastungszeugen auf. Schon jetzt scheint klar zu sein, daß die Technik einen erbitterten, aber vergeblichen Kampf gegen die Manager führte, um den Start der Raumfähre zu verhindern.

Von FRITZ WIRTH

Es scheint eine größere Fehlfunktion gegeben zu haben“, sagte mit kalter, ferner Stimme der Nasa-Kontrollsprecher, als die Raumfähre „Challenger“ am 28. Januar um 11.38 Uhr in der Luft explodierte. Heute, knapp vier Wochen später, verdichtet es sich zur Gewissheit: Der Ursprung dieser technischen Fehlfunktion lag offenbar in einer menschlichen Fehlfunktion ein paar tausend Meilen von Cap Canaveral entfernt, in Brigham City in Utah.

Dort wird von der Firma Thiokol jene Festtreibstoff-Rakete hergestellt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit die Katastrophe auslöste, und von dort kam in der Nacht vor dem Start trotz einer Rebellion der Ingenieure, die mit Nachdruck vom Start abriet, das fatale O. K., dennoch zu starten. Unterzeichnet von Joe C. Kilminster, dem Vizepräsidenten dieses Werks.

Das ist zur Stunde der Stand der Ermittlungen. Nur wenige wissen, was in dieser Nacht vor dem Start wirklich geschah. Die Beteiligten an dieser Rebellion gegen den Start und jene Männer, die diese Rebellion ignorierten, werden am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche vor der Untersuchungskommission Präsident Reagans stehen. Es wird dies auf der Suche nach Ursachen, Fehlern und Kurzschlußhandlungen vorausgesetzt, „die Woche der Wahrheit“ werden.

Einer der wenigen Leute, die mit Beteiligten am fatalen Entscheidungsprozeß in der Nacht vor dem Start sprachen, ist der demokratische Senator Donald Riegle. Sein Hauptgesprächspartner war Allan McDonald, Direktor der Abteilung für Antriebsaggregate bei der Firma Thiokol, und einer jener zehn Rebellen, die vom Start abriet. Riegle nach dem Gespräch mit McDonald: „Der Mann gab mir einen ausführlichen Bericht darüber, was in der Nacht vor dem Start geschah, und mir standen die Haare zu Berge.“

Schwere Vorwürfe gegen den Chef

Der demokratische Senator Ernest Hollings ging nach dem Bericht McDonalds in seinen Schlussfolgerungen noch weiter: „Uns wurde bisher suggeriert, daß dies eine unvermeidbare Katastrophe gewesen sei. Es sieht nun so aus: Sie war vermeidbar.“ Hollings forderte den unverzüglich Rücktritt des amtierenden Nasa-Chefs William Graham. Er habe den zuständigen Senatsausschuß irregulär, Graham habe vor dem Ausschuß nichts von den Widerständen der Ingenieure gegen den Start der „Challenger“-Raumfähre erwähnt. Jesse Moore, der Direktor des Shuttle-Programms in Cape Canaveral und der Mann, der das letzte und entscheidende „Go ahead“ zum Start

der „Challenger“ sprach, versichert jedoch, bei dieser fatalen Entscheidung nichts von den Bedenken der Ingenieure gewußt zu haben. „Alle Männer, die etwas mit dem Programm zu tun haben, hatten das Gefühl, daß Challenger startfähig sei“, erklärte er bereits fünf Stunden nach der Katastrophe in seiner ersten Pressekonferenz.

Verwirrungen, Widersprüche, Behauptungen und Dementis. Sie sind so umfangreich, daß der sonst eher vorsichtige ehemalige Außenminister Rodgers, der die Untersuchungskommission des Präsidenten leitet und erst nach 120 Tagen ein Verdikt vorlegen soll, bereits heute zu dem Schluß kam: „Der Entscheidungsprozeß zum Start der Raumfähre scheint fehlerhaft gewesen zu sein.“

Er ist vor allem hochkompliziert. Der Hauptgrund: Die amerikanische Weltraumbehörde ist zu dezentralisiert. So ist das „Marshall-Raumfahrtzentrum“ in Huntsville in Alabama für alle Antriebsaggregate zuständig. Die Raumfahrtzentrale in Houston ist für alles verantwortlich, was mit der Raumfähre selbst zu tun hat, und das Zentrum in Cape Canaveral, Florida, ist für alle Startoperationen zuständig.

Im Zentrum des Streits: Die Dichtungsringe

Die entscheidenden Kommunikationsmängel sind offensichtlich auf dem Wege zwischen Brigham City in Utah, dem Firmensitz des Raketenbauers Thiokol, und Huntsville sowie zwischen Huntsville und Cape Canaveral aufgetreten.

Im Zentrum der Kontroverse stehen jene Dichtungsringe, die die Nahtstellen der aus mehreren Teilen zusammengebauten Feststoff-Rakete („Booster“) isolieren. Diese Verbindung zwischen den Teilen und die dazugehörigen gummiartigen Dichtungsringe sind seit Jahren die Schwachstellen dieser „Booster“.

Sie sind es besonders seit August 1983, als Änderungen an den „Boosters“ vorgenommen wurden, um ihre Schubkraft zu erhöhen. Ziel dieser Änderungen war es, die Nutzlast der Raumfähre um 4000 Pfund zu steigern. Seit dieser Änderung häuften sich die Schadensmeldungen bei den Dichtungsringen. Am 26. August 1985 machten die Ingenieure von Thiokol dem Raumfahrtzentrum in Huntsville 43 Vorschläge zur Behebung des Problems. Bei der Nasa entschied man jedoch, daß das Problem nicht schwerwiegend genug sei, um Konstruktionsänderungen anzuordnen. Folgerichtig hat sich das Interesse der Untersuchungskommission von Cape Canaveral nach Huntsville verlagert. Neil Armstrong, der Mann, der als erster den Mond betrat und heute neben Rodgers die Untersuchungen leitet, flog am Wochenende nach Huntsville, um die zuständigen Nasa-Direktoren zu vernehmen.

Was genau in der dramatischen Nacht vor dem Start der „Challenger“ geschah, ist heute noch umstritten und wird wohl erst im Laufe dieser Woche in den Verhören vor der Rodgers-Armstrong-Kommission bekannt werden. Kenner sagen voraus: „Die Enthüllungen werden für die Nasa peinlich sein.“

Nach einem Bericht von Senator Riegle gab es eine mehrstündige Diskussion am Telefon zwischen den Ingenieuren von Thiokol und den Nasa-Leuten in Huntsville. Die Inge-

nieure von Thiokol, so Riegle, hätten dabei einstimmig von einem Start abgeraten. Grund: Die Temperaturen in Cape Canaveral waren 20 Grad Fahrenheit unter den bisherigen Starttemperaturen (50 Grad Fahrenheit). Die umstrittenen Dichtungsringe seien unter diesen Bedingungen erhöht nicht mehr zuverlässig. Im Laufe der Debatte soll Lawrence Mulloy, Nasa-Direktor in Huntsville, den fatalen Satz gesprochen haben: „Hey, ihr Thiokol-Leute, sollen wir mit dem Start bis April warten?“

Was immer auch geschah: Die Telefon-Konferenz wurde abrupt unterbrochen. Nach einer halben Stunde erfuhr die Ingenieure nur noch, daß die Rakete zum Start freigegeben worden war, und zwar vom Management ihrer eigenen Firma. Thiokol-Vizepräsident Kilminster hatte der Nasa fernschriftlich das O. K. zum Start gegeben. Die Dichtungsringe seien zwar etwas kälter und unflexibler wegen der Kälte und bräuchten deshalb „etwas länger, bis sie richtig sitzen“, schrieb Kilminster, doch sonst wird „SRM 25“ (die Typenbezeichnung des „Boosters“) nicht wesentlich anders sein als SRM 15“ (die Typenbezeichnung für die letzte erfolgreiche Festtreibstoff-Rakete).

Mit einem Satz: Die Manager siegen über die Technik. Eingeweichte zeigen sich darüber nicht überrascht. Sie weisen darauf hin, daß das Management von Thiokol sich zu jenem Zeitpunkt in schwierigen Verhandlungen mit der Nasa über den Bau von 180 Antriebsaggregaten befand.

Als „Challenger“ am nächsten Morgen um 11.38 Uhr startete, betrug die Außentemperatur 38 Grad Fahrenheit, also deutlich weniger als die die Thiokol-Ingenieure für akzeptabel hielten. Schlimmer noch: Die Außentemperatur am rechten Unglücks-„Booster“ wurde kurz vor dem Start mit neun Grad Fahrenheit gemessen. Shuttle-Direktor Jesse Moore jedoch behauptet, er habe weder vom Streit zwischen Thiokol und Huntsville noch von den niedrigen Temperaturen gewußt, als er das Startsignal für „Challenger“ gab.

Auf die Stimmung ist auf dem Tiefpunkt

Inzwischen hat die Moral bei der Nasa einen absoluten Tiefpunkt erreicht. Die sich immer schärfer herauszeichnende Gewißheit, daß menschliches Versagen die Katastrophe auslöste, hat das Selbstbewußtsein dieser erfolgsgewohnten Behörde zerstört. Dazu kommt, daß die Behörde heute praktisch führungslos ist. Ihr Chef James Beggs hatte sich schon vor der Katastrophe selbst beurlaubt, weil er in einen Betrugsanklage seiner früheren Firma General Dynamics verwickelt gewesen sein soll. Seinem Stellvertreter William Graham ist von einflussreichen Sensoren der Rücktritt nahegelegt worden. Shuttle-Direktor Jesse Moore zieht sich vorzeitig ins Raumfahrtzentrum nach Houston zurück und wurde am Wochenende durch Admiral Richard Truly ersetzt.

So verwirrend und undurchsichtig vieles an dieser Katastrophe des 28. Januar noch sein mag, sicher ist: Die Druckwellen der Explosion dieser Raumfähre haben mehr zerstört als sieben Menschenleben. Sie gehen durch das gesamte Establishment einer einst stolzen und bewunderten Institution, die der Erfolg offenbar fahrlässig gemacht hat.



Anstehen zur Registrierung: Die 5000 Delegierten des 27. Parteitages der KPdSU müssen sich im Kreml einschreiben

Lebendige Kultur

Wir Deutsche besitzen eine vielfältige Kulturlandschaft.

- Weit mehr als 200 staatlich oder kommunal geförderte Theater, über 300 Museen von nationalem und internationalem Rang, 30 große Sinfonie-Orchester oder Philharmonien, ungezählte Buchereien, Verlage und private Theatergruppen sind Zeugnis des großen kulturellen Angebots.
- Noch nie zuvor gab es in Deutschland so viele Mitgliedschaften in Klubs, Musikgruppen, Sportvereinen.
- Mit Engagement diskutieren Bürger unterschiedlichster Auffassungen, Künstler, Wissenschaftler, Theologen, Politiker, Betroffene und Interessierte Fragen der Zeit.

- Zusammen mit mehr als 40 Universitäten, 900 Volkshochschulen, über 80 Fachhochschulen und Akademien schafft dies eine lebendige Kulturlandschaft.

All dies ist weder Luxus noch Selbstverständlichkeit. Voraussetzung dafür ist eine freie Gesellschaft und eine gesunde Wirtschaft. Lassen Sie uns dies weiter sichern.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Land, für das es sich einzusetzen lohnt.

Deutsche Bank



Nachmann hält den Parteien Versäumnisse vor

rtr/KNA, Köln

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, hat Parteien, Kirchen und Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland vorgeworfen, zu wenig gegen das Aufkommen von antisemitischen Gefühlen getan zu haben.

Im Deutschlandfunk bezog er sich gestern auf jüngste Äußerungen von Mandatsträgern der Unionsparteien, die er als „katastrophal“ und als „Ungeheuerlichkeit“ einstufte. „Wir dür-

ANZEIGE
VBB International Limited zum Thema Geldanlage:

ÖL Kommt die neue OPEC? Wo Sie mehr erfahren können, lesen Sie unten rechts...

ien nie vergessen werden auch nie vergessen“, sagte Nachmann. Er bedauerte die nach seiner Einschätzung unter jüngeren Deutschen weitverbreitete Meinung, sie hätten mit den Vorkommnissen während der Nazi-Zeit nichts zu tun.

Er forderte dazu auf, Kindern beizubringen, daß die jüdische Religion die Grundreligion gewesen sei, aus der die evangelische und die katholische Kirche heranstammten. Es sei notwendig, darauf hinzuweisen, daß es zwischen Christen und Juden mehr Gemeinsames als Trennendes gebe. Auf diese Weise, so Nachmann, ließe sich ein großes Stück von dem abbauen, was immer wieder Anlaß zu antisemitischen Strömungen gebe.

Hamburg: Flügelkämpfe

SPD-Landesparteitag / Linke drohten mit Auszug

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Mehr als zwei Stunden mußte Helmut Schmidt warten, bis er - hingehalten durch ein Auszählungs- und Anfeindungs-Marathon - beim Hamburger SPD-Landesparteitag das Wort erhielt. Die Abschiedsrede des ehemaligen Bundeskanzlers und scheidenden Bundestagsabgeordneten des Kreises Hamburg-Bergedorf fiel kräftig aus: Den Delegierten schlug er um die Ohren, daß er den bei der Kandidatenaufstellung erlebten „Fraktionsismus“, die Taktiererei und Kungelei schlicht „unerfreulich und zum Kotzen“ finde.

Schmidt sieht ein wirksames Mittel nur noch in einer Reform des Wahlrechts - in dem Stadtstaat wird eine iupenreihe Listenwahl betrieben. Das Prinzip der Verhältniswahl mit einer verbindlichen Kandidaten-Reihenfolge müsse endlich - so empfahl er - von einem Wahlrecht abgelöst werden, wie es für die Bundestagswahl gilt. Danach könnten dann 60 der 120 Bürgerschaftsmitglieder als „vertrauenswürdige Personen“ und nicht als Vertreter „papierner Programme“ gewählt werden.

Die Vorgänge, die den schon häufig mit seinen hantaischen Genossen hadernden Altkanzler erregten, hatten fast zum Bruch geführt: Der linke Flügel wollte den Parteitag platzieren lassen, als einer ihrer Exponenten - der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Michael Pape - bei der Verabschiedung der Kandidatenliste für die Bürgerschaftswahl von einem rechten Gegenkandidaten, dem Erziehungs-wissenschaftler Wolfgang Schulz, gekippt worden war. Die Vorsitzende des linken Kreisverbandes Nord, Helmut Fischer-Menzel rief mit schneidender Stimme: „Wir sind kurz da-

„Die Anzeige soll den Wahlkampf beeinflussen“

Heiner Geißler geht mit der Anzeige des Grünen-Abgeordneten Otto Schily gegen Bundeskanzler Helmut Kohl ins Gericht. In einem WELT-Interview geht der Generalsekretär der CDU aber auch auf offene Tagesthemen ein. Die Fragen stellt Günther Bading.

WELT: Wie beurteilen Sie die Strafanzeige des Grünen Abgeordneten Schily gegen den Bundeskanzler?

Geißler: Ich bleibe bei meiner Auffassung: Das ist ein absolut konstruierter Vorwurf. Die Verdächtigungen gegenüber dem Bundeskanzler sind haltlos. Das Verfahren wird auch eingestellt werden, davon bin ich überzeugt. Im übrigen begrüße ich durchaus, daß die Staatsanwaltschaft diese Anzeige prüft, denn der Bundeskanzler ist ein Bürger wie jeder andere. Ich bin nur der Auffassung, daß dann, wenn eingestellt wird und die Staatsanwaltschaft feststellt, daß Herr Schily den Kanzler ohne Grund angezwängt hat, diese Einstellung das selbe publizistische Echo erhält wie jetzt die Entscheidung, das Ermittlungsverfahren aufzunehmen.

WELT: Aber sind nicht doch Fragen offengeblieben?

Geißler: Es handelt sich bei dieser Anzeige nicht um den Versuch, eine offene Frage rechtlich zu klären. Das geht aus den Protokollen hervor und übrigen auch aus der Anzeige von Herrn Schily selber. Es geht vielmehr darum, daß Schily das Vorwahlrecht der SPD betreibt. Es pfeifen in Bonn ja die Spatzen von den Dächern, daß er in die SPD übertreten will. Das alles ist schon ein Bestandteil des Wahlkampfes der Linken. Anstatt politisch zu argumentieren, wird der Versuch unternommen, den Bundeskanzler zu denunzieren. Herr Schily ist ein politischer Denunziator. Ich muß das leider sagen; und jeder Bürger kennt ja das Sprichwort „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziator“. Dieser

Satz stammt von Hoffmann von Fallersleben. Das muß man eigentlich als Überschrift über diesen ganzen Vorgang setzen.

WELT: Die Sozialdemokraten haben den Besuch von Volkskammerpräsident Sander als neue Qualität der Deutschlandpolitik bewertet, als ihren Erfolg, von dem die Bundesregierung profitiere. Wie bewerten Sie diesen Besuch?

Geißler: Herr Sander ist nicht der erste Vertreter der SED, der die Bundesrepublik Deutschland besucht. Insofern kann man nicht von einer neuen Qualität sprechen. Aber wenn dieser Besuch - und Sandermann hat ja entsprechende Äußerungen gemacht - einer Verbesserung der Beziehungen der Menschen, der Deutschen untereinander dienen kann, dann halte ich das für eine gute Entwicklung.

WELT: Sandermann hat bei der Union doch recht offene Türen gefunden; widerspricht das nicht der Haltung, man wolle keine formalen Kontakte zu dem Scheinparlament in Ost-Berlin unterhalten?

Geißler: Die sind damit nicht aufgenommen worden. Ich sehe hier überhaupt keine allzu großen Probleme. Da die Volkskammer kein Parlament ist im demokratischen Sinne, hätte ich auch nie protokolllarische Schwierigkeiten mit dem Vertreter einer Diktatur, die die „DDR“ nach wie vor ist. Ich bin der Auffassung, daß wir jeden Vertreter der politischen Führung in der „DDR“ bei uns begrüßen können, wenn er deutlich macht, daß er seinen Teil dazu beiträgt, die menschlichen Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands zu verbessern.

WELT: Sie werfen der SPD vor, Nebenaußenpolitik zu betreiben.

Geißler: Lassen Sie mich dazu eine Vorbemerkung machen: Die Einladung von Herrn Sandermann durch die SPD würde ich nicht als eine Nebenaußenpolitik bezeichnen. Unter einer nach meiner Auffassung unzu-



CDU-Generalsekretär Heiner Geißler
FOTO: RICHARD SCHULZ-VORBERG

lässigen Nebenaußenpolitik ist zu verstehen, wenn die Sozialdemokratische Partei mit der SED, mit der tschechischen KP oder polnischen Kommunistischen Partei quasi völkerrechtliche Verträge abschließt über atomwaffenfreie Zonen und ähnliches. Damit stellt sich die SPD als demokratische Partei auf eine Stufe mit Organisationen, die zwar auch den Namen Partei tragen, die aber im Grunde genommen gleichzusetzen sind mit den Regierungen. Diese wiederum sind in ihrer ihrer Westpolitik von Moskau abhängig. Wir wissen, daß der alte Lenin'sche Grundsatz immer noch Gültigkeit hat, daß nämlich die sowjetische Außenpolitik sich der Innenpolitik der demokratischen Staaten bedient. So gesehen instrumentalisiert sich die SPD im Dienste der sowjetischen Westpolitik. Und das ist eine gefährliche Entwicklung, weil in dem Moment, in dem die SPD einmal wieder an die Regierung kommen sollte, - was so bald mit Sicherheit nicht der Fall sein wird,

Wirtschaft stellen, reichen weit über die nächste Legislaturperiode hinaus, und sie können nur von dieser Koalition erfüllt werden und nicht von einer Koalition von Roten und Grünen, von SPD und Grünen, die uns ja wieder in die Situation der siebziger Jahre zurückführen würden. Ich hätte mir allerdings gewünscht, daß in der einen oder anderen Frage es schneller zu Entscheidungen gekommen wäre, das gilt auch jetzt für die Sicherheitsgesetze.

WELT: Sie setzen auf die Koalition. Nun gibt es allerdings auch Stimmen in der Union, die lieber auf die eigene absolute Mehrheit setzen würden.

Geißler: Also sicher führen wir keinen Koalitionswahlkampf. Die CDU und die CSU machen einen Wahlkampf für ihre Ziele, für ihre gemeinsamen Ziele. Ich glaube auch, daß wir zu einem gemeinsamen Wahlkampfprogramm kommen werden, so wie das bisher auch immer der Fall gewesen ist. Und wir wollen natürlich die

Mehrheit erreichen. Wir machen mit Sicherheit keine Zweitstimmens-Kampagne und haben nicht eine einzige Stimme zu verschenken. Aber es muß für die Regierung und auch für das Land nicht von Nachteil sein, wenn in der kommenden Legislaturperiode die jetzige Koalition ihre gemeinsame Arbeit fortsetzt und sich die neue Regierung unter der Führung der CDU auf eine breite Basis im Parlament stützen kann. Dies wird für die Verwirklichung der noch vor uns liegenden großen und schwierigen Aufgaben - ich verweise nur auf die Steuerreform - von großer Bedeutung sein.

WELT: Sie sprachen soeben ein rot-grünes Bündnis im Bund an. Das wird von der SPD in Abrede gestellt, auch von ihrem Kanzlerkandidaten Rau. Wie ernst ist das zu nehmen? Und wie beurteilen Sie den Herausforderer Rau?

Geißler: Rau täuscht die Wähler mit dieser Aussage. Die Sozialdemokraten sind nicht in der Lage, eine absolute Mehrheit zu erreichen. Das ist im übrigen auch die Auffassung der Bevölkerung. Mir liegt eine neueste Umfrage vor, aus der hervorgeht, daß 82 Prozent der Wahlbevölkerung dies für unwahrscheinlich oder ausgeschlossen halten. Und selbst bei den Anhängern der SPD sagen 67 Prozent, daß sie eine absolute Mehrheit für unwahrscheinlich und ausgeschlossen halten. Diese Aussage, die absolute Mehrheit erreichen zu wollen, ist nichts anderes als der Versuch, der für die SPD peinlichen Koalitionsfrage auszuweichen und zu verschleiern, daß man - wenn es je reichen sollte - natürlich mit den Grünen eine Koalition machen würde. Johannes Rau sagt genau das Gegenteil von dem, was er nach der Bundestagswahl machen würde. Ich sehe keine Veranlassung, ihm mehr zu glauben als Holger Börner, der vor der Landtagswahl in Hessen zweimal die Wähler angelogen hat.

Chancen für Frauen bei der Bundespost

ARNULF GOSCH, Bonn

Die „Christel von der Post“ der achtziger Jahre gibt sich nicht mehr mit dem klassischen Job der Telefonvermittlung zufrieden, sondern steigt zunehmend in „männliche“ Tätigkeitsbereiche ein. Wie aus der jüngsten Ausbildungsplatz-Statistik der Deutschen Bundespost hervorgeht, sind von den rund 6000 Lehrlingen, die dieses Jahr bei der Post allein im gewerblich-technischen Bereich, insbesondere als Fernmeldehandwerker, ausgebildet werden, schon weit mehr als tausend junge Mädchen. Ihre Zahl hat sich in den vergangenen vier Jahren von 650 auf 1100 fast verdoppelt.

Mehr als die Hälfte dieser 6000 Lehrlinge wird über den posteigenen Bedarf hinaus ausgebildet, jedoch alle ohne Ausnahme - wie schon im Vorjahr - nach erfolgreich bestandener Prüfung vom „Gelben Riesen“ übernommen, wenn auch nicht alle „ausbildungsgerecht“. Postminister Schwarz-Schilling begründet die Möglichkeit dieser Übernahme vor allem mit dem zügigen Ausbau der Kabelnetze und den Rekordinvestitionen von insgesamt 18,1 Milliarden Mark in diesem Jahr.

Mit insgesamt 18 300 neuen Lehrstellen - ebenfalls ein Rekord - hat die Post 1986 ihr Ausbildungsplatzangebot gegenüber 1985 nochmal um rund 300 Stellen gesteigert. Zur Zeit bildet sie 31 000 Nachwuchskräfte aus und ist damit größter Lehrbetrieb in der Bundesrepublik Deutschland. Die Kosten für Aus- und Fortbildung betragen pro Jahr rund 1,3 Milliarden Mark.

Berliner Kripo-Chef mahnt Politiker

AP, Berlin

Der Chef der Berliner Kriminalpolizei, Manfred Kittlaus, hat im Zusammenhang mit den Beratungen über die Sicherheitsgesetze im Bundestag die Politiker eindringlich davor gewarnt, durch restriktive Maßnahmen die Verbrechensbekämpfung zu erschweren. In einem Gespräch mit der „Berliner Morgenpost“ sagte der Landes-kriminaldirektor, die Bedrohung des Bürgers durch die immer weiter um sich greifende Kriminalität schneide bei den Bonner Beratungen eine untergeordnete Bedeutung zu spielen. Anstatt den Strafverfolgungsbehörden „optimale Bedingungen“ zur Verbrechensbekämpfung an die Hand zu geben, sei man in Bonn drauf und dran, „der Polizei Fesseln anzulegen“. Leidtragender werde der Bürger sein.

Kittlaus wandte sich vor allem gegen Überlegungen, die Erfassung von Daten Unberechtigter zu verbieten. Die Polizei sei kein „Hilfseher“, der dem Täter sofort auf der Spur sei. Oft gebe

ANZEIGE
Wählen Sie: 0211:
314086
WBB Ihr Berater in Sachen dynamischer Geldanlage mit computergesteuerten Termin-Geschäften.
Oder schicken Sie den Coupon ein. Aktuelle Informationen folgen.

Name/Vorname
Straße/Nr.
PLZ Ort
Telefon W 9
WBB Marketing Agency GmbH
Brunnenstr. 31 - 4000 Düsseldorf

es gar keine andere Wahl, zunächst auch Unbeteiligte zu erfassen, und diese dann „herauszufiltern“. Das Prinzip des Herausfilterns des Täters aus einer Anzahl von Personen sei das Grundprinzip der Ermittlungen. Dies zu zerschlagen, könne nur zum Schaden der Bevölkerung sein, sagte Kittlaus. Die oft geäußerte Furcht vor dem „gläsernen Menschen“ sei unbegründet. Die Polizei habe schon alle Hände voll damit zu tun, die wirklich relevanten Daten zu verarbeiten. Wer anderes vermute, habe realitätsferne Vorstellungen.

Kittlaus warnte auch davor, die verdeckte Observation und den Einsatz von V-Leuten zu beschränken. Wenn, wie beabsichtigt, dieses Vorgehen bei den Ermittlungen nur noch auf einen Katalog schwerer Straftaten beschränkt werde, dann könne die Kriminalpolizei vor dem organisierten Verbrechen kapitulieren, das eben nicht nur mit schweren Straftaten arbeite.

DIE WELT (USPS 405-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood Cliffs, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Hessen: Börner wurde gestärkt

DW, Darmstadt

Mit einem in dieser Höhe unerwarteten Vertrauensbeweis hat die hessische SPD Ministerpräsident Holger Börner auf weitere zwei Jahre im Amt des Landesvorsitzenden bestätigt und damit die rot-grüne Zusammenarbeit und die Bildung der Regierungskoalition mit der Umweltpartei bekräftigt. Auf einem Landesparteitag in Griesheim bei Darmstadt konnte Börner in geheimer Wahl von den 225 abgegebenen gültigen Stimmen 207 auf sich vereinen. 15 Delegierte votierten gegen ihn, drei enthielten sich der Stimme. Dies entspricht einer Zustimmung von 92 Prozent.

Dieses Ergebnis wird lediglich von der ersten Wahl Börners nach Gründung des SPD-Landesverbandes 1977 übertroffen. Vor dem Landesparteitag war allgemein mit einer geringeren Zustimmung zu rechnen, da bei der Wahl im November 1983 gerechnet worden (91,3 Prozent). In der Debatte über den Rechenschaftsbericht meldete jedoch nur eine Delegation Kritik an der rot-grünen Politik an.

Der Ministerpräsident äußerte die Erwartung, daß die „sozial-ökologische Koalition“ bei den Landtagswahlen im Herbst 1987 mit einer guten Bilanz vor die Wähler treten werde. Die Bildung der rot-grünen Regierung bezeichnete Börner als konsequente Fortsetzung der Zusammenarbeit von SPD und Grünen im hessischen Landtag. Diese Zusammenarbeit sei schwerer Belastungen ausgesetzt gewesen, beiden Seiten sei jedoch klar geworden, „daß nicht der



Holger Börner
FOTO: TEUTOPRESS

ungesteuerte Konflikt, sondern die faire Zusammenarbeit Erfolg verspricht“. SPD und Grüne blieben weiterhin politische Konkurrenten, sagte Börner. Ein Zweckbündnis solle „nicht idealisiert und überhöht“ werden. Die SPD könne aber mit keiner anderen Partei so viele ihrer Ziele verwirklichen. Börner verzichtete zwar darauf, eine Fortführung dieser Koalition über den Wahltag im Jahr 1987 hinaus zu propagieren. Seine Absage an CDU und FDP machte jedoch deutlich, daß er in den Grünen je nach Ausgang der Wahlen den Partner der Hessen-SPD sieht.

Als Stellvertreter Börners wurden Landwirtschaftsminister Willi Görlach mit 178 und Finanzminister Hans Krollmann mit 197 Stimmen wiedergewählt. Erheblicher Unmut bei den Frauen löste die Wahl der elf Beisitzer im Landesvorstand aus, weil von den zwei weiblichen Kandidaten die Abteilungsleiterin bei der Bevollmächtigten für Frauenfragen der Landesregierung, Antje Arolt, durchfiel. So mit kam nur eine Frau in den Landesvorstand, obwohl Börner sich für eine Stärkung der Frauen in Parlamenten und Parteien ausgesprochen hatte.

Niedersachsen: Albrecht siegessicher

CDU-Landesparteitag lehnt Umwelt-Ministerium ab / Werben um Stimmen der Bauern

MICHAEL JACH, Hannover

Auf weitere vier Jahre hinaus „gibt es für Niedersachsen weit und breit keine regierungsfähige Alternative zur Politik der CDU“. Der selbstbewusste Anspruch, mit dem Ministerpräsident Ernst Albrecht am Wochenende auf dem CDU-Landesparteitag in Hannover das Startzeichen zur Haupttrunde des Landtagswahlkampfes gab, kennzeichnete die Einschätzung der parteipolitischen Mitbewerber und Gegner ebenso wie die derzeit unerschütterte Siegesgewißheit seiner eigenen Partei.

Allerdings mit einer leichten Akzentverschiebung: Zwar unterstrich Albrecht, nicht anders als Parteichef Wilfried Hasselmann, die CDU habe „keine Stimme zu verschenken“, mit Blick auf die koalitionsbereite FDP ausgesprochen, blieb indes diesmal Albrechts „Sicherheitsvorbehalt“, allein „stärker als SPD und Grüne zusammen“ werden zu wollen.

Kaum Kampfstimmung

Gemäß dem Parteitag-Motto „Niedersachsen kommt voran“ wird die CDU im Land sich im Wahlkampf darauf konzentrieren, die Leistungen der „Albrecht-Politik“ herauszukehren. Nach Einschätzung ihres Gene-

ralsekretärs Martin Biermann werde dem sozialdemokratischen Hauptgegner allenfalls das Thema der zahlreichen Arbeitslosigkeit bleiben, „um überhaupt ein Feld zu haben, gegen uns agieren zu können“. Heute fehlende Arbeitsplätze, ergänzte Albrecht, habe das Land dank seiner Forschungs- und Technologiepolitik für morgen sicher in Aussicht.

Bei solcher Grundtönung ließ der Parteitag Kampfstimmung weithin vermissen. Die Wiederwahl des CDU-Landesvorstandes - Wilfried Hasselmann und der drei Stellvertreter Ursula Benedix-Engler, Hermann Schnipkowietz, Rudolf Seitzers - wurde ebenso reibungslos abgewickelt wie die Abstimmungsprozedur über das Wahlprogramm.

Inhaltliche „Überraschungen“ waren nicht zu erwarten, wo es ausschließlich um Erfolgsbeschreibung und -fortschreibung der „Albrecht-Politik“ geht. Ein Umweltministerium, von der Jungen Union wenigstens „zur Prüfung“ empfohlen, wurde auf Albrechts persönlichen Debatteingriff hin abgelehnt, da die Kompetenzverteilung auf mehrere Ressorts sich letztlich bewährt habe. Eine nächste CDU-Regierung wird eine Landesbeauftragte für Frauenfra-

Hasselmann warnt

Es war ein Parteitag einträchtiger Selbstgewißheit. Daß die offenkundige Gemütsruhe der Niedersachsen-CDU gewisse psychologische Selbstgefährdungen erzeugen könnte, ist Parteichef Hasselmann erkennbar nicht entgangen. In seinem Schlußwort mahnte er: „Erst säen, dann ernten - erst wenn ausgezählt ist, haben wir gewonnen!“ Und zuletzt noch ein „Stoßgebet“ gen Bonn: „Hoffentlich bleiben wir vor Irritationen von außerhalb bewahrt!“

CSU contra Zauberling Hiersemann

PETER SCHMALZ, München

In einer bislang ungewohnten Heftigkeit debattierten die beiden bayerischen Landtagsparteien CSU und SPD über die Rolle der bayerischen Sozialdemokraten bei den zum Teil gewalttätigen Auseinandersetzungen um den Bau der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage. Die CSU sieht den Zeitpunkt gekommen, den SPD-Spitzenkandidaten zur Landtagswahl, Karl-Heinz Hiersemann, zu verbindlichen Erklärungen zu drängen. „Wie er zu den Geistern steht, die er und seine Freunde gerufen haben, und ob und wie er diese wieder losbekommt“.

Streit um Zitate

Auslöser der bisher schärfsten Landtagskontroverse dieser Legislaturperiode war die Bemerkung von Justizminister August Lang (CSU) während einer Plenardebatte um die Wiederaufarbeitungsanlage, die SPD und ihr Spitzenkandidat würden sich mit Leuten verbünden, die Sätze wie den folgenden schreiben: „Die Notwendigkeit, daß dieser Staat zerschlagen werden muß, wird immer offensichtlicher, eben nicht nur wegen Wahnsinnsobjekten wie die WAA, sondern wegen dem ganzen Schweinesystem.“

Lang selbst steht keinen Grund für eine Entschuldigung und erklärte, „daß sich die SPD nicht länger durch Wort und Tat von solchen Kräften deutlich distanzieren“.

An der SPD-Erklärung ist auffällig, daß sie eine Empörung über die Äußerungen des CSU-Ministers vermittelt, die von der CSU geforderte Distanzierung aber nicht beinhaltet. CSU-Fraktionschef Gerold Tandler will nunmehr Hiersemann zwingen, „Farbe zu bekennen“.

In einer mehrere Seiten umfassenden Presseerklärung bittet Tandler den SPD-Politiker um Stellungnahme zu verschiedenen Äußerungen aus den Reihen der SPD. Unter anderem will Tandler wissen, wie Hiersemann mit dem vier Monate alten Präsidiumsbeschuß der bayerischen SPD halte, in dem es heißt: „Die bayerischen Sozialdemokraten werden diese Transformation des Frei-

staates Bayern zur atomaren Halbdemokratie nicht unwidersprochen und widerstandslos hinnehmen.“ Wann, so fragt der CSU-Fraktionsvorsitzende, habe sich Hiersemann beim Innenminister für seine Feststellung entschuldigt, daß dieser „Recht und Gesetz nach Belieben verberge“? Auch soll sich Hiersemann erklären zu Äußerungen des bayerischen SPD-Vorsitzenden Rudolf Schöfberger, der den Widerstand gegen das nationalsozialistische Ermächtigungsgesetz mit dem Widerstand der SPD gegen die WAA vergleicht.

Hoffen auf grüne Stimmen

Die Sozialdemokraten, die in der WAA eines ihrer wichtigsten Wahlkampfthemen sehen und im Widerstand gegen die Anlage hoffen, grüne Stimmen zu sich herüberziehen zu können, zeigen sich bisher zu klaren Distanzierungen von Gruppen wie DKP, Anarchistische Arbeiterunion sowie autonomer und alternativer Gruppen auch aus dem terroristischen Umfeld nicht gewillt und übergehen alle Hinweise der CSU, wonach es sich bei dem Bau der WAA um den Vollzug einer unter dem SPD-Kanzler Schmidt gemeinsam beschlossenen Energiepolitik handelt.

Nakasone will Amtszeit des Premiers verlängern

Parlamentswahl soll günstige Ausgangsposition schaffen

FRED de LA TROBE, Tokio
Gut acht Monate vor Ablauf seiner Amtszeit hat der japanische Ministerpräsident Nakasone jetzt zu verstehen gegeben, daß er sich für eine um zwei Jahre verlängerte Regierung einsetzen will. Er hofft, die Statuten der Liberaldemokratischen Partei (LDP) ändern zu können, denen zufolge der Premier nur vier Jahre am Ruder bleiben darf.

Dieses Ziel möchte er mit einem taktischen Manöver erreichen: Nach dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio Anfang Mai will er das Unterhaus des japanischen Parlaments auflösen und für Ende Juni Doppelwahlen für beide Kammern des Parlaments ansetzen - das Votum für das Oberhaus ist terminmäßig ohnehin zu diesem Zeitpunkt fällig.

Von einem doppelten Umhang am gleichen Tage verspricht sich Nakasone einen eindrucksvollen Sieg für die LDP, da dann erfahrungsgemäß die Wahlbeteiligung hoch ist und damit die Konservativen wesentlich besser abschnitten würden. Bei den Wahlen im Jahre 1983 nur für das Unterhaus, bei dem die Beteiligung vergleichsweise niedrig war, konnte die LDP ihre Mehrheit nur knapp behaupten.

Bei einem diesmal guten Ergebnis für die Liberaldemokraten, so rechnet der Ministerpräsident, würde im Volk eine starke Strömung gegen einen Wechsel an der Spitze entstehen und ihm dazu verhelfen, eine verlängerte Regierungzeit ohne allzu großen Widerstand durchzusetzen. Die Populärstatistik Nakasones liegt ohnehin bei allen öffentlichen Umfragen hoch. Mit einem Erfolg des Weltwirtschaftsgipfels könnte er außerdem hoffen, seiner Laufbahn ein Glanzlicht aufzusetzen, das bis zu den Wahlen nicht verlöschen würde.

Die Parteistatuten können nur mit einer Zweidrittelmehrheit aller LDP-Abgeordneten geändert werden. Ein solches Übergewicht im eigenen Lager fehlt Nakasone aber bei weitem,

da die Führer dreier starker Flügel - Außenminister Abe, Finanzminister Takeshita und der Leiter des LDP-Exekutivkomitees Miyazawa - selber Bewerber für das höchste Amt sind und sich gegen eine verlängerte Amtszeit für den Premier ausgesprochen haben.

Nach einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs Japans muß vor Neuwahlen erst eine gerechte Neuverteilung von Abgeordnetenmandaten im Unterhaus verwirklicht werden. Nakasone hatte schon im vergangenen Jahr eine entsprechende Vorlage im Parlament eingebracht, konnte sie aber nicht durchsetzen.

Neben der Opposition auch Teile der LDP dagegen waren. Der Premier will die Vorlage, etwas geändert, erneut einbringen. Die Aussichten auf ihre Verabschiedung sind aber nach wie vor gering, da sie die kleineren Parteien benachteiligen würde. Nakasone deutete jedoch an, daß er die Wahlen dennoch ausgeschrieben und damit das Risiko eines gerichtlichen Einspruchs in Kauf nehmen will.

Die drei aussichtsreichsten Nachfolgekandidaten Abe, Takeshita und Miyazawa, die auch als „neue Führer“ gelten, wollen bis zum Weltwirtschaftsgipfel den Burgfrieden in der LDP wahren. Inzwischen arbeiten sie aber schon fleißig an ihren Startlöchern für die „Thronfolge“ und bemühen sich, ihren Basis-Anhang in der japanischen Provinz zu stärken.

Außenminister Abe gilt gegenwärtig als der populärste Kandidat unter den dreien. Finanzminister Takeshita verfügt dagegen über den größten Fonds an Spendengeldern, und Exekutivkomitee-Leiter Miyazawa ist als der Mann mit den besten Alternativen zum Regierungssitz bekannt.

Übereinstimmung herrscht, daß nach dem Weltwirtschaftsgipfel im Lager der LDP ein Machtkampf mit harten Bandagen zu erwarten ist. (SAD)



Premier Yasuhiro Nakasone
FOTO: KNIPPERTZ

Bonn sucht stärkere Asien-Präsenz

Märkte der Asean- und Pazifikländer sollen besser genutzt werden / Tagung in Bangkok

PETER ISELI, Bangkok
Seit Beginn der siebziger Jahre setzte sich in den europäischen Industrielandern - und auch in der Bundesrepublik - nach und nach die Erkenntnis durch, daß Ostasien, vor allem aber auch die Asean-Länder (Malaysia, Philippinen, Indonesien, Singapur, Thailand, Brunei) aufstrebende Märkte für eine von minimalen Wachstumsraten geprägte Wirtschaft bilden können. Die auch in Zeiten allgemeiner Wirtschaftskrisen hohen Wachstumsraten in zahlreichen Ländern dieser Regionen und in jüngster Zeit auch die Öffnung Chinas ließen aufhorchen.

Die Bundesregierung in Bonn und die deutsche Wirtschaft erkannten in den letzten zwei bis drei Jahren, daß vor allem in den Asean-Ländern die gegebenen Möglichkeiten längst nicht ausgeschöpft worden sind.

Ein Jahr Vorbereitung

Vor einem Jahr wurde das Auswärtige Amt initiativ. Nach einjähriger Vorbereitung beginnt heute in Bangkok ein dreitägiges Regionaltreffen der Wirtschaft, Entwicklungshilfe- und Wissenschaftsreferenten aus den Botschaften im ost- und südostasiatischen Raum mit Vertretern der zuständigen Bundesministerien und der Spitzenverbände der deutschen Industrie- und

Handelstagen (DIHT) über den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) bis zur Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) sind alle deutschen Institutionen für Außenhandel vertreten.

Nach einer Bestandsaufnahme der außenwirtschaftlichen Beziehungen sollen praxisorientierte Schlußfolgerungen zur Verbesserung, Abstimmung und Bündelung der deutschen Präsenz in Südostasien und im pazifischen Raum gezogen werden.

Im Vordergrund stehen dabei ein besseres personelles und organisatorisches Instrumentarium sowie die Koordinierung von Maßnahmen unter Berücksichtigung der Entwicklungspolitik. Durch eine engere Zusammenarbeit staatlicher und privater Stellen und einen verstärkten Informationsaustausch soll der deutschen Wirtschaft und vor allem auch den Mittelstandsunternehmen die Möglichkeit gegeben werden, sich in der starken Wettbewerbssituation in diesem Raum zu behaupten.

Staatliche deutsche Stellen wiesen schon vor Jahren auf die Bedeutung einer wirtschaftlichen Entwicklung im Fernen Osten hin, die sich immer stärker positiv vom Gang der Dinge in anderen Regionen abheben begann.

Auch die deutsche Wirtschaft „entdeckte“ Chancen. Eine Delegation

des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) unter dem damaligen Vorsitzenden Rodenstock kam 1983 zu positiven Schlußfolgerungen über die Aussichten für den deutschen Handel und deutsche Investitionen. Dabei wurde auch hervorgehoben, daß viele Länder westliche Vorstellungen von einem freihandelsorientierten Wirtschaftssystem teilen.

Japanische Erfolge

Trotz stetig steigender Zahlen im Handelsaustausch zwischen der Bundesrepublik und den Ländern Ost- und Südasiens mußte man aber feststellen, daß sich die Beziehungen vor allem Japans und der USA mit dieser Region um einiges dynamischer entwickelten. Dieographische Lage mag einer der Gründe sein.

Vor allem aber im Falle Japans war eine frühzeitige Konzentration staatlicher Entwicklungshilfe für die jetzige dominierende Rolle ausschlaggebend. Thailand zum Beispiel ist heute der größte Empfänger staatlicher japanischer Entwicklungshilfe, was sich in zahlreichen Industrie- und Infrastrukturprojekten äußert, die zum größten Teil mit japanischen Mitteln zustande kamen. Gerade in Finanzierungsfragen haben die Japaner dank des starken staatlichen Engagements wesentliche Vorteile gegenüber den Europäern.

Der Kampf um Fao verhärtet sich

DETLEV AHLERS, Basra

Die iranischen Truppen auf irakischem Gebiet westlich des Schatt el-Arab werden täglich mit Mannschaften und Gerät verstärkt. Das sagte der irakische Generalmajor Abdul Raschid auf einer Pressekonferenz. Seit Samstag machten seine Soldaten „erhebliche Fortschritte“ bei ihrer Gegenoffensive auf die von Iranern besetzte irakische Hafenstadt Fao. In Berichten aus Teheran heißt es dagegen, die iranischen Streitkräfte hätten die Gegenangriffe auf Fao abgelehrt.

Raschid warf den Iranern vor, „Senegas und ähnliches Gas“ mit Artillerie und Mörsern eingesetzt zu haben. Irak verwende kein Gas.

In der Nacht zum Sonntag war westlich von Basra das Sperrfeuer iranischer Leuchtschiff- und Raketenabwehr zu erkennen. Außerdem

konnte man einige starke Erschütterungen und verstärktes Artilleriefeuer wahrnehmen. Basra, die zweitgrößte irakische Stadt, liegt 100 Kilometer nordwestlich von Fao.

Die Iraker kämpfen entlang dem Schatt. Dort sind die gut ausgebauten Stellungen der Iraker in iranischer Hand. Raschid sagte, seine Soldaten stünden „wenige Kilometer nördlich von Fao“. In der Umgebung von Fao werden 30 000 Iraker vermutet. Nach Raschids Einschätzung muß man sogar von einer höheren Zahl ausgehen.

Raschid sagte, daß Soldaten seines III. Korps und anderer Korps an die Südfreitang abgezogen worden seien. Gleichwohl meinte er, daß er mit einem iranischen Angriff anderswo rechnen. Seit dem Beginn der Offensive vor etwa zwei Wochen hätten die Iraker 40 000 Mann verloren, minde-

stens dreimal so viele seien verwundet. Die Invasionstruppen bestünden hauptsächlich aus Revolutionärgarden. Angaben über eigene Verluste machte er nicht.

Gefangene hätten berichtet, daß zivile Hilfskräfte bei den iranischen Truppen seien, um Handlangerdienste zu leisten und Verwundete zu transportieren. Er ließ sechs Gefangene vorführen.

„In wenigen Tagen“, so sagte der General, werde die irakische Flagge wieder über Fao wehen. Das Wetter habe die Invasion begünstigt. Doch nach dem Regen ist seit Tagen wieder schönes Wetter. Dennoch war in der vergangenen Woche keine einzige Maschine der irakischen Luftwaffe wahrnehmbar, obwohl das Militärkommuniké Hunderte von Angriffen auf die Invasoren und ihre Nachschublinien meldet.

Kirche auf Haiti mahnt das Volk zur Geduld

Hohe Erwartungen in die Junta nach Duvaliers Sturz

W. THOMAS, Port-au-Prince
Felix Morisseau-Leroy, Schriftsteller und Dichter, ist jetzt, nach 37 Exiljahren in Afrika und den USA, in seine Heimat Haiti zurückgekehrt. „Ich bin hoffnungsvoll“, sagt er. Dagegen meint ein Unternehmer, daß er bald die Arbeitsmöglichkeiten in Florida erkunden werde, „sicherheitshalber“. Denn man wisse nicht, „was die Zukunft bringt“.

Knapp drei Wochen nach dem Ende der Duvalier-Dynastie schwebt Haiti zwischen Hoffnung und Ungewißheit. Die einen setzen Vertrauen in die Zukunft. Die anderen äußern Mißtrauen. Ein diplomatischer Beobachter präzisiert: „Die Machtverhältnisse haben sich geändert, die Probleme dagegen nicht“.

Auf dem „Nationalen Regierungsrat“, einem Gremium von vier Militärs und zwei Zivilisten, der seit der Flucht des Diktators Jean-Claude Duvalier am 7. Februar die Macht ausübt, lastet ein gewaltiger Erwartungsdruck. „Die meisten Leute erwarten, daß nun alles besser wird“, erläutert der Priester Marcel Bussels aus Cap-Haïtien. „Aber sie kann die Verhältnisse nicht über Nacht verbessern“.

Claude Levy, der geschäftsführende Direktor des haitianischen Industrieverbandes, teilt diese Lageeinschätzung. Er erinnert an die „wirtschaftlichen Realitäten“. Das arme Land des amerikanischen Kontinents sei pleite. „Aber erklärt das einmal den Leuten von Gonaïves, die vier Jahre gegen Duvalier gekämpft haben. Erklärt ihnen, daß sie vier weitere Jahre warten müssen, bis sich vielleicht ihre Lage verbessert“.

Das Regime des General Henri Namphy regiert auffällig unauffällig. Namphy hielt bisher lediglich eine Rede zur Amtseinführung und gab anschließend eine Pressekonferenz. Sonst machen sich die neuen Männer

nur durch die von den Medien verbreiteten Dekrete (am Wochenende wurden Plünderer vor dem Schußwaffengebrauch der Sicherheitskräfte gewarnt), symbolische Akte wie die Umbenennung öffentlicher Straßen und Einrichtungen mit dem Namen Duvalier. Am morgen soll Haiti zu den alten Nationalfarben rot und blau zurückkehren.

Die Presse behandelt offen die düstere Vergangenheit. Sie nennt Jean-Claude Duvalier „Baby Doc“, eine bisher verbotene Bezeichnung. Sie veröffentlicht gehässige Karikaturen des gestürzten Präsidenten und seiner Frau Michelle. Sie übt scharfe Kritik an dem alten System und verteilt gelegentlich Seitenhiebe gegen das Neue. „Le Nouvelliste“ druckte einen Kommentar der sowjetischen Parteilitung „Pravda“, in dem es heißt: „Die meisten Junta-Mitglieder leiden unter dem Ruf, ehemalige Duvalier-Di-

gnation Ju- israe- ent- lung inge- c der Israel USA bruch eines richts recht- fahnen t, der mern anla- M2 in raten z. ten. 18 in seher 2 wo r der die gkeit n wie- ht in n bei n zial- aegen e USA aus: aun- repu- rnar osti- uco-

ner gewesen zu sein.“ Oppositionspolitiker wie der Christdemokrat Sylvio Claude fordern eine „Säuberung“ des Regierungsapparates von „Duvalieristen“.

Die katholische Kirche ist neben der Armee die einflussreichste Institution Haitis geblieben. Der kirchliche Rundfunksender Radio Soleil leistet eine Aufklärungsarbeit, die viele Beobachter bei der Regierung vermissen. So mahnt der Sender zur Geduld. Demokratie sei ein langer Lern- und Erklärungsprozeß. Bischof François Gayot warnte vor „kommunistischen“ Einflüssen.

Die Kirche, die treibende Kraft hinter der Entmachtung Duvaliers, stört das Vokabular einiger Oppositionskräfte. Anonyme Flugblätter empfehlen eine „taktische Kooperation“ der „Bourgeoisie“ zum Aufbau einer „neuen Gesellschaft“. Dann wurde die Einrichtung von Nachbarschaftskomitees zur Denunzierung ehemaliger Duvalier-Anhänger und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen „zu allen Ländern“ vorgeschlagen.



General Henri Namphy
FOTO: DPA

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Neuer Wind in die Segel!

„Bonn gibt mehr Geld für Werten“: WELT vom 15. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren, die berechtigte Forderung von Bundesfinanzminister Stoltenberg an die Tarifpartner nach einem lohnpolitischen Konzept zur Rettung der Schiffbaubranche dürfte bei allen in dieser Branche Tätigen volle Zustimmung finden. Gelangen die Verantwortlichen in nächster Zeit nicht zu einer vernünftigen Lösung, dann sind die deutschen Werften, einschließlich ihrer Zulieferer, in ihrer Lebensfähigkeit bedroht, und damit der gesamte Lebens- und Wirtschaftsraum Küste.

Die Beschäftigten der Werften nicht nur in Ostfriesland, sondern im gesamten Norddeutschland und sicherlich auch auf den Binnenwerften hoffen, daß schon bald Vernunft über Ideologien siegen möge.

Mit freundlichem Gruß
Heinrich Streck,
Holtland

Schon zu viele

Politik gegen die Familie ist Politik des Untergangs: Gekürzte WELT vom 15. Februar

Ich halte einen Rückgang der Geburtenraten nicht für eine nationale Katastrophe, sondern für einen lebenserhaltenden Faktor. Da die Bundesrepublik nach Holland und Belgien die höchste Siedlungsdichte Europas aufweist, ist es wohl übertrieben, die Vision eines sterbenden Volkes heraufzubeschwören. Für die geringe Fläche der Bundesrepublik sind wir viel zu viele Menschen.

Christoph Häusler,
Fuldatal 2

Recht auf Frieden

Sehr geehrter Herr Conrad, zu Ihrem Artikel vom 30. 1. 1986 erlaube ich mir einige Bemerkungen zu machen:

Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser hängt nicht vom Wohlwollen irgendeines Staates oder eines Menschen in dieser Welt ab. Es ist ein Naturrecht, das in keiner Weise tendenziösen oder eigenmächtigen Interpretationen unterliegen darf.

Dieses Recht kann nicht aufgegeben werden, denn es bildet eins der Hauptprinzipien des Völkerrechts und der UNO-Charta. Wenn Sie, als Israels Freund, den Menschen in Israel wirklich helfen wollen, dann müssen Sie hier und jetzt zur Herbei-

führung einer Lösung beitragen, die den nationalen Rechten der Palästinenser gerecht wird. Andernfalls müssen wir alle auf den von Ihnen angestrebten „Frieden“ sehr lange warten.

Mit freundlichem Gruß
Hassan Hamdan,
Bonn

Goldener Westen

Die Hoffnung der Bundesregierung, daß die DDR nur mehr solche Asylbewerber über ihr Territorium in die Bundesrepublik einreisen läßt, die ein gültiges Einreisevisum besitzen, dürfte weitgehend dadurch zu nichts werden, daß West-Berlin von dieser Regelung ausgeschlossen bleibt.

Es muß endlich einmal offen ausgesprochen werden, daß das im Grundgesetz von 1949 festgeschriebene Recht auf Asyl für politisch Verfolgte - das zum größten Teil von Wirtschaftsflüchtlingen in Anspruch genommen wird - nicht mehr länger in seiner bis heute praktizierten Form aufrechterhalten werden kann.

Das großzügige Asylrecht der Bundesrepublik, das liberalste der Welt, muß in entscheidendem Maße auf die wirklich politisch Verfolgten aus dem europäischen Kontinent beschränkt werden. Auch dürfen Deutschland und Europa nicht zum Auffangbecken für die Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt werden.

Ruth Freihoffer,
Passau

Respektlos

Die Ausführungen über die Regisseure Zadek und Feymann von Lothar Schmidt-Mühlisch und Carl Gustaf Ström finde ich als alter Bochumer Theaterbesitzer sehr interessant.

Man fragt sich allen Ernstes, wie es möglich ist, daß solche Regisseure einen völlig diametralen Standpunkt zur herkömmlichen verstandenen Aufgabe des Theaters vertreten können. Man fragt sich, was hier größer ist, die Respektlosigkeit gegenüber dem steuerzahlenden Theaterpublikum oder gegenüber den Bühnenautoren?

Heute ist der Mißklang zwischen Erwartung und Erleben beim Theater schon zu groß geworden. Der Bürger distanziert sich von den Machenschaften der „modernen“ Regisseure.

Mit landschaftsgebundenem Glückauf,
Walter Röhling,
Bochum 1

Brutal erstickt

Sehr geehrte Damen und Herren, Marcos hat offensichtlich im Wahlkampf betrogen, aber Entwicklungen auf den Philippinen oder auch zivile auf Haiti zeigen doch, daß es in diesen Ländern wesentlich freierheitlicher geht als in der Sowjetunion oder in den Ostblockländern. Es sollte mit allem Nachdruck - auch in Ihrer Zeitung - darauf hingewiesen werden, daß ähnliche Volksempörungen in der DDR oder im restlichen Ostblock nie aufkommen könnten; daß solche - letzten Beispiel von vielen die Solidaritätsbewegung in Polen - im Keim brutal erstickt wird.

Hochachtungsvoll
Dr. Michael Motzki,
Kassel

Widerwillig

„Schulmeisterliche Belehrung“: WELT vom 15. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren, die Warnung von Bundes Senator Rupert Scholz vor offiziellen Kontakten zwischen dem Deutschen Bundestag und der „DDR“-Volkskammer ist rechtens. Wenn nun führende FDP-Politiker dies als „Annäherung“ und „schulmeisterliche Belehrung“ bezeichnen, dann müssen sich die Liberalen fragen lassen, ob sie nicht vielleicht zuerst einmal Unterricht über „Entstehung und Wahl der Volkskammervertreter“ nötig haben?

Die Herren von der FDP scheinen nicht genügend orientiert zu sein. In der „DDR“ werden nämlich die Volkskammervertreter nicht „freiwillig“, sondern „widerwillig“ vom Volk gewählt, und die „Ewigkeitsdauer“ dieser gewählten Funktionäre ist allzeit bekannt.

Mit freundlichen Grüßen
Annarose Nicksch,
Hannover 51

Neurotisch

„CDU plant eine Offensive in der Familienpolitik“: WELT vom 8. Februar

Sehr geehrte Redaktion, erst jetzt scheint Hamburgs CDU den „Erosionsprozeß in der Familie“ zu bekämpfen ist reichlich spät! Alle Spatzen pfeifen es von den Dächern! 25 bis 30 Millionen wünscht sie also vom Hamburger Steuer- und Gebührentabell, um damit junge Hamburgerinnen zur Mutterschaft zu bewegen.

Diese Mutterschaft ist im allgemeinen eben nicht teilbar mit einem bezahlten „Arbeitsplatz“, was die Jungen schon früh als Schlüsselkind

erfahren mußten. Folglich erntet unser Volk, was eine materialistisch geprägte Industrienation anzubieten hat: rasante Autos, vermarkteten Urlaub, überladene Wohnungen, anonyme Versicherungen gegen Schicksalsschläge, niedrige Renten, hohen Blutdruck und Neurosen!

Mit freundlichen Grüßen
Leonhard Hoffmann,
Hamburg 73

Debakel

Sehr geehrte Redaktion, nachdem Herr Nitschke die familiären und gesellschaftspolitischen katastrophalen Vorstellungen des derzeitigen Familienministers dargelegt hat, möchte ich mich ganz herzlich bedanken für den Leitartikel „Durchaus ein Abweg“ von Herrn von Loewenstern.

Wahrhaftig, man fragt sich immer mehr, warum eigentlich CDU wählen? Diese Meinung verteidigt sich zunehmend in der CDU-Stammwirtschaft und klingt nicht nur an in Professor Günter Rohrmoser, „Das Debakel“.

Mit freundlichen Grüßen
Johanne Margarete Mariani,
Velbert 1

Fesselnd

Sehr geehrte Damen und Herren, im Januar habe ich 18 Bände „Durant: Kulturgeschichte der Menschheit“ gekauft, und ich muß sagen, ich habe es nicht bereut. Die Werke des alten Mr. J. Durant aus Amerika sind aktuellisiert worden; sie behandeln allerdings nur die Zeit bis 1815. Dr. Julius Blei hat hervorragend überseht. Der Stil ist von der Art Adalbert Stieffens, ungemein menschlich und fesselnd. Die sozialkritische Komponente ist durchgehend. Damit wird ein Anspruch der heutigen Zeit erfüllt. Man wird wie an der Hand eines guten Freundes in Zeit und Volk hineingeführt und kann sich vor die Frage gestellt sehen, ob wir die Aufklärung mit Kultur, d. h. mit dem Vermögen zu Glauben und naiver Freude, nicht zu teuer bezahlt haben.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Joachim Frick,
Hornberg

„Wenn es einen Glauben gibt, der Berge versetzt, kann, so ist es der Glaube an die eigene Kraft.“

Marie von Ebner-Eschenbach, deutsche Autorin (1830-1916)

Wort des Tages

„Wenn es einen Glauben gibt, der Berge versetzt, kann, so ist es der Glaube an die eigene Kraft.“

Mit freundlichen Grüßen
Aydin Aklin,
Berlin 21

Affront

„Bayern droht München mit Millionenstrafe“: WELT vom 4. Februar

Aus dem geplanten Neubau der Bayerischen Staatskanzlei am Münchner Armeemuseum wurde ein Streit zwischen den Sozis und der Bayerischen Staatsregierung. Wann hört Kronauwetter endlich damit auf, von einer Bebauung des Hofgartens zu reden? Das ist eine absurde Entstellung.

Ganz und gar blamiert hat sich ein wohl ortunkundiger Sozi-Stadtrat, als er feststellte, bei dem Staatskanzlei-Projekt handele es sich um die Dimensionen eines kleinen Stadtviertels. Hinter all dieser ins Feld geführten Argumentation steckt aber noch viel Schlimmeres: Was hat einem Oberbürgermeister eigentlich sein einziger Vorgänger im Amt, Hans-Jochen Vogel, ins Nest gelegt? Die Rede ist vom Bunkerbau des Kaufhofs, ähnlich einer Festung, fast fensterlos, ein kaltschnäuziger Affront zum Münchner Marienplatz!

H. H. Becker,
München

Qualend

„Sacharow“: WELT vom 18. Februar

„Solange solche Herren im Westen Preise statt Verachtung erhalten, kann ein Sacharow weiter gequält werden.“ Solange aber die Königlich Schwedische Akademie der Wissenschaften, das Königlich Karolinische Medico-Chirurgische Institut und die Akademie der Schönen Künste in Stockholm sowie das norwegische „Storting“ bestimmen, wer Nobelpreissträger wird, so lange hat Gorbatschow nicht den geringsten Grund, Sacharow freizugeben!

Mit freundlichen Grüßen,
Hans Schwaabe

Offene Wünsche

„Der Arbeitskreis der Union legt seine Reform-Wünsche vor“: WELT vom 21. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren, mit sehr großer Aufmerksamkeit las ich die Wunschliste des Arbeitnehmerräts der Union: Forderungen wie weitere Steuervergünstigungen, Erhöhung des Kinderfreibetrags, Erhöhung des Grundfreibetrags etc.

Ich sehe kein Wort in dieser Wunschliste über ausländische Kollegen, noch nicht einmal in einem Nebensatz. Wenn der Arbeitnehmerrat der Union tatsächlich „christlich“ und „demokratisch“ denkt, so glaube ich, daß er seine Wunschliste nochmals gründlich bearbeiten muß.

Mit freundlichen Grüßen
Aydin Aklin,
Berlin 21

Personalien

VERANSTALTUNG

Es fiel ihm schwer, zwischen „gefrorenem Grünkohl und Spagetti“ die Verbindung zu finden. Nach dem „Missing Link“ suchte mit Witz der neue Bonner Grünköhlkönig des „Wirtschaftspolitischen Clubs“, der italienische Botschafter Professor Dr. Luigi Vittorio Ferraris. Mit Eloquenz schließlich gelang dem in der Bundesrepublik inzwischen sehr bekannten Diplomaten das Kunststück, diese ungewöhnliche Verbindung zu schmieden. Ferraris wurde im Club, der von Präsident Reinhard Hanschold angeführt wird, der 22. Grünköhlkönig. Der Club in Bonn ist bis heute ein reines Männergremium geblieben. Der Italiener war es, der endlich mal bemängelte: „Die Damen fehlen“. Botschafter Ferraris: „Nur über Männer zu herrschen, ist nicht sonderlich reizvoll und keine große Herausforderung für einen Diplomaten.“ Mit der notwendigen Portion Ironie, die zu solchen Würden gehört, machte sich Ferraris an die Übersetzung des deutschen Wortes „Kohl“ ins Italienische. Dabei bemerkte Excellenz leicht berührt, daß die Übersetzung „cavolo“ im Italienischen auch die Bedeutung „Dummkopf“ hat. Um so erheitert zeigte sich Grünköhlkönig Ferraris, daß sein italienischer „Broccoli“ inzwischen auch Einzug in die deutschen Küchen und damit auch in den deutschen Sprachgebrauch gefunden hat. Der Wirtschaftspolitische Club hatte seiner Zeit den heute 84-jährigen Professor Alfred Buch zu seinem ersten Grünköhlkönig gewählt. Die Liste der Nachfolger ist prominent genug. Zu ihnen gehören der ehemalige Botschafter Sigismund von Braun, Bauernpräsident Heereman, der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth und als Vorgänger von Ferraris IATA-Generaldirektor Professor Dr. Günther Eser.

kordats und der Hildesheimer Diözesan-Synode beteiligt. Große Verdienste erwarb er sich auch um das katholische Schulwesen, um die Schaffung eines Beamtengesetzes für die kirchlichen Dienst sowie um die kirchliche Gebiets- und Verwaltungsreform. Sender stammt aus Hamburg, 1956 hatte ihn Papst Pius XII. zum päpstlichen Geheimkammerer ernannt. Papst Johannes XXIII. ernannte ihn zum päpstlichen Hausprälaten. Papst Paul VI. schließlich übertrug ihm das Amt des Apostolischen Protokollars.

EHRUNGEN

Der amerikanische Mediziner Dr. Abner Louis Notkins aus Bethesda, erhält in diesem Jahr den Paul Ehrlich- und Ludwig Darmstädter-Preis. Die Auszeichnung ist mit 90 000 DM dotiert. Mit diesem Preis gewürdigt werden seine hervorragenden Forschungen auf dem Gebiet der Autoimmunität. Der Preis gehört zu den höchst dotierten Auszeichnungen in der medizinischen Forschung. Er wird jährlich von einem Stiftungsrat vergeben und am Geburtstag von Paul Ehrlich, dem Entdecker des Syphilis-Heilmittels „Salvarsan“, verliehen.

Professor Dr. Wolfgang Blankenburg, der Leiter der Psychiatrischen Universitätsklinik in Marburg, erhielt den Preis der Schweizerischen Club hatte seiner Zeit den heute 84-jährigen Professor Alfred Buch zu seinem ersten Grünköhlkönig gewählt. Die Liste der Nachfolger ist prominent genug. Zu ihnen gehören der ehemalige Botschafter Sigismund von Braun, Bauernpräsident Heereman, der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth und als Vorgänger von Ferraris IATA-Generaldirektor Professor Dr. Günther Eser.

Die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg wird heute das tausendste Diplomzeugnis der Studienrichtung Elektrotechnik vergeben. Das ist Anlaß genug für eine akademische Feierstunde. Das Diplom erhält Peter Trawinski aus den Händen des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses der Technischen Fakultät, Professor Dr. H. J. Schneider. Vor rund 20 Jahren richtete die Universität den Studiengang Elektrotechnik ein. Heute gibt es rund 1500 Studenten in dieser Fachrichtung. Auch für dieses Fach gilt der Numerus clausus. Die Lehrstühle in Erlangen für den Studiengang Elektrotechnik werden jedoch weiter ausgebaut, da es sich hier um ein „sehr aussichtsreiches Studium“ für Abiturienten mit mathematisch-naturwissenschaftlichen Neigungen handelt.

JUBILÄUM

Prälat Adalbert Sender, von 1960 bis 1981 Generalvikar des Bistums Hildesheim, feierte gestern sein Goldenes Priesterjubiläum. Die Gläubigen begannen dieses seltene Jubiläum mit einem Festgottesdienst im Hildesheimer Dom, bei dem der frühere Oberhirte der Diözese Hildesheim, Bischof Heinrich Maria Janssen, die Predigt hielt. Adalbert Sender war von 1943 bis 1960 Diözesan-Caritas-Direktor. Maßgeblich war er am Zustandekommen des Niedersachsen-Kon-

Sinnvoller Service: Das „Video-Programm-System“

Bis zum letzten Akkord

Seit der Funkausstellung des vergangenen Jahres gibt es vier Lager von Videotext: Solche, die sich einzig und allein auf die Film- und Fernsehprogramme beschränken, solche, die „normal“ vorprogrammiert um sich - beim Abspielen - über fehlende Schlussakkorde zu ärgern, und last but not least solche, die mit VPS zurecht kommen und jene, die daran scheitern.

Mit VPS, dem „Video-Programm-System“, wird - so die Werbung - der Besitzer eines VPS-Videorecorders unabhängig von Programmverschiebungen. Diese vollmundige Behauptung stimmt nur zum Teil: Vorprogrammierte Aufnahmen werden durch VPS nicht mehr von der im Recorder eingebauten Uhr gesteuert, sondern durch ein Signal vom Sender programmiert aufgezzeichnet, vorausgesetzt allerdings, der Programmierer weiß, wie man's macht.

Festzuhalten bleibt, daß VPS das Aufzeichnen sicherer und das Programmieren einfacher gestaltet, weil der Recorder-Benutzer sich nicht mehr um Reserve-Minuten vor oder nach der Sendung zu kümmern braucht, um eventuelle Programmverschiebungen auszugleichen.

Künftig unabhängig von Programmverschiebungen

Aber nur bei richtiger Eingabe der VPS-Daten (und nur dann) hat er die Sicherheit, daß er seine Aufnahme auch bei Programmverschiebungen oder -unterbrechungen von Anfang bis Ende auf der Cassette vorfindet. Wichtig bei VPS ist, daß die angegebene Anfangszeit bzw. „VPS-Zeit“ exakt, so wie in den Programmzeitschriften angegeben, eingezeichnet wird. Individuelle Zuschläge oder Reserven machen das ganze Spiel zunichte. Denn in diesem Fall erfolgt keine Aufnahme, weil der Recorder auf ein falsches VPS-Telegramm vom Sender wartet.

Die in den Programmübersichten genannte Anfangszeit ist, wenn nicht in Klammern anders angegeben, grundsätzlich auch „VPS-Zeit“. Bei nachträglichen Änderungen des Programmschemas muß eine einfache Spielregel beachtet werden: Auch bei Verschiebung einer Sendung bleibt ihre zuerst angegebene Anfangszeit als „VPS-Zeit“ erhalten. Das ist des-

halb erforderlich, damit diese Sendung auch bei denjenigen Benutzern aufgezeichnet wird, die von der Änderung nichts wissen bzw. ihren Recorder schon vor der Änderung programmiert haben.

In den Programm-Tafeln der Fernseh-Anstalten muß dann zusätzlich zu der neuen Anfangszeit gesondert die sogenannte „VPS-Zeit“ angegeben werden. Beispiel: Aus aktuellem Anlaß wird die Sendung „Report“ von 21.00 Uhr auf 21.30 Uhr verschoben. Dann muß es in der aktuellen Programmübersicht wie folgt heißen: 21.30 (VPS 21.00) Report.

Die Filmaufzeichnung ist in jedem Fall gesichert

Anfangszeit der Sendung und „VPS-Zeit“ weichen also nur bei Programm-Änderungen oder -Verschiebungen voneinander ab. In derartigen Sonderfällen muß ein VPS-Recorder grundsätzlich mit der „VPS-Zeit“ programmiert werden.

Ein anderer Sonderfall ist die nachträgliche Einfügung einer neuen Sendung in den Programmablauf. Auch hier erleichtert VPS die richtige Programmierung: Der Benutzer muß sich wiederum nur an die angegebenen „VPS-Zeiten“ halten. Damit die neue Sendung von der ursprünglichen, die zum selben Zeitpunkt geplant war, unterschieden werden kann, muß sie eine andere VPS-Kennung erhalten. Nach Festlegung ist dies stets die um eine Minute frühere Anfangszeit, weil die tatsächliche Anfangszeit ja bereits als „VPS-Zeit“ für die ursprüngliche Sendung vergeben ist.

Beispiel: Um 20.15 Uhr wird eine aktuelle Berichterstattung („Der Dollar wankt“) eingeschoben. Dadurch rückt der ursprünglich geplante Spielfilm („Zorros Rache“) eine Viertelstunde nach vorne. Dann erhält der aktuelle Beitrag im Programmdruck neben seiner tatsächlichen Anfangszeit die VPS-Zeit: Anfangszeit minus eine Minute, also 20.14 Uhr. Der Spielfilm hingegen behält seine „VPS-Zeit“ 20.15 Uhr, auch wenn er erst um 21.00 Uhr beginnt. Damit ist sichergestellt, daß „Zorro“ auch von einem schon vorher auf 20.15 Uhr programmierten VPS-Recorder korrekt und vollständig aufgezeichnet wird.

DIETER THIERBACH

KRITIK

Subtiler Denksport

Daß dieser Charakter ein besonderer werden würde, konnte man bereits kurz nach seiner „Erfindung“ ahnen: Ein Gentleman von der Mütze bis zur Sohle, die Krummpeife im Anschlag, so kombiniert freudig, daß Nick Knatterton als Lehrling dastehen würde, und eben rundherum britisch: Sherlock Holmes.

Britisch war auch diese deutsche ZDF-Premiere: Der Hund von Baskerville, schon 1902 von Sir Arthur Conan Doyle erfunden, war als Wochenendpaß so richtig sophisticated. Ian Richardson spielte einen Sherlock Holmes auf I-Tüpfelchen genau, Donald Churchill war als Dr. Watson ein treuer Begleiter, der gute Dr. Mortimer (Denholm Elliott) und die rätselhaften Stapletons waren von exakt der rechten Mischung aus britischem Unterstatement und wenn's sein mußte, nicht eben zimperlicher Cleverness.

Einzig Regisseur Douglas Hickox' Entscheidung für den aus Amerika zurückgekehrten Erben des verbliebenen Sir Charles, Martin Shaw als jungen Sir Henry, schien uns ein wenig halbherzig, etwas blaß, nicht „prägnant“ genug, wie es in Schauspielerkreisen so hübsch heißt, so als habe Shaw, der breitgesichtige Krauskopf aus „Die Profis“, ständig seine schlagenden Auftritte im Sonderdezernat im Haupt.

Aber das konnte den Spaß nicht verderben. Die Geschichte vom alten Fluch auf dem Hause Baskerville in Gestalt des glühenden Riesenhundes aus dem nahen Moor, der vor Zeiten den bösen Sir Hugo in den Tod biß und sich Anno 1902 am Ende des pumpt als böse Nahkampfwaffe des erschleichenden Stapleton, hinter dem sich ebenfalls ein Baskerville verbirgt, diese Geschichte enthielt so viele raffinierte Wendungen, Nebenfäden und schillernde Charaktere, daß für runde 95 Minuten Spannung allemal gesorgt war.

Und gerade dies ist ja die große Gabe der Engländer: „suspense“ zu produzieren auch ohne ein Übermaß an spektakulären Aktionen. Diese Kombination von Dandytum und exquisiter Freude am „Fall“ als subtiler Denksport hätte, so, aus Deutschland nicht kommen können. Die Kunst lag, wieder einmal, in der Fähigkeit, wegzulassen, auch wenn es an Leichen nicht gerade mangelte...

BERNHARD KESSEL



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Sesselfuß
9.45 ARD-Ratgeber
Den Beruf wechseln
10.00 heute
10.05 Die Schwarzwaldklinik

16.00 Tagesschau
16.10 Unglücklich - über auch wärmt
Reportagen und Gespräche über
Legenden und Tatsachen
17.20 Auf und davon
Tatort: australischer Abenteuer-
erfilm von Robert Miriam
1. Allein gegen alle
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Liebling - Krawall
2. Ein dämlicher Fall
20.59 Ein Platz an der Sonne
21.00 Kein Land für fremde Herren
Impressions aus dem Nordjemen
Von Walter Heller

21.00 Tagesschau
21.15 Liebling - Krawall
2. Ein dämlicher Fall
20.59 Ein Platz an der Sonne
21.00 Kein Land für fremde Herren
Impressions aus dem Nordjemen
Von Walter Heller

21.00 Tagesschau
21.15 Liebling - Krawall
2. Ein dämlicher Fall
20.59 Ein Platz an der Sonne
21.00 Kein Land für fremde Herren
Impressions aus dem Nordjemen
Von Walter Heller

21.00 Tagesschau
21.15 Liebling - Krawall
2. Ein dämlicher Fall
20.59 Ein Platz an der Sonne
21.00 Kein Land für fremde Herren
Impressions aus dem Nordjemen
Von Walter Heller

21.00 Tagesschau
21.15 Liebling - Krawall
2. Ein dämlicher Fall
20.59 Ein Platz an der Sonne
21.00 Kein Land für fremde Herren
Impressions aus dem Nordjemen
Von Walter Heller

21.00 Tagesschau
21.15 Liebling - Krawall
2. Ein dämlicher Fall
20.59 Ein Platz an der Sonne
21.00 Kein Land für fremde Herren
Impressions aus dem Nordjemen
Von Walter Heller

21.00 Tagesschau
21.15 Liebling - Krawall
2. Ein dämlicher Fall
20.59 Ein Platz an der Sonne
21.00 Kein Land für fremde Herren
Impressions aus dem Nordjemen
Von Walter Heller

21.00 Tagesschau
21.15 Liebling - Krawall
2. Ein dämlicher Fall
20.59 Ein Platz an der Sonne
21.00 Kein Land für fremde Herren
Impressions aus dem Nordjemen
Von Walter Heller

21.00 Tagesschau
21.15 Liebling - Krawall
2. Ein dämlicher Fall
20.59 Ein Platz an der Sonne
21.00 Kein Land für fremde Herren
Impressions aus dem Nordjemen
Von Walter Heller

21.00 Tagesschau
21.15 Liebling - Krawall
2. Ein dämlicher Fall
20.59 Ein Platz an der Sonne
21.00 Kein Land für fremde Herren
Impressions aus dem Nordjemen
Von Walter Heller

21.00 Tagesschau
21.15 Liebling - Krawall
2. Ein dämlicher Fall
20.59 Ein Platz an der Sonne
21.00 Kein Land für fremde Herren
Impressions aus dem Nordjemen
Von Walter Heller

21.00 Tagesschau
21.15 Liebling - Krawall
2. Ein dämlicher Fall
20.59 Ein Platz an der Sonne
21.00 Kein Land für fremde Herren
Impressions aus dem Nordjemen
Von Walter Heller

21.00 Tagesschau
21.15 Liebling - Krawall
2. Ein dämlicher Fall
20.59 Ein Platz an der Sonne
21.00 Kein Land für fremde Herren
Impressions aus dem Nordjemen
Von Walter Heller

21.00 Tagesschau
21.15 Liebling - Krawall
2. Ein dämlicher Fall
20.59 Ein Platz an der Sonne
21.00 Kein Land für fremde Herren
Impressions aus dem Nordjemen
Von Walter Heller



III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Liebling - Krawall (12)
Die Überschwemmung
20.45 Sport-Platz
Kraft-Werk - Walter Krieg berichtet
aus dem Ringerdorf Aldenhoven
21.30 Aktuelle Dokumentation
Wie sicher ist der „Hochtemperatur-Reaktor“?
22.15 „PAN“ - der Lichtbildner Pan Wal-
ter
Film von Rafael Huy
22.45 Unsere kleine Stadt
Schauspiel von Thornton Wilder
0.00 Letzte Nachrichten

16.00 heute
16.04 Sesselfuß
8. Klor wie Abwasser
Anschließend: heute-Schlagzeilen
16.35 Die Mautstrasse
Musik und Poesie
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Interview
18.50 Ein Colt für alle Fälle
Doppelgänger gesucht
Dowditch: heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Verkehrsgericht (1)
Hätte Marion T. mit Gurt überlebt?
Mit Jens Daniel Herzog, Niki Franz,
Marianne Schöner u. a.
Moderation: Petra Schönmann
Regie: Ruprecht Escherberg
Ein mit jungen Leuten besetztes
Auto beendet seine Fahrt in einem
Acker. Die Fahrerin ist tot, aus
dem Auto geschleudert.
21.15 WISO
Schluß mit der Ungewißheit - wer
kann überhaupt blattfrei tanken? /
Unweltschutz - ein gutes Ge-
schäft? / Diktat - zu teuer Ge-
zahlt? / Kaffeepreise steigen -
werden die Verbraucher ver-
schont? / Tip: Ärger mit der Rei-
gung - was tun?
21.45 heute-journal
22.05 denksport - Auflösung
22.07 Verkehrsgericht (2)
22.55 Was ist deutsch am deutschen
Kontinent
Maler in diesem Jahrhundert
Ein Ausstellungsbericht von Jo-
achim Obst
23.35 Falco live
Konzert aus der Stadthalle in Wien
23.55 heute

NORD
18.00 Sesselfuß
18.30 Fußballspiele (4)
19.00 Praktische Tipps
19.15 Zurück zu den Anfängen - alter-
tümliche Filme
20.00 Tagesschau
20.15 Das Montagstheater
Dinner zaht für Dicker
21.00 CHIC Aktuelle Mode
21.45 Das internationale TV-Kochbuch
22.00 Schauspieler
Amerikanischer Spielfilm, 1956
23.15 Nachrichten

HESSEN
18.30 Block Beauty
Die Gangster
18.55 Filme (17)
19.05 heute
Das kühle Magazin für dumme
Fragen
20.00 Der Eise von Jette
Stadins Februar in Prog
20.45 Die Spurensuche
Folgen als Therapie
21.30 Drei aktuell
21.45 Autoreport
21.50 Magazin
Tägliche Klänge
22.15 Im Brennpunkt: Kultur
SÜDWEST
18.55 Film
18.55 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.30 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 1 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Sendungen
19.30 Sonntag
20.15 Große Ärzte aus Südwes-
tdeutschland
Das Kabinett des Dr. Franz Joseph
Gall
21.30 Krimis
21.45 Arbeit für einen Tag
22.30 Saar im Montagabend
23.25 Nachrichten

BAYERN
18.15 Heute-journal
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Altbau
20.45 Ich sage dir meine Welt
21.30 Rundschau
21.45 Sportpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
23.55 Magazin
Ein Double für das Opfer
23.55 Rundschau



18.00 Krimis, der weiße Löwe
Revolution im Dschungel
18.30 Lasse
Tini - die Krühe
18.50 Musik
19.00 Krimis, der weiße Löwe
19.30 Krimis, der weiße Löwe
19.50 Krimis, der weiße Löwe
20.00 Krimis, der weiße Löwe
20.30 Krimis, der weiße Löwe
20.50 Krimis, der weiße Löwe
21.00 Krimis, der weiße Löwe
21.30 Krimis, der weiße Löwe
21.50 Krimis, der weiße Löwe
22.00 Krimis, der weiße Löwe
22.30 Krimis, der weiße Löwe
22.50 Krimis, der weiße Löwe
23.00 Krimis, der weiße Löwe
23.30 Krimis, der weiße Löwe
23.50 Krimis, der weiße Löwe
24.00 Krimis, der weiße Löwe

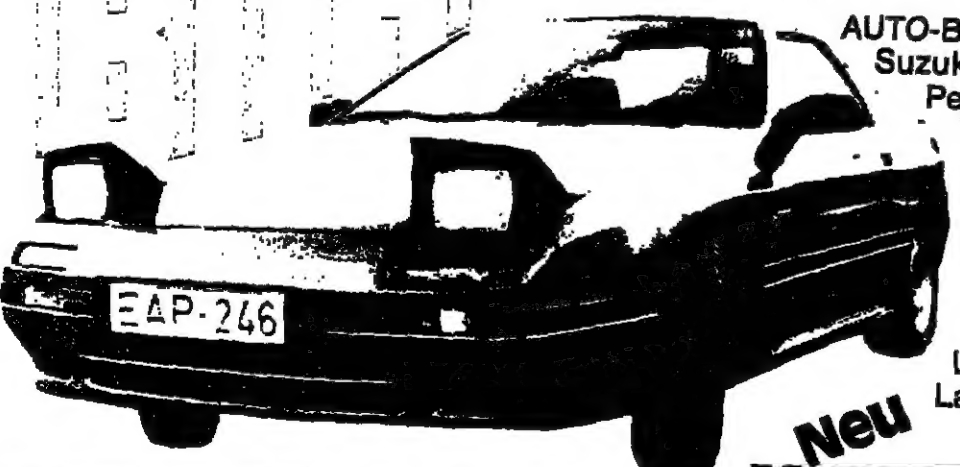
3SAT

18.00 Mitternacht
18.10 Bilder aus der Schweiz
18.30 3SAT-Studio
19.00 3SAT-Studio
19.30 3SAT-Studio
20.00 3SAT-Studio
20.30 3SAT-Studio
20.50 3SAT-Studio
21.00 3SAT-Studio
21.30 3SAT-Studio
21.50 3SAT-Studio
22.00 3SAT-Studio
22.30 3SAT-Studio
22.50 3SAT-Studio
23.00 3SAT-Studio
23.30 3SAT-Studio
23.50 3SAT-Studio
24.00 3SAT-Studio

RTL-plus

18.15 Aschenputtel
18.30 Die Kriemhilde
18.50 Krimis, der weiße Löwe
19.00 Krimis, der weiße Löwe
19.30 Krimis, der weiße Löwe
19.50 Krimis, der weiße Löwe
20.00 Krimis, der weiße Löwe
20.30 Krimis, der weiße Löwe
20.50 Krimis, der weiße Löwe
21.00 Krimis, der weiße Löwe
21.30 Krimis, der weiße Löwe
21.50 Krimis, der weiße Löwe
22.00 Krimis, der weiße Löwe
22.30 Krimis, der weiße Löwe
22.50 Krimis, der weiße Löwe
23.00 Krimis, der weiße Löwe
23.30 Krimis, der weiße Löwe
23.50 Krimis, der weiße Löwe
24.00 Krimis, der weiße Löwe

Heute neu

Frühling '86
Die neuen Autos - schon gefahren

AUTO-BILD fuhr für Sie den
Suzuki Alto, Mazda RX-7,
Peugeot 205 Cabrio,
Ford Orion 1,6 Liter,
Volvo 480 ES, Peu-
geot 309, Fiat Pan-
da 1000, BMW 325i
Cabrio, Renault 21,
AMC Wrangler,
Mitsubishi Allrad,
Lancia Delta S4,
Lada Samara.

! Radioklau!
die neue Seuche

Spezielle Einsatztruppe der Polizei bemühen sich
um das Problem. AUTO-BILD berichtet über die
Essener „Asphalt-Cowboys“ und gibt Tipps, wie
Sie selbst ihr Radio schützen können.

Weltexklusiv!
Das erste Foto
vom neuen Opel

Ende September kommt er auf den Markt: Der neue
Opel Omega - Nachfolger des Opel Rekord. AUTO-
BILD lüftet als erster sein Geheimnis.

Mercedes Allrad
Jedes Rad
denkt mit

AUTO-BILD fuhr exklusiv den Kombi mit
dem neuen Allrad-System 4Matic. Un-
glaublich, was das Auto alles kann!

Die Zeitung rund ums Auto

Statt 1,- DM
nur 30 Pf.

Gesundheit
ist ...

... den Wald
im Trimm-Trab
zu durchstreifen.



DEUTSCHE FLUG-AMBULANZ

Düsseldorf-Flughafen
Notruf 0211/431717
Hilft im In- und Ausland

SPENDENKONTO
Konto-Nr. 2045151
Deutsche Bank Düsseldorf

Schmeckt Ihnen
diese Karriere?

Liegen Ihre Erfolge als Verkaufsleiter im Be-
reich Konsumgüter, Food, Markenartikel?
Wollen Sie als Mann der harten Praxis
Ihren beruflichen Aufstieg langfristig
absichern? Ein bundesweit tätiges, dyna-
misches Unternehmen hat als Verkaufsge-
biets- und Produktions- und Teile von 3 und
4 zu vergeben. In Ihrem Gebiet betreiben Sie
völlig selbständig den Großverbraucher-
und Gastronomie-fachhandel.
Diese und viele andere interessanten
Stellenangebote finden Sie am Samstag,
1. März, im großen Stellenanzeiger der
WELT.
Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen.
Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten
Sonntag. Jeden Sonntag.



WELTKUNST

Aktuelle Zeitschrift für Kunst und Antiquitäten

Zweimal monatlich liefert Ihnen die WELTKUNST Berichte von anerkannten Experten auf dem
Gebiet der bildenden Kunst und des Kunsthandwerks, informiert Sie umfassend über bedeutende
Ausstellungen, Auktionen, Kunstmesse und den Kunsthandel des In- und Auslandes.
In jeder Ausgabe finden Sie den aktuellen Auktions-, Ausstellungs- und Messekalender.

Ein Probeheft zum Kennenlernen von DM 7,- erhalten Sie durch
WELTKUNST Verlag, Nymphenburger Straße 84, 8000 München 19, Telefon 089/181891

Wir suchen Wirtschafts-
und Finanzberater,
die neue Produkte suchen.

Erkennen und nutzen Sie jetzt Ihre Chance, mit
einem interessanten Angebot (Neuentwicklung)
Ihren Kunden mit überdurchschnittlichem
Einkommen und hoher Steuerprogression die
bessere Beratung zu bieten. Und neue Kunden
durch neue Ideen zu gewinnen.
Wir zeigen Ihnen den Weg, wie man Kreditzinsen
im Immobilienbereich in voller Höhe über Jahre
absetzt. Wie man durch Umschuldung die Mög-
lichkeiten für Steuervergünstigungen voll ausschöpft.
Wenn Sie wissen wollen, worum es geht: Senden
Sie uns einfach den Coupon, wir antworten sofort.

DBW Dienstleistung und Beratung
für die Wirtschaft GmbH
Reuterstraße 233 · 5300 Bonn 1

COUPON FÜR BLITZINFORMATION

Sie haben mich neugierig gemacht. Bitte informieren Sie mich darüber,
wie ich die Steuerlasten meiner Kunden spürbar senken kann.

Name/Vorname:

Straße/Ort:

Meine Telefon-Nr.:

Schmidt über die Kriegsanst: Ich gehöre nicht zur „Friedensbewegung“ und habe auch keine besondere Sympathie dafür, aber ich kann die Befürchtungen dieser Menschen sehr gut verstehen.

Schmidt über das Gewicht Europas: Im Augenblick haben wir mehr oder weniger aufgehört, eine eigene Rolle bei der Entwicklung einer gemeinsamen weltpolitischen Strategie für den Westen zu spielen.

Schmidt über Washingtons Wirtschaftspolitik: Die Europäer sind beunruhigt, wenn sie an die möglichen Konsequenzen der Defizite in Haushalt und Handel denken. Nicht zuletzt fürchten sie um ihre Exporte.

Schmidt über die Ostpolitik: Wir wollen Sicherheit vor und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Eine solche Strategie liegt auch im Interesse von Ungarn, Polen, Tschechen, Rumänen und der DDR.

Warum westliche Gipfel nur noch Medienspektakel sind

Von HELMUT SCHMIDT

Von einem europäischen Standpunkt aus könnte man sagen, daß ein Höchstmaß an gemeinsamer westlicher Gesamtstrategie in der Zeit von der Truman-Administration bis zum Ende der Kennedy-Administration erreicht wurde. Ein ziemlich hoher Grad von Gemeinsamkeit herrschte auch während der Nixon-Ford-Kisinger-Ära, obwohl damit eher die Beziehungen des Westens zur Sowjetunion während dieser Ära charakterisiert sind als das Binnenverhältnis der westlichen Staaten. Die Übereinstimmung hinsichtlich der Haltung gegenüber der Sowjetunion war hoch nach dem Harnel-Bericht 1967 und besonders hoch von 1970 bis etwa einschließlich 1975. Danach erschienen vielen Amerikanern die Entspannung zunehmend als Illusion oder gar Selbstbetrug; sie sahen sie als eine Phase an, welche die Sowjets zu ihrem eigenen Vorteil ausgenutzt hatten. Die Europäer dagegen betrachteten die Doppel-Philosophie weiterhin als prinzipiell realistisch und angemessen.

So verlief seit 1977 sowohl auf der politischen als auch auf der wirtschaftlichen Seite zunehmend die gemeinsame westliche Gesamtstrategie. Die Gipfeltreffen des Westens sanken zu bloßen Fernsehereignissen herab. Die USA erheischen von den Verbündeten absurde Leistungen; beispielsweise sollten Ende der siebziger Jahre Japan und Deutschland die riesige Volkswirtschaft der USA aus ihrer Inflations- und Arbeitslosenmisere herausziehen. Handelsembargos gegen die Sowjetunion wurden einseitig von den Vereinigten Staaten verhängt, zuerst für Getreide (und zwölf Monate später wieder aufgehoben) und dann für Ausrüstungsgegenstände für den Bau einer Erdgasleitung (und drei Monate später wieder aufgehoben) – all dies tat Washington ohne Information geschweige denn Konsultation der verbündeten Regierungen.

Heute sind wir Europäer über die Konsequenzen der amerikanischen Haushaltsdefizite beunruhigt. Die

und veränderte Dollar-Interventionspolitik der japanischen Zentralbank den Wechselkurs des Dollar – vorübergehend? – stark gesenkt hat. Die Amerikaner glauben, die Welt sei in einer Periode wirtschaftlichen Aufschwungs, aber das trifft keineswegs zu. Die Vereinigten Staaten, das ist wahr, haben einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, aber der Rest der Welt nicht. Lateinamerika hat das Gegenteil erfahren; die europäischen Volkswirtschaften – und zwar alle – stagnieren, was zu einem großen Teil auf die hohen Realzinsen zurückzuführen ist, für die nicht die Europäer verantwortlich sind.

Selbst auf militärischem Gebiet sind die verbündeten Regierungen nicht auf derselben Wellenlänge. Die europäischen Regierungen haben erhebliche Besorgnisse hinsichtlich des amerikanischen SDI-Programms. Sie sprechen das nicht laut aus, weil sie gegenüber der Sowjetunion nicht den Anschein erwecken wollen, sie hätten einen ernsthaften strategischen Disput mit ihrem wichtigsten Verbündeten; aber jedermann in Paris, London oder Bonn und jedermann in Washington weiß sehr gut, daß es im Hinblick auf die grundlegende Übereinstimmung über die amerikanische Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) gibt. Jede Regierung in Europa und im Fernen Osten weiß auch, daß selbst wenn eines Tages die SDI-Systeme Realität geworden sein sollten, sie dann aber keinesfalls einen zusätzlichen Schutz, kein Mehr an Sicherheit für die Staaten des Fernen Ostens oder Europas bieten werden. Mit diesem Verteidigungskonzept für das Gebiet der USA wird die Sicherheit Westeuropas und Japans keineswegs erhöht (möglicherweise eher verringert) – und das gilt ebenso für die Asean-Länder (die Philippinen, Indonesien, Thailand, Malaysia und Singapur), die direkt von der Fähigkeit der USA und des Westens abhängen, insgesamt ein militärisches Gegengewicht gegen die Streitkräfte der Sowjetunion zu bilden.

Der Westen ist heute also weit von politischer Einheit entfernt, weit davon entfernt, tatsächlich eine gemeinsame Außenpolitik, Sicherheitspolitik oder Wirtschaftspolitik zu betreiben. Ich habe auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die von der amerikanischen Politik ausgehen. Doch wird die gegenwärtige Situation ebenso von Verhaltensweisen der Europäer negativ geprägt: Europa trägt jenes Maß an Verantwortung, das es eigentlich tragen sollte. Dieses europäische Problem will ich eingehender behandeln; doch zuvor ein Wort über die Bundesrepublik.

Die besondere Situation der Bundesrepublik

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein kleines Land, ungefähr so groß wie ein durchschnittlicher amerikanischer Bundesstaat, sagen wir Oregon oder Colorado. Aber in Oregon oder Colorado leben nur zwei bis drei Millionen Menschen, Westdeutschland hingegen hat sechzig Millionen Einwohner. Angesichts dieser Bevölkerungsdichte ist natürlich die Konzentration von Streitkräften im gleichen Raum von hoher Bedeutung.

Ich habe erwähnt, daß wir selber ungefähr 500 000 Soldaten haben, dazu kommen amerikanische Streitkräfte mit etwa 200 000 Soldaten, dazu französische, britische, holländische, belgische und kanadische Streitkräfte – sogar einen dänischen General gibt es in Deutschland. All diese Soldaten und ihre Waffensysteme stehen unter ausländischem Oberbefehl. Man stelle sich Oregon oder Colorado mit sechs nicht-amerikanischen Streitkräften unter ausländischem Oberbefehl vor! Man stelle sich vor, daß der ausländische Oberbefehlshaber in Oregon oder Colorado etwa 5000 Atomwaffen unter seinem Kommando hat, die nicht vom gastgebenden Staat kontrolliert werden. Wer das bedenkt, der wird vielleicht verstehen, warum in Deutschland manche junge, aber doch auch ältere Leute, Professoren und Bischöfe, gegen eine solche gemeinsame militärische Struktur protestieren. Ich gehöre nicht zur „Friedensbewegung“ und habe auch keine besondere Sympathie dafür, aber ich kann gut verstehen, warum diese Menschen ernste Befürchtungen haben. Es gibt kein anderes Land auf der Welt, das eine derartige militärische Konzentration durch sieben Nationen auf seinem Boden erträgt – und alles unter ausländischem Oberbefehl.

Ich wohne in Hamburg, und wenn ich in mein Auto steige und in östlicher Richtung fahre, gelange ich in etwa fünfzig Minuten an den sogenannten „Eisernen Vorhang“. Wenn man mich durchlasse, so würde ich weitere dreißig Minuten benötigen, um zu den Kasernen der ersten russischen Panzer zu kommen. Und umgekehrt würden auch die russi-

schen Truppen nur wenig mehr als eine Stunde brauchen, um mein Haus zu erreichen. Die sowjetischen Flugzeuge brauchen nur wenige Minuten, um über dem Hamburger Himmel zu erscheinen. Man stelle sich die Menschen in Oregon mit sieben verschiedenen Armeen und 5000 ausländischen Atomwaffen auf ihrem Boden vor – und die Russen in unmittelbarer Nähe!

Diese Hinweise sollen dazu beitragen, die Situation der Bundesrepublik zu verdeutlichen und auch verständlicher zu machen, warum Menschen, die auf dem potentiellen Kriegsschauplatz leben, militärische Drohungen und Prahlerei nicht so kühl aufnehmen wie Menschen, die weit von den Sowjets entfernt auf dem amerikanischen Kontinent leben. In Oregon oder Colorado gibt es nur amerikanische Soldaten – keine französischen, keine britischen, keine deutschen, keine holländischen, keine belgischen Truppen. Wenn es aber solche fremden Truppen und Waffen dort gäbe, dann würden die Amerikaner die Bewegung der „Grünen“ in der Bundesrepublik vielleicht etwas eher verstehen, die seit dem Beginn

auf dem Capitol-Hügel oder im Weißen Haus tut, mit Besorgnis. Ein Amerikaner hat treffend formuliert: „Es ist nicht der potentielle Gauner, den die Europäer fürchten, sondern eher der ehrliche Mann, der ihrer Meinung nach vielleicht nicht immer weiß, was er tut.“

In Japan herrscht ein ähnliches Unbehagen, wenngleich es weniger ausgeprägt ist. Den Japanern ist es in den letzten fünfzehn Jahren wirtschaftlich viel besser gegangen als den Vereinigten Staaten oder Europa – hauptsächlich, weil die Japaner nur ein Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Verteidigung ausgeben, während wir Europäer zwischen vier und fünf Prozent unseres Bruttosozialprodukts jährlich dafür aufwenden und die Vereinigten Staaten sogar noch mehr. Ihr relativ kleines Verteidigungsbudget läßt den Japanern großen wirtschaftlichen Spielraum, um kapital- und produktivitätssteigernd zu investieren, und sie tun das sehr geschickt. Sie haben eine Nische gefunden, in der sie ihre Wirtschaft hegen und pflegen. Andererseits bleiben die Japaner in Bezug auf ihre strategische Verteidigung völlig von

rungen eine konsistente China-Politik geführt, also bereits zu einer Zeit, als das Wort „China“ in den USA noch „Taiwan“ bedeutete. Die Europäer begrüßten daher, daß Nixon Anfang der siebziger Jahre Beziehungen zur Volksrepublik China aufnahm. Aber seitdem räteln wir etwas über einzelne Aspekte der amerikanischen Fernost-Politik; für meinen Teil halte ich den ständigen Druck der Vereinigten Staaten auf Japan für besonders fragwürdig.

Den Grundstein jeder kohärenten westlichen Gesamtstrategie bildet naturgemäß die Haltung gegenüber der Sowjetunion. Und der wichtigste Punkt, den ich hier hervorheben will, sind die tiefen historischen Wurzeln und die sich daraus ergebende Kontinuität der Gesamtstrategie Sowjetrußlands. Es lohnt sich, historische Landkarten zu betrachten, um zu sehen, wie klein das Großfürstentum Moskau vor fünfhundert Jahren, vor Iwan III. oder Iwan IV. (dem Schrecklichen), war. Betrachtet man dann die nächste Europa-Karte, sagen wir, am Ende des Dreißigjährigen Krieges: Damals war Moskau schon

myko, der, bis zu seiner kürzlichen Beförderung auf eine wahrscheinlich unbedeutendere Position als Präsident, achtundzwanzig Jahre lang Außenminister war, ist die Verbreitung kommunistischer Ideologie immer ein Mittel gewesen, die russische Gesamtstrategie zu verfolgen. Michail Suslow, der Gralshüter der Ideologie, dachte natürlich etwas anders, aber in jedem Land gibt es Meinungsunterschiede über die eigene Strategie. In der Sowjetunion haben die traditionellen und historischen Triebkräfte die ideologischen immer dominiert.

Wenn es zutrifft, daß dieser Expansionsdrang schon seit fünf Jahrhunderten besteht, so ist es offensichtlich notwendig, die weitere Expansion der Sowjetunion einzudämmen. Das Wort „Eindämmung“ (containment), das Leser werden sich erinnern, wurde kurz nach dem Zweiten Weltkrieg von einem hervorragenden amerikanischen Strategen, George F. Kennan, geprägt, der damals im diplomatischen Dienst stand. Ich habe keinen Zweifel daran, daß die Eindämmung der russischen Expansion weiterhin eine sehr wichtige Komponente der westlichen Gesamtstrategie bleiben muß.

Gewachsene Bindungen in Handel und Kultur

Andererseits suchen wir Europäer, die wir nahe am Eisernen Vorhang leben und seit über tausend Jahren in der Nähe der Russen gelebt haben, den falschen Eindruck zu vermeiden, daß wir uns selbst die Absicht hätten, Rußland zu überwallen. Wir könnten es nie, und wir wollen sie weder ängstigen, noch einen Kampf der gegenseitigen Angstmacherei beginnen. Wir wollen kein wirtschaftliches Zernährungsgebiet. Meine Heimatstadt Hamburg lebt seit über tausend Jahren vom Seehandel, und viele Jahrhunderte lang war Nowgorod einer unserer Handelspartner. Auch andere Städte an der Ost- und Nordsee zählten dazu; erst in den letzten vierhundert Jahren hat sich der Schwerpunkt unseres Außenhandels nach Afrika, Asien und Amerika verlagert.

Auf kulturellem Gebiet sind wir einander immer nahe gewesen, und das gilt auch für die Amerikaner, obwohl es ihnen nicht wirklich bewußt ist. Ich kann mir das Konzertleben in Boston, New York, Chicago oder Los Angeles ohne Tschalkowski, Musorgski, Rimski-Korsakow, Schostakowitsch und Prokofjew nicht vorstellen. Ich kann mir niemanden von uns irgendwo in der Welt vorstellen, der in der Welt der Kultur zu Hause ist oder die Kultur des 19. Jahrhunderts untersucht, ohne vertraut zu sein mit Dostojewski, Tolstoi, Lermontow, Puschkin, Turgenjew, Gogol oder heutzutage mit Pasternak und Soltschenizyn. Die Russen haben viel zu unserer westlichen Zivilisation beigetragen, wie umgekehrt auch Italien, Frankreich, Deutschland, England und Amerika zu der ihrigen beigetragen haben.

Diese gegenseitige kulturelle Befruchtung läßt uns Europäer wünschen, die nachbarschaftlichen Beziehungen mögen aufrechterhalten bleiben, statt daß Argwohn und Angst und Feindschaft wachsen. Darum wollen die meisten Europäer und die europäischen Regierungen – ob konservativ, liberal, sozialdemokratisch oder sozialistisch – zu der Doppel-Philosophie gegenüber den Russen zurückkehren, die ich oben behandelt habe. Sie wollen also einerseits jede erforderliche Anstrengung unternehmen, um sich vor russischem Druck, vor Erpressung oder Aggression sicher fühlen zu können. Auf der Grundlage dieser Sicherheit aber wollen die Europäer andererseits mit den Russen zusammenarbeiten. Überdies ist es diese Doppel-Philosophie, an der den Ungarn, den Polen, den Ostdeutschen, den Tschechen und den Rumänen am meisten gelegen ist. Eine solche westliche Gesamtstrategie würde ihnen größeren Raum für ihre autonomen Entscheidungen und ihre autonome Entwicklung geben. Und umgekehrt: Je größer die Polarisierung zwischen West und Ost in Europa, desto kleiner ist sodann die ohnehin sehr begrenzte Freiheit der Staaten in Osteuropa, die gegenwärtig unter der Spaltung des Kontinents leiden.

Heute beurteilen die West-Europäer das Maß an sorgfältigem Nachdenken, das in der Gesamtstrategie ihres wichtigsten Verbündeten und Freundes deutlich wird, mit großer Skepsis. Sie erkennen in der amerikanischen Strategie der letzten Jahre Unbeständigkeit und Diskontinuität, und das macht sie besorgt. Andererseits scheinen die Europäer zur Zeit ihr eigenes, ganz natürliches Interesse an einer vollen Beteiligung an der Gestaltung der gemeinsamen Gesamtstrategie des Westens aufgegeben zu haben.

Im letzten Kapitel will ich auf die entscheidenden Fragen zurückkom-

men: Können die Vereinigten Staaten allein die westliche Gesamtstrategie definieren und durchführen? Und, falls ja: in welchem Ausmaß? Oder ist solch ein Versuch in sich anachronistisch und deswegen aussichtslos?

Europa hat also in den letzten Jahren offenkundig darauf verzichtet, an der Formulierung einer Gesamtstrategie des Westens mitzuwirken. Dieser Verzicht fällt in eine Zeit vermehrter Spannungen, in der ein zweiter Kalter Krieg die Beziehungen zwischen Moskau und Washington kennzeichnet; er macht die gegenwärtige Schwäche Europas überdeutlich. Europa verfügt noch immer über ein enormes wirtschaftliches, finanzielles, währungspolitisches, industrielles und militärisches Potential. Aber dieses Potential liegt brach, weil es an Führung fehlt – damit ob gemeinsame Führung nach außen gemeint ist oder Führung in der Zusammenarbeit zwischen den westeuropäischen Staaten, ob Führung durch einen einzelnen Staat oder durch eine einzelne Führungspersonlichkeit. Führung all dieser Art wäre in Europa möglich, doch augenblicklich gibt es sie nicht.

Jedem, der ungeduldig auf eine wirkliche europäische Zusammenarbeit warten möchte, ich daran erinnern, daß die Vereinigten Staaten nur wenig älter als zweihundert Jahre sind und seit über zweihundert Jahren die gleiche Sprache gesprochen haben, während die meisten europäischen Staaten sehr viel älter sind. Italien ist über zweitausend Jahre alt, Frankreich über tausend, Polen genau tausend Jahre, Deutschland etwas über tausend Jahre und England tausend Jahre. Und in all diesen Ländern gibt es seit mehr als einem Jahrtausend unterschiedliche Sprachen. Der Differenzierungsprozeß der Kulturen währt seit unvorstellbar langen Zeiten. Es ist ausgeschlossen, das Erbe von Jahrhunderten im Handumdrehen oder gar nur durch die mitreisende Rede eines einzelnen Staatsmannes zu überwinden.

Es dauert wahrscheinlich viele lange Jahre, bis die Europäer eine Europäische Union zustandebringen. Ich bin Pragmatiker, ich habe nie viel



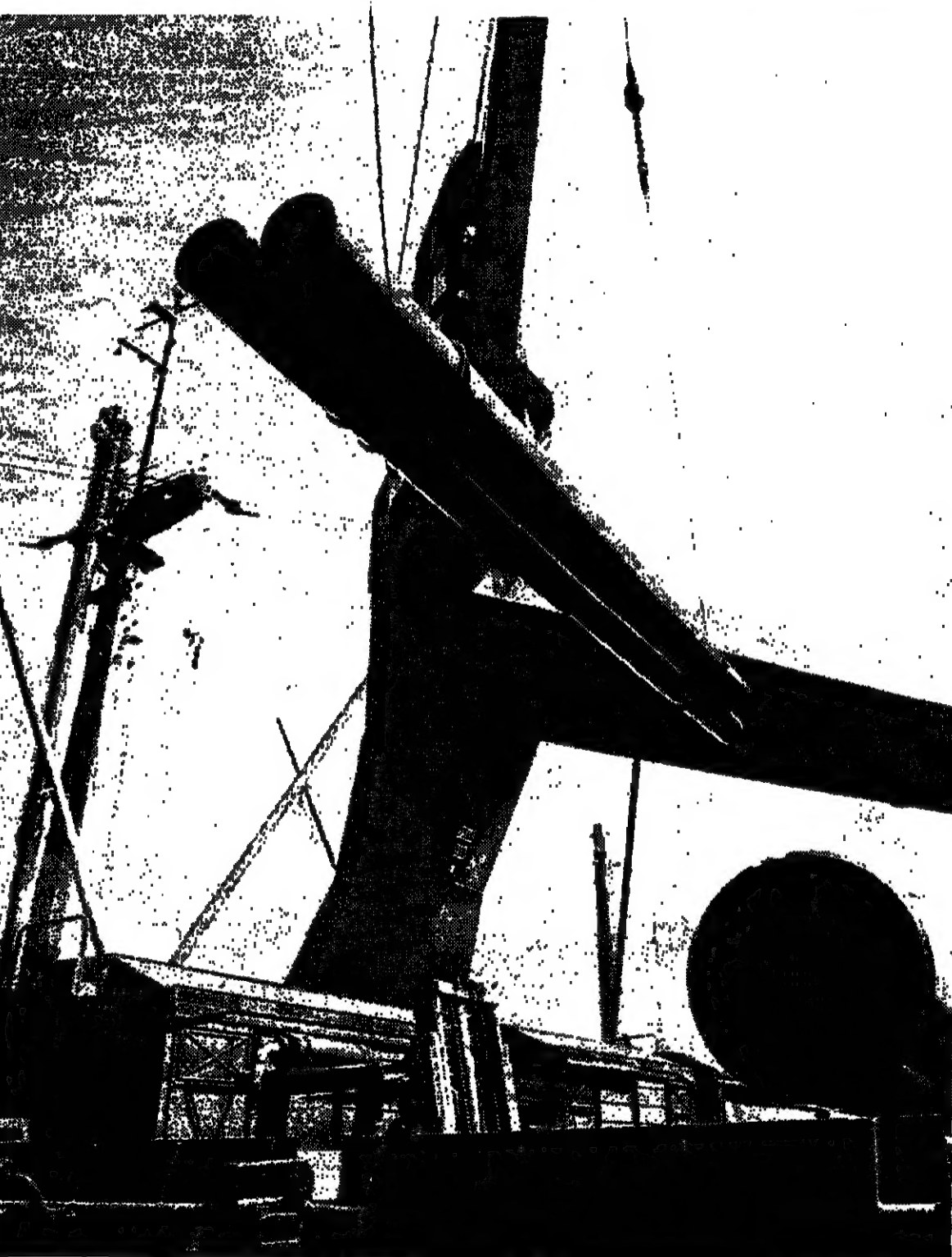
Gipfelgast in Genf: Helmut Schmidt. FOTO: POLY-PRESS

von Sonntagsreden über Europa gehalten. Ich bezweifle, daß ich zu meinen Lebzeiten die Europäische Union sehen werde. Eine enge Zusammenarbeit der Europäer könnte dagegen durchaus erreicht werden. Sie würden Europa befähigen, solche amerikanischen Vorstellungen zurückzuweisen, die für Europa schädlich sind.

Wenn die Amerikaner glauben, was gut ist für Amerika, sei auch immer gut für Europa, so sind sie im Unrecht. Was gut ist für Europa, ist auch nicht notwendigerweise gut für Amerika. Und was gut ist für Japan, ist nicht unbedingt gut für Amerika. Und was gut ist für Japan, ist nicht unbedingt gut für Europa. Zunächst braucht man ein klares Bild von den eigenen nationalen Interessen. Darüber hinaus muß man aber bereit sein, einen Kompromiß mit den nationalen Interessen der Partner, Verbündeten oder Freunde einzugehen. Dies setzt voraus, daß alle Beteiligten offen ihre Meinung äußern – was heute nicht der Fall ist.

In meinen Augen ist Westeuropa keineswegs dem endgültigen Verfall preisgegeben. Ich muß jedoch zugeben, daß Europa infolge seines Mangels an Zusammenarbeit und Führung gegenwärtig immer mehr an wirtschaftlichem und politischem sowie militärischem Gewicht in der Welt verliert. Jemand sagte einmal: „Es bedeutet einen ungeheuren Vorteil, nichts getan zu haben, aber man sollte ihn nicht mißbrauchen.“ Die Europäer haben in den letzten paar Jahren nicht viel getan, aber sie sollten das nicht übertreiben.

Morgen in der Welt: Warum das politische Potential Europas bröckelt – Die militärische Bedrohung aus dem Osten – Ohne amerikanische Präsenz ist kein Gleichgewicht möglich – Die sechs Prinzipien der Militärstrategie



Mannschaftsbühnen für eine Pipeline in der Sowjetunion. Washington wollte das Projekt verhindern. FOTO: JUPP DACHINGER

des zweiten Kalten Krieges und seit dem Beginn der massiven Dauer-Arbeitslosigkeit aus dem Boden geschossen ist.

Um auf Europa insgesamt zurückzukommen, so will ich eine Tatsache klar aussprechen: Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die drückend geworden sind, haben die europäischen Regierungen im Augenblick mehr oder weniger aufgehört, eine eigene Rolle bei der Entwicklung einer gemeinsamen weltpolitischen Konzeption oder bei der Formulierung einer Gesamtstrategie für den Westen zu spielen. Ob es die Verhandlungen mit der Sowjetunion über Mittelstreckenraketen, einschließlich des berühmten „Waldspaziergangs“ vom Juli 1982, waren, ob SDI und Raketenabwehr im Weltraum, ob es sich um den Handel mit sogenannten strategischen Gütern handelt oder um den Kalten Krieg zwischen Ost und West – in allem haben die Europäer mehr oder weniger auf eine aktive Rolle verzichtet. Dies galt zum Beispiel auch für die inhaltliche Vorbereitung des Gipfeltreffens Reagan/Gorbatschow Ende 1985, obgleich diese Konferenz zwangsläufig vitale Interessen Europas berühren mußte.

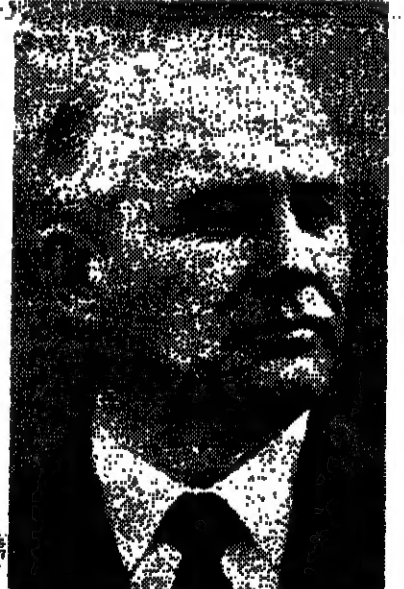
Ich glaube nicht, daß dieser Zustand lange anhalten wird; im Augenblick liegen die Dinge aber so. Zugleich beobachten die Europäer die Entwicklung in den Vereinigten Staaten und das, was sich im Pentagon, den Vereinigten Staaten abhängig. Entsprechend ihrer nach dem Krieg unter General MacArthur eingeführten Verfassung können sie keine ausreichende eigene Verteidigungsstreitmacht aufbauen. In der Tat würde jeder Versuch dazu auf den starken Widerstand der gesamten Region stoßen. China, die beiden Koreas, die Philippinen, Indonesien – sie alle würden sich widersetzen. Japan hat in seiner Region keine engen Freunde oder Verbündeten. Es hat nur einen Verbündeten, und dieser – die Vereinigten Staaten – ist weit entfernt.

Südkorea befindet sich in einer ähnlichen Situation, ohne Freunde in der Region. Und sogar China – diese große Nation mit über einer Milliarde Menschen – hat keine Freunde in Ostasien. China kann es sich leisten, keine Freunde zu haben; für Korea ist das schwieriger. Die Koreaner sind ebenso abhängig von Amerika wie die Japaner. Und das gilt in noch höherem Maße für die Asean-Länder. Das sind Tatsachen, welche die Europäer heute nicht stören; ich muß jedoch hinzufügen, daß in Europa ein gewisses Unbehagen über die jüngste amerikanische Entdeckung des sogenannten Pazifischen Beckens besteht, das angeblich in den Mittelpunkt des amerikanischen geostrategischen Denkens und sogar des geostrategischen Engagements rückt.

Auf die China-Politik werde ich im dritten Kapitel noch eingehen. Zumindest seit dem Ende der sechziger Jahre haben die europäischen Regie-

bis an den Pazifik gewachsen. Auf der nächsten Karte dann, zur Zeit des Wiener Kongresses von 1814/15, dehnt sich Rußland weit nach Süden aus; es hatte auch den Rest Polens geschluckt. Und nun die Karte von heute. Rußland ist unaufhörlich gewachsen – im Westen von einer alten deutschen Stadt – Königsberg, jetzt Kaliningrad genannt – bis nach Kamtschatka im Osten. Eine Zeitlang schloß es sogar Alaska ein, und der Einfluß erstreckte sich die Pazifische Küste entlang in den heutigen Vereinigten Staaten bis zum Russian River, ein paar Meilen nördlich von San Francisco. Ein sehr kluger Amerikaner kaufte den Russen für 7,2 Millionen Dollar Alaska ab – dies war eine der seltenen Gelegenheiten, wo die Russen sich von einem einmal gewonnenen Territorium freiwillig wieder zurückzogen.

Mehr als fünfhundert Jahre lang verfolgten alle Zaren eine Politik, die als „Sammlung der russischen Erde“ bekannt ist, was in der Praxis bedeutete, fremdes Land zu erobern und danach die Einwohner zu russifizieren. Diese Gesamtstrategie vorsichtiger aber ständiger Expansion hat die sowjetische Führung Rußlands weitergeführt und sogar verstärkt. Im Gegensatz zu vielem Unsin, den man in ideologischen Schriften und Büchern über die Sowjetunion lesen kann, besteht die Gesamtstrategie Moskaus zu drei Vierteln aus traditioneller russischer und nur zu einem Viertel aus kommunistischer Strategie. Für einen Mann wie Andrej Gro-



Gipfelgast in Genf: Helmut Schmidt. FOTO: AP

Europäer sind zutiefst über die hohen realen Zinssätze besorgt (also jener Zinsen, die nach einem Abzug der Inflationsrate von den Marktzinsen real wirksam werden).

Die Realzinsen waren die höchsten, welche die Vereinigten Staaten seit dem Bürgerkrieg jemals hatten. Sie sind auch die höchsten, welche Europa in der jüngsten Wirtschaftsgeschichte erlebt hat. Zum anderen sind die Europäer beunruhigt über das amerikanische Handelsbilanzdefizit, das diejenigen Amerikaner bestärkt, welche amerikanische Exporte subventionieren oder Importe in die Vereinigten Staaten beschränken wollen, womit der Freihandel noch mehr geschwächt werden würde. Nicht einmal die Hälfte des Welt Handels ist heute wirklich frei. Der größere Teil wird entweder im Export subventioniert oder unterliegt im Import protektionistischen Einschränkungen. Zum dritten sind die Europäer besorgt über den enormen Abfluß von europäischen Ersparnissen, Kapital und Krediten in die Vereinigten Staaten. Das reichste Land der Welt ist zum größten Nettoimporteur von Auslandersparnissen und Auslandskrediten geworden, und das hauptsächlich, um damit direkt oder indirekt die Defizite seines Haushalts zu finanzieren.

Nichts von alledem wird unter den verbündeten Regierungen wirksam abgesprochen; es gibt keine gemeinsame Strategie, um mit dem weltwirtschaftlichen Chaos fertigzuwerden. (Diese Feststellung bleibt auch nach dem Treffen von fünf westlichen Finanzministern gültig, das im Herbst 1985 im Plaza-Hotel in New York auf amerikanische Einladung stattgefunden und durch veränderte Geldpolitik der amerikanischen Zentralbank

In Sorge um Schwedens Neutralität

Will Palme die Beziehungen zur Sowjetunion auf eine neue Grundlage stellen?

G. MEHNER, Stockholm

Nach Jahren eines abgekühlten Nebeneinanders ist Schweden in seinen Beziehungen zur Sowjetunion zu einem Neuanfang bereit. Im April wird Ministerpräsident Olof Palme zu einem offiziellen Besuch in Moskau erwartet. Es müßten schon erneut gravierende „Unterwasserereignisse“ vorkommen, falls dieser Besuch noch verlegt oder abgesagt werden sollte. Beide Seiten gehen seit Mitte 1985, als der erste stellvertretende sowjetische Außenminister Viktor Matsew den Besuch vorbereitete, betont nachsichtig miteinander um.

Jüngster Höhepunkt war ein Statement des Flottenadmirals und stellvertretenden Verteidigungsministers Tschernawin, der als Oberbefehlshaber der sowjetischen Marine „mit höchster Ernsthaftigkeit“ erklärte, „daß sich keines unserer Unterseeboote in den Hoheitsgewässern Norwegens oder Schwedens befindet“. Ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums sekundierte, schwedische Berichte über angebliche russische Verletzungen der territorialen Integrität des Landes gingen von „gewissen antisowjetischen Kreisen“ aus, die eine Verbesserung der Bezie-

hungen zwischen Moskau und Stockholm zu hintertreiben trachteten. Nachdem 1981 das sowjetische U-Boot „U 137“ im militärischen Sperrgebiet vor Karlskrona strandete, war dies der Beginn einer Frostperiode zwischen Moskau und Stockholm.

Das sicherheitspolitische Muster in Nordeuropa bestehe weiterhin, und die schwedische Neutralität sei ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung dieser Region, hatte Palme zu Beginn der jüngsten Regierungsperiode erklärt. Beide Aussagen werden vom nördlichen Partner und NATO-Mitglied Norwegen mittlerweile massiv in Frage gestellt. Norwegische Offiziere fürchten, das schwedische Verteidigungspotential könne sich zur Bedrohung dieser Region wandeln. Im Rahmen einer von der norwegischen Verteidigungshochschule vereinigte Konferenz wurde ganz unverbohlen die Frage gestellt, ob die nachlassenden schwedischen Verteidigungsanstrengungen und das schwedische Auftreten gegenüber der Sowjetunion „eine beginnende Anpassung an neue machtpolitische Realitäten“ sei. Der schwedische Neutralitätsbegriff, so

die Meinung vieler Konferenzteilnehmer, schließe heute nicht mehr aus, daß das schwedische Territorium oder der schwedische Luftraum für eine Aktion gegen Norwegen ausgenutzt werde. Die herrschende NATO-Verteidigungsdoktrin unterstellt aber eben dies, daß der schwedische „Schutzschild“ noch intakt ist.

Dabei erkennen auch die Norweger durchaus an, daß für die Sowjetunion im Bereich Nordeuropa, dem Ausfalltor zu den Weltmeeren, lebenswichtige Interessen auf dem Spiele stehen. Die NATO-Abschreckung in diesem Bereich dürfe nicht provozierend wirken: keine Stationierung von fremden Truppen oder Atomwaffen im Norden tragen dem Rechnung. Aber selbst auf einem abgesenkten Niveau scheint Schweden den norwegischen Verteidigungserwartungen nicht mehr zu entsprechen.

Der konservative schwedische Reichstagsabgeordnete Carl Bildt kritisiert, daß die schwedische Außen- und Sicherheitspolitik in einem „wolkigen Internationalismus“ schwelge. Schweden aber über keine Europapolitik verfüge, die ihren Namen wert sei.

Sacharow gab Gorbatschow ein Versprechen

SAD, London

Der sowjetische Regimekritiker Andrej Sacharow hat nach Darstellung der britischen Wochenzeitung „Sunday Observer“ schriftlich auf das Recht verzichtet, ins Ausland zu reisen, um seiner Frau Jelena Bonner eine ärztliche Behandlung im Westen zu ermöglichen. Außerdem verpflichtete er sich, jede politische Stellungnahme zu unterlassen. Dies berichtet die Zeitung im zweiten Teil ihrer Serie über Briefe, die Sacharow an Verwandte seiner Frau in den USA geschmuggelt haben soll.

Aus den Schreiben geht hervor, daß Sacharow am 28. Juni 1985, zwei Monate nach dem Beginn seines viermonatigen Hungerstreiks, direkt an den sowjetischen Parteichef Gorbatschow schrieb. Darin gab er das Versprechen ab: „Ich wünsche, die Teilnahme an öffentlicher Betätigung restlos einzustellen und mich stattdessen auf meine wissenschaftliche Arbeit zu konzentrieren.“

Den Entschluß zu einem weiteren Hungerstreik wollte Sacharow Anfang 1985 in einem offenen Brief publik machen. Der Brief wurde jedoch abgefangen. Am fünften Tag seines Hungerstreiks wurde Sacharow gegen seinen Willen ins Krankenhaus gebracht und auf brutale Weise zwangsernährt. „Ich wurde gefesselt und so heftig auf Bett gedrückt, daß mein Gesicht schwere Quetschungen erlitt. Mit einem Löffel wurde mir der Mund geöffnet und mit einem zweiten Löffel die Nahrung eingefüllt.“

Zwei Wochen nach der Entlassung aus dem Krankenhaus nahm er den Hungerstreik am 25. Juli wieder auf. Zwischen den beiden Phasen dieses Hungerstreiks spielte das KGB über den sowjetischen Journalisten Viktor Louis den westlichen Medien am 29. Juli Filmaufnahmen zu, die Sacharows gute gesundheitliche Verfassung und sein relativ freies Leben im Verbannungsort Gorkij beweisen sollten. Jelena Bonners Angehörige in Amerika haben die Aufnahmen zwischen analysieren lassen und sind zu der Überzeugung gelangt: „Es handelt sich um Aufnahmen, die über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr mit einer versteckten Kamera gefilmt und so geschickt zusammengeschnitten wurden, daß sie den Eindruck erwecken, im Juni 1985 entstanden zu sein.“

„DDR“-Medien zitieren Sindermanns Satz: „Wir machen deutsche Politik“

Bericht über Honeckers geplante Reise in die Bundesrepublik / Was die SED verschweigt

Irk. Berlin/Bonn

„DDR“-Leser erfahren an diesem Wochenende erstmals offiziell, was bisher nirgends in den Ost-Medien stand: Erich Honecker, so wurde Volkskammerpräsident Horst Sindermann zitiert, kommt „noch in diesem Jahr“ zu einem Besuch in die Bundesrepublik Deutschland. Die SED-Führung läßt keinen Zweifel daran, deutsche Politik zu machen, so der Originalton von Horst Sindermann in der „DDR“-Presse.

Ost-Berlin mußte zur Kenntnis nehmen, daß auch die SPD in der Staatsbürgerschaftsfrage zum Grundgesetz steht. Die „DDR“ nahm außerdem die kritische Bemerkung von Hans-Jochen Vogel entgegen, auch die West-Berliner müßten „in vollem Umfang“ an den Vorteilen deutscher Entscheidungsbeteiligung werden. Dies alles war seitens der SED-Organisation im SED-Organ „Neues Deutschland“ zu entnehmen, das am Wochenende minuziös nahezu jeden Schritt von Sindermann in der Bundesrepublik mit derselben Intensität verfolgte, wie sonst Reisen von Moskau Parteigrößen durch die „DDR“

geschildert werden. Bei der Wiederholung fielen jedoch mehrere Punkte besonders auf.

● Die „DDR“-Presse verzeichnete nicht das Schreiben von Bundespräsident Richard von Weizsäcker, das er bereits am Donnerstag an Sindermann überreichen ließ. Darin hatte er im Hinblick auf seine späte Rückkehr von seiner Asienreise erklärt, dies zwingt ihn, vorläufig noch allen Terminen fernzubleiben. Ost-Berlin hätte selbstverständlich gern einen Foto-termin mit von Weizsäcker publiziert.

● Bei der Berichterstattung über den Empfang, den der Ständige Vertreter der „DDR“, Ewald Moldt, am Donnerstag in der „Redoute“ gab, wurde die Abwesenheit der Ostblock-Botschafter bei diesem Ereignis unterstrichen. Es hieß lediglich: „Chefs der in Bonn akkreditierten diplomatischen Missionen“ sowie der Apostolische Nuntius seien der Einladung gefolgt.

● Durch Auszüge der Rede bei dem Treffen Sindermanns mit SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel – in seinem Godesberger Stammrestaurant „Cäcilienhöhe“ – erfuhren die

„DDR“-Leser zum ersten Mal von 19 000 Familienzusammenführungen 1985 – das heißt Ausreisen aus der „DDR“ – und somit offiziell von der Beibehaltung dieser Praxis.

● Bei der Aufzählung der Gäste Vogels – etwa 30 Anwesende – unterstrich die Ostberliner Seite, daß Vogel ausdrücklich als Vertreter des Landes Berlin den bisher schärfsten Kritiker von Kontaktaufnahmen mit der Volkskammer innerhalb der CDU, Berlins Bundes- und Justizsenator Rupert Scholz, am Hauptplatz platziert hatte. Auch der Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Lothar Löffler war eingeladen.

● Ebenfalls nicht zum Ausdruck kam der tatsächliche Inhalt der Sindermann-Rede an jenem Abend seines ersten Besuchstages: Der Gast legte nämlich seine vorbereitete Rede beiseite, wandte sich mehrfach an Herbert Wehner – ihm aus gemeinsamer Dresdener KPD-Zeit wohl bekannt –, philosophierte über die vermeintliche Aktionseinheit von SPD und KPD gegenüber den Nazis und sprach später auch von den „beiden Teilen Deutschlands“.

Briten mißtrauisch gegenüber den USA

gfm. London

Zwar mögen 66 Prozent der Briten die Amerikaner, und 64 Prozent möchten auch in den USA Urlaub machen, aber insgesamt 67 Prozent sind der Ansicht, der amerikanische Einfluß auf Londons Verteidigungspolitik sei zu groß. Das ist das Ergebnis einer von der Londoner Zeitung „Sunday Times“ in Auftrag gegebenen Umfrage. Danach meinten genau 59 Prozent der befragten Personen, US-Präsident Reagan nehme in seiner Politik keine größere Rücksicht auf britische Interessen. Und für 20 Prozent der befragten Bürger stellen die USA sogar die größte Gefahr für den Weltfrieden dar, 34 Prozent verteilten die Schuld gleichermaßen auf Washington und Moskau, während 38 Prozent die Sowjetunion als alleinigen Störenfried sahen.

Die Umfrage zeige, so die „Sunday Times“, den stark verwurzelten Antiamerikanismus der Briten.

Sokolow betont die Rolle der Partei

dpa, Moskau

Der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Sergej Sokolow (74) hat gestern die Führungsrolle der KPdSU herausgestellt. In einem Artikel für das Parteiorgan „Pravda“ zum heutigen Tag der sowjetischen Armee und Kriegsmarine schrieb Sokolow, die Führung der Partei sei die entscheidende Quelle der Schlagkraft der sowjetischen Streitkräfte.

In der komplizierten und gespannten internationalen Lage betrachte die Partei die Leitung des militärischen Aufbaus als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Unter der Führung der KPdSU, so Sokolow, würden die Militärpolitik und die Militärdoktrin ausgearbeitet und in der Praxis verwirklicht. Der Verteidigungsminister bezeichnete Moskaus Politik als eine „klare und konsequente Friedenspolitik“. Dies zeigten die jüngsten Abrüstungsangebote von Parteichef Michail Gorbatschow.

Reist Gorbatschow nach Ost-Berlin?

hbk. Berlin

In diplomatischen Kreisen Berlins und innerhalb der SED halten sich seit längerer Zeit Gerüchte über eine mögliche Teilnahme des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow am 11. Parteitag der SED vom 17. bis 21. April in Ost-Berlin. Eine derartige Ehre wäre für die SED von herausragender Bedeutung, da sich seit Anfang Oktober 1979 kein Chef der KPdSU mehr in Ost-Berlin aufgehalten. Leonid Breschnew hielt seinerzeit zum 30. Jahrestag der „DDR“ eine Rede in Ost-Berlin.

Vor einer „DDR“-Visite Gorbatschows, die eine Anerkennung der Ost-West-Mittlerrolle für Honecker wäre, ist jedoch mit einem offiziellen Besuch des SED-Generalsekretärs in Moskau zu rechnen. In dieser Woche wird bereits eine hochrangige SED-Delegation zum turnusmäßigen nächsten Parteitag an die Moskwa reisen.

Bangemann bezweifelt Bendas Seriosität

gfa. Bonn

Zu Beginn der Sitzungswoche des Bundestages, in der am Mittwoch und Donnerstag in einer zweitägigen Expertenanhörung die Verfassungsmäßigkeit des neuen Neutralitätsparagraphen 116 AFG erörtert werden wird, hat die Bundesregierung Kritik an der Neufassung energisch zurückgewiesen. Im Mittelpunkt des Meinungsstreits zwischen Regierung, Gewerkschaften und Opposition stand am Wochenende die Äußerung des früheren Verfassungsgerichtspräsidenten Ernst Benda, der den Gesetzesentwurf für den neuen Paragraphen 116 als in Teilen verfassungswidrig bezeichnet hatte.

Die Gewerkschaften, voran die IG Metall, kündigten indessen eine Dauer-Auseinandersetzung über den unstrittigen Paragraphen an. Möglicherweise könne die Verabschiedung auch noch aufgehalten werden, obwohl der Entwurf bereits zu einer „Prestigefrage“ für die Regierung ge-

worden sei, meinte der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr in einem Interview mit dpa. Sollte die Regierungskoalition im Bundestag eine Neufassung durchsetzen, würden die Gewerkschaften „nicht aufhören zu fordern, daß dieser Paragraph dann verschwindet“.

Die geplante Änderung des meist sinntestellend als „Streikparagraph“ bezeichneten Paragraphen 116 im Arbeitsförderungs-gesetz, in dem die Neutralität der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit im Arbeitskampf geregelt wird, verstöße gegen die im Grundgesetz garantierte Koalitionsfreiheit und gegen das Eigentumsrecht, hatte Benda argumentiert.

Dem hielt Bundesjustizminister Hans Engelhard entgegen, Benda solle seine als „Gedankenschiefe“ bezeichnete vorläufige Äußerung noch einmal überdenken, da er damit in Widerspruch zu anderen namhaften Rechtswissenschaftlern stehe.

Es sei unrichtig, erklärte Engelhard, wenn Benda sage, mit der Änderung des § 116 greife der Gesetzgeber in Eigentumsrechte – nämlich den Versicherungsanspruch der durch den Arbeitskampf kurzfristig Arbeitslosen – ein. Denn: „Niemand hat ein Recht auf Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit, wenn dadurch gegen die Neutralitätspflicht des Staates bei Arbeitskämpfen verstöße und die Waffengleichheit der Tarifpartner beeinträchtigt werde.“ Auch werde nicht, wie von Benda behauptet, ein Teil des Arbeitskampfrechts geregelt – es gehe nur um die Neutralität der Bundesanstalt.

Der FDP-Vorsitzende Martin Bangemann sagte dazu im ZDF, da man wisse, daß Benda Gutachten von der Regierung Rau in Düsseldorf bezahle, werde, müsse sich Benda sagen lassen: „Ein Mensch, der sich vor einem Wahlkampf spannen läßt, diskreditiert dadurch seine eigene Seriosität.“

Die Steinkohle zum Thema „Umwelt“:

Wie unser Trinkwasser sauber wird, ist auch eine Frage der Kohle.

Aus heimischer Steinkohle wird ein Drittel unseres Stroms erzeugt und Koks für unsere gesamte Stahlproduktion. 400.000 Menschen sichern die Steinkohle Beschäftigung und Einkommen.

Das sind direkte Beiträge der Steinkohle zu unserem Wohlstand.

Aber sie trägt auch indirekt dazu bei, unsere Lebensbedingungen zu verbessern.

Steinkohle in Form von Aktivkoks wird in vielen wichtigen Bereichen als Filter verwendet. Zum Beispiel zur Abluftreinigung, zur Bindung von Kraftstoffdämpfen in Pkw, zur Reinigung von Rauchgasen.

Und sogar dort, wo es täglich um unsere Gesundheit geht, bei der Reinigung des Trinkwassers, leistet die Kohle als Filterstoff einen wesentlichen Beitrag. Nichts daran ist ungewöhnlich. Unsere Kohle ist ein wertvoller Rohstoff für viele Verwendungsmöglichkeiten. Aktivkoks ist ein Beispiel dafür.

Wollen Sie mehr wissen, schreiben Sie bitte an: „Die Steinkohle“, Glückauf-Haus, 4300 Essen.

Steinkohle.
Ein Vorbild
an Energie.

Auf der Rolltreppe

HH - Wenn er Kanzler wird, will Johannes Rau (SPD) eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer für Besserverdienende einführen. Ergänzungssatz, das klingt eher nach vorübergehend als nach endgültig. Damit kann man sich schon mal anfreunden - für ein paar Jahre, bis die Steuereinnahmen wieder stimmen.

Das suggeriert der Vorschlag der Ergänzungsabgabe. Es gab sie schon mal. Sie wurde ab 1968 als dreiprozentige Abgabe auf die Einkommensteuerschuld erhoben. Auch nur vorübergehend? Selbstverständlich. Am 31. Dezember 1974 wurde sie wieder abgeschafft.

Am 1. Januar 1975 wurde im Zuge der „Jahrbuchreform“ (Finanzminister Hans Apel) der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer um drei Prozentpunkte von 53 auf 56 Prozent erhöht. Da ist er bis heute geblieben, und die Diskussion um eine Senkung wird uns noch lange beschäftigen.

Damals, als Kanzler Helmut Schmidt noch den öffentlichen Korridor verbreitern wollte, herrschte die Vorstellung, daß man bei den Spitzenverdienern ordentlich zulegen sollte. Sie hat sich bei Rau bis heute gehalten. Dabei geht die internationale Entwicklung (zum Beispiel USA und Großbritannien) in die entgegengesetzte Rich-

tung. Allein aus Wettbewerbsgründen kommt die Bundesrepublik an massiven Steuersenkungen nicht vorbei. Hinzu kommt, daß Rau Adressaten, Einkommensbezieher ab 60 000 (Verheiratete 120 000) Mark, derzeit von der Progression besonders hart angefaßt werden, also kein Ergänzungsbedarf besteht.

Gerangel

J.G. - Rund 250 000 Tonnen Altpapier, immerhin sechs Prozent vom Einsatzgewicht dieser heimischen Faserrohstoffquelle in den Papierfabriken, würden von umweltbewußten Haushalten und fleißigen Sammlern nun schon über den Jahresbedarf der Papierfabriken hinaus zusammengetragen - und wanderten dann doch nur in die Müllverbrennung. So sagte es in der letzten Woche der Bundesverband der Deutschen Rohstoffwirtschaft für seine damit befaßten Altpapierhändler. Das sei eine „mit nichts belegbare“ Falschmeldung, konterte sofort der Verband Deutscher Papierfabriken und appellierte an den Gesetzgeber, mehr Altpapier vor Millionen und Verbrennung zu retten, weil man es künftig dringend brauchen werde. Der umweltbewußte Bürger sieht verärgert vor sich, daß die Papierfabriken, die Wollen etwa die Fabriken den im letzten Jahr halbierten Altpapierpreis nun auf Normalniveau halten und die Händler zu ihren Gunsten einen neuen Preisanstieg aus reduzierter Sammelherbeiden? Die Antwort bleibt offen.

Konzentrations-Probleme

Von JOACHIM WEBER

Konzentration ist wieder „in“ in der deutschen Wirtschaft. Nach einer Phase der Rückbesinnung darauf, daß auch klein sein kann, und nach den sichtbaren Bereinigungen einiger Konzerngebilde scheint nun wieder eine Welle von Fusionen anzukommen. Die Motive sind unterschiedlich. Von wachsender Bedeutung scheint aber der Zugriff auf zukunftsstrahlende Technologien. Jüngstes Beispiel: Der Einstieg von Daimler-Benz in Elektrik und Elektronik durch die Übernahme der AEG.

So wohlklingend und vertrauensweckend auch die Namen der neuen Partner sein mögen - bei der Elefantenhochzeit bleibt ein etwas ungutes Gefühl, auch jenseits aller ordnungspolitischen Bedenken, allem grundsätzlichen Mißtrauen gegenüber jeglicher Konzentration wirtschaftlicher Macht.

Denn auch aus der Sicht der beteiligten Unternehmen stellen sich etliche Fragen, auf die es keineswegs nur positive Antworten geben muß. Die Frage beispielsweise, ob die Partner überhaupt zusammenpassen, wird sich - wie bei jeder Ehe - erst nach einigen Jahren beantworten lassen. Sie sollte nicht unterschätzt werden: Auch Unternehmen haben ihre eigene Persönlichkeit, ihre interne Mentalität und Philosophie. Soweit es nur um Probleme zwischen den Führungsmannschaften geht, liegt die Lösung auf der Hand. Manager sind austauschbar.

Eine andere Frage mit dicken Fragezeichen ist die nach dem Wert der Größe an sich. Nicht immer muß die Anreicherung des Konzernvolumens auch eine Bereicherung für das Gesamtgebilde sein (wie die AEG in ihrer eigenen Geschichte hinlänglich bewiesen hat) - zu viel Speck kann auch zum Infarkt führen. Und nicht immer ist Größe schon gleichzusetzen mit Stärke.

Große Wirtschaftseinheiten erweisen sich nicht selten als kreativitätskennzeichnend, schwerfällig und wasserkopfsüchtig. Das liegt in der Natur der Sache: Mit der Größe wächst auch der interne Organisationsbedarf, und das aller Erfahrung nach überproportional. Die Alternative dazu liegt einmal mehr in der „langen Leine“, dem Prinzip der dezentralen Führung, und im Feingefühl für Knoten im Organisationsgeflecht.

Eins der wichtigsten Argumente, die gemeinhin zur moralischen Untermauerung von Konzentrationsvorhaben strapaziert werden, zieht im

Falle Daimler/AEG nicht: daß Fusionen nötig seien, um im weltweiten Wettbewerb der Riesen mithalten zu können. Keins der beiden Unternehmen hat große Mühe, im Feld der internationalen Konkurrenten gesehen zu werden. Ob sich aus der Verknüpfung der Technologien - vor allem der für Daimler interessanten Nutzung der Elektronik im Automobilbau - Marktchancen ergeben, wird sich erst langfristig zeigen.

Bleibt noch die Diversifikation als Vorsorge-Maßnahme eines Unternehmens, das bislang ausschließlich von einem einzigen Markt abhängt. Der Schritt in die Elektrotechnik macht wenig aus im speziellen Fall mit einem gewissen Risiko behaftet - für Daimler durchaus Sinn. Das um mehr, als zur AEG neben Kühlgeräten und Waschmaschinen auch so intelligente Bereiche wie die Prozesssteuerung, die Solartechnik oder die elektronische Zugsteuerung zählen.

Für die AEG selbst hat das Daimler-Engagement zunächst einmal nur Vorteile. Mit dem finanzstarken Geschäftspartner im Rücken kann sie ihre Existenz erstmals seit Jahren wieder als gesichert ansehen. Doch schon diese Sicherheit hat ihre Kehrseite: Das Wissen um den großen Geldgeber mit seinen Milliarden im Säckel könnte den gerade erst mühselig motivierten Bürokratenhaufen der AEG zum Rückfall in alte Gewohnheiten verleiten.

Vorstandschef Heinz Dürr hegte schon seit Vergleichende die Befürchtung, daß „die Füße wieder auf den Tisch legen“, wenn der Druck der Pleite erst einmal genommen ist. Und von jüngeren Managern ist bereits über erste Signale einer solchen Entwicklung zu hören. Bekommt das AEG-Management das Problem nicht selbst in den Griff, dann könnte sich der Elektrokonzern schnell als Klotz am Bein der Auto-Kollegen erweisen.

Die Stuttgarter Konzernzentrale wird sehr viel Fingerspitzengefühl benötigen, will sie einerseits die sinnvollen Synergieeffekte des Zusammenschlusses nutzen, andererseits aber das ungleiche Paar nicht so eng aneinanderfesseln, daß zu hohe Energieverluste durch Reibung entstehen. Und für das Daimler-Management gilt, was bei jeder Fusion zu beachten ist: Die Aufmerksamkeit für das neue Objekt darf nicht so groß werden, daß der eigene Laden vernachlässigt wird.

ROHSTOFFMÄRKTE / Die Verbraucherländer gaben ihren Widerstand auf

Unter Druck von Downing Street eine Lösung der Zinnkrise in Sicht

Die Regierungsvertreter der 22 Mitgliedsländer im Internationalen Zinnrat kehren heute nach London zurück, um einen Schlußstrich unter die viermonatige Zinnkrise zu ziehen. Am Wochenende haben sie in einer 18stündigen Verhandlungsrunde mit den Gläubigerbanken und den Metallhändlern an der Londoner Metallbörse einen Lösungsentwurf ausgearbeitet, der den einzelnen Regierungen am Sonntag vorgelegt worden ist. Alles deutet daraufhin, daß die Vorschläge akzeptiert werden.

Auf den Tag genau vor vier Monaten war der Zinnhandel an der Londoner Metallbörse ausgesetzt worden, als der Verwalter des Ausgleichslagers des Internationalen Zinnrats seine Zahlungsunfähigkeit bekanntgeben mußte. Er hatte immer häufiger durch Käufe preisstützend eingreifen müssen, um die auf den Markt drängenden Zinnmengen auch aus den Außenseiterländern, aufzunehmen. Der von den Mitgliedsländern des Internationalen Zinnrats auf der einen und den Gläubigerbanken und Metallhändlern auf der anderen Seite nach wochenlangen, zähen Verhandlungen jetzt vorgelegte Lösungsentwurf basiert auf der Gründung einer neuen Abwicklungsgesellschaft namens Newco. Sie soll mit insgesamt 270 Mill. Pfund (900 Mill. DM) ausgestattet werden.

Obwohl noch keine endgültigen Details vorliegen, dürfte der Schlüssel für die Beteiligung an der Newco wie folgt aussehen: Die Gläubigerbanken steuern 30 Mill. Pfund bei, die Metallhändler 70 Mill. Pfund und die 22 Produzenten- und Verbraucherländer 170 Mill. Pfund. Ursprünglich

waren die Banken nur zu einem Beitrag in Höhe von 20, die Metallhändler von 50 und die Mitgliedsländer im Zinnrat in Höhe von 100 Mill. Pfund bereit.

Doch auf den immer stärker werdenden Druck der britischen Regierung hin, wobei sich Premierministerin Thatcher wiederholt in persönlichen Telefongesprächen und Briefen an den Regierungschef in Bonn, Tokio und Den Haag wandte, gaben die Verbraucherländer ihren Widerstand auf und erklärten sich zu einer Anhebung ihrer Beiträge bereit. Erleichtert wurde ihnen dieser Entschluß durch die Zusage Londons, den eigenen Beitrag auf 50 Mill. Pfund zu verdoppeln, falls die übrigen 21 Regierungen bereit wären, 120 Mill. Pfund beizusteuern.

Londons Interesse an einer möglichst raschen Beilegung der Krise ist verständlich. Mit jedem weiteren Tag, an dem der offizielle Zinnhandel in London an der größten Metallbörse der Welt ausgesetzt bleibt, mehr sich der Schaden für das internationale Ansehen der Metallbörse und der in die hunderte von Millionen Mark ge-

hende Schaden für die Metallhändler. Ein nicht unerhebliches Volumen im Metallhandel ist bereits in die USA abgewandert.

Den Lösungsentwurf zufolge wird die Newco die Verbindlichkeiten des Zinnrats sowie die Zinnvorräte des Ausgleichslagers übernehmen. Die Außenstände des Internationalen Zinnrats gegenüber den Gläubigerbanken und den Metallhändlern werden auf bis zu 900 Mill. Pfund beziffert. Die Zinnvorräte in der Größenordnung von 85 000 Tonnen sollen im Zeitraum von drei Jahren vorsichtig am Markt untergebracht werden, um den Zinnpreis nach Wiederaufnahme nicht zusätzlich zu belasten.

Offenbar ist es auch bei der Frage der Veräußerung der 85 000 Tonnen Zinnreserven zu einer Einigung gekommen. Ursprünglich war vorgesehen, daß die Newco unabhängig von der Zinnpreisentwicklung in jedem Quartal acht Prozent der Gesamtmenge abstoßen sollte. Vor allem die Verbraucherländer verlangten jedoch mehr Flexibilität, also weniger Zinnverkäufe bei niedrigen und mehr Verkäufe bei höheren Preisen.

Als der Zinnhandel am 24. Oktober letzten Jahres ausgesetzt wurde, lag der offizielle Zinnpreis bei 8140 Pfund je Tonne. Sollte die Londoner Metallbörse den Handel, wie jetzt vorgesehen, in den ersten Märztagen wieder aufnehmen, dürfte sich der Preis bei nur 5000 bis 6000 Pfund einpendeln.

BLEIFREIES BENZIN

Schon jetzt an jeder dritten Tankstelle verfügbar

Go. Bonn Das Netz von Tankstellen, an denen der Autofahrer bleifrei tanken kann, wird immer dichter. Der parlamentarische Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsminister, Martin Grüner, teilte jetzt mit, daß Anfang 1986 in der Bundesrepublik an über 5300 Tankstellen und damit bereits an jeder dritten Station Bleifrei-Normal erhältlich war. An den Autobahntankstellen führen sogar zwei Drittel aller Stationen diesen umweltfreundlichen Kraftstoff. Auch das Angebot an bleifreiem Super kommt nach Grüners Worten schnell voran. An über 3100 Tankstellen und damit praktisch an jeder zweiten Autobahntankstelle wird Bleifrei-Super angeboten.

Diese zügige Umrüstung der Tankstellen einerseits, aber vor allem die erneute Senkung der Mineralölsteuer auf unverbleites Benzin um drei Pfennig pro Liter zum 1. Januar dieses Jahres haben bewirkt, daß der Anteil bleifreien Benzins am gesamten Absatz von Vergaserkraftstoff in diesem Januar bereits fast fünf Prozent betrug. Noch im Dezember 1985 hatte der Anteil unverbleiteter Ware nämlich bei nur 2,5 Prozent und im Durchschnitt des gesamten Jahres sogar erst bei einem Prozent gelegen.

Da mehr als die Hälfte aller im Verkehr befindlichen auf Normalbenzin ausgelieferten Pkw unverbleite Ware ohne irgendeinen Schaden für den Motor verfügen, könnte der Anteil des unverbleiteten Benzins am Gesamtabsatz noch erheblich größer sein als fünf Prozent. Grüner appellierte an die Autofahrer, im Interesse des Umweltschutzes noch mehr bleifreies Kraftstoff zu tanken. Das wäre außerdem billiger. Inzwischen hat die Deutsche Shell unterstrichen, daß unverbleiteter Superkraftstoff auch weniger Benzin als verbleite Ware enthalte. Andere Darstellungen seien falsch.

WECHSELKURSE

US-Experten zweifeln an der Wirksamkeit von Zielzonen

Skt. Washington Skeptisch sind amerikanische Währungsexperten, daß eine größere Stabilisierung der Wechselkurse durch Eingriffe in das seit 1973 geltende Floatingssystem erreicht werden kann. Diese Ansicht wird auch in der Bundesrepublik geteilt. Eine Studie darüber mit der Aussicht auf eine Konferenz der wichtigsten Industriestaaten im kommenden Jahr hatte Präsident Reagan bei US-Finanzminister James Baker im Auftrag gegeben. In seinem Bericht zur Lage der Nation erklärte er am 4. Februar, die USA würden keine wild ausschlagenden Paritäten mehr hinnehmen.

In einem Anhörungsverfahren vor dem Gemeinsamen Wirtschaftsausschuß des Kongresses äußerten die Professoren William Brandon (Princeton), Richard Cooper (Harvard), Rudiger Dornbusch und Paul Krugman (Massachusetts Institute of Technology) sowie Rimmer de Vries (Morgan Guaranty Trust Co.) übereinstimmend Zweifel an der Wirksamkeit sogenannter Zielzonen, die nur bestimmte Abweichungen erlauben würden. Krugman sprach sich für gelegentliche Interventionen aus, hielt die Zeit für eine grundlegende Reform jedoch nicht für gekommen.

Ähnlich urteilte Cooper, unter Carter Chefökonom im US-Außenministerium. Für ihn wäre auch eine Währungskonferenz „in hohem Maße verfrüht“. Brandon, de Vries und Dornbusch warnten, daß keine Regierung ihre fiskalische Autonomie der Zielzone opfern würde. Die Voraussetzungen für eine bessere Koordinierung seien deshalb nicht gegeben. Die Gruppe war sich auch darin einig, daß der Dollar weiter fallen wird. Bis auf Krugman hielt sie die amerikanische Währung für immer noch überbewertet, so daß die US-Exporteure ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht wiedererlangen könnten.

US-AKTIENMÄRKTE

Wall Street folgt nun den Signalen von James Baker

H.A. SIEBERT, Washington Die US-Aktienmärkte glauben nicht mehr an delphische Orakel, wie sie der Chef des Federal Reserve Board, Paul Volcker, gern von sich gibt. Wonach sie greifen, sind die konkret geäußerten Wünsche des Finanzministers James Baker, der zweimal hintereinander im Kongreß erklärte, ein graduell weiter sinkender Dollar, ausgelöst durch niedrigere Zinsen, sei willkommen. Was die Administration will, sind rasche Erfolge im Export und bei der Drosselung der Importe, um dem neu belebten Konjunkturaufschwung Stützbalken einzuziehen.

Mit anderen Worten: Baker ist das Leuchtfeuer, auf das jetzt die Wall Street blickt. Nur so ist zu verstehen, daß nach dem von Volcker verursachten Sturm am Donnerstag und Freitag die Häuser geradezu explodierten. Trotz der am Mittwoch verlorenen 20,52 Punkte schoß der Dow Jones-Industrie-Index in der durch George Washingtons Geburtstag verkürzten Börsenwoche um 33,26 (Freitag: 24,89) auf 1697,71 Punkte - der elfte Rekord in diesem Jahr. Damit hat das populärste Barometer seit Ende 1985 nahezu zehn Prozent zugelegt.

Eindrucksvoll war jedoch auch die Breite des Spurts. So stieg der Standard & Poor's 500 im Wochenverlauf um 4,86 (Freitag: 2,40) auf 224,02 und der umfassende NYSE-Index um 2,76 (1,41) auf 129,41 Punkte. Die großen Gewinner waren Chemiefirmen wie

Dow Chemical, Monsanto und Du Pont, die von den gesunkenen Geldpreisen profitierten. Erheblich höher schlossen auch „High-Tech“-Werte wie Digital Equipment, IBM, Data General und Sperry sowie Coca-Cola, die Dr. Pepper kauft, und Pioneer, die ein Übernahmeangebot von Pickens Mesa Limited erhalten hat.

Vorangetrieben wird die spektakuläre Hausse, die im August 1982 begann und im letzten September den Schnellgang einlegte, durch technische Faktoren, wie die inzwischen zu teuren Terminkontrakte, so daß die institutionellen Anleger direkte Aktienkäufe vorziehen. Der stärkste Antriebsmotor sind zur Zeit aber die Ölpreise. Wie Baker, unterstellt die Wall Street, daß die Inflationsrate so weit drücken, daß der Markt auch ohne Volckers Hilfe die Zinsen nach unten treibt.

Bisher ist diese Rechnung aufgegangen. Denn innerhalb einer Woche fielen 30jährige Treasury Bonds von 8,93 auf 8,70 (Vorjahr: 11,70) Prozent. Es ist das niedrigste Niveau seit Anfang 1979. Siebenjährige Notes verblieben sich auf 8,37 (11,89) Prozent. Nur im kurzfristigen Bereich war der Fall weniger steil: Dreimonatige Treasury Bills brachten Freitag immerhin noch 6,96 (8,38) Prozent, während Notenbanktaggeld 7,65 (8,50) kostete.

Der Ölpreis wird mithin zum wichtigsten Orientierungspunkt. Steigt er jedoch wieder, wie Volcker befürchtet, ist der Zinsrutsch und damit die Hausse vorbei.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Währungsfonds weniger in Anspruch genommen

Washington (Skt.) - Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist im vergangenen Jahr von den Mitgliedsländern weniger in Anspruch genommen worden. Sie zogen zur Unterstützung ihrer wirtschaftlichen Anpassungsprogramme nur 4 Mrd. Sonderziehungsrechte (SZR) oder umgerechnet 10,6 Mrd. DM, gegenüber 7,3 und 12,6 Mrd. SZR 1984 und 1983. Wegen der hohen Rückzahlungen (3,6 Mrd. SZR) sanken die Nettoidentifizierungen mit 0,4 (1984: 5; 1983: 10,6) Mrd. SZR auf den niedrigsten Stand seit 1980.

BfH zu Werbungskosten

München (Kl.) - Hat ein Arbeitnehmer zwei Wohnungen, so können auch die Fahrtkosten von der weiter entfernten Wohnung zur Arbeitsstätte als Werbungskosten zu berücksichtigen sein, wenn diese Wohnung den Mittelpunkt der Lebensinteressen des Arbeitnehmers darstellt. Dieser Grundsatz gilt nach geänderter Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (VfR 1/83) nunmehr unabhängig von der Entfernung dieser Wohnung zur Arbeitsstätte. In dem entschiedenen Fall hatte ein lediger Zeitsoldat der Bundeswehr mehr als 200 Kilometer zurückgelegt, um zu seiner Wohnung im Heimatort zu gelangen.

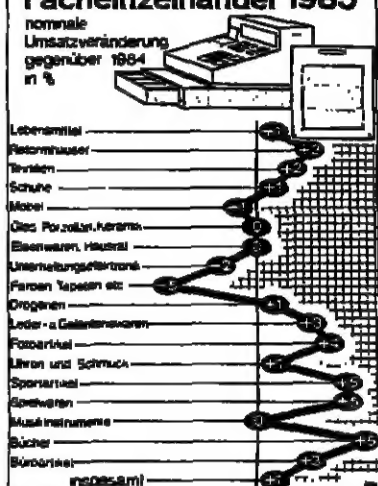
Stahlexporteure gewarnt

Washington (AP) - Das amerikanische Handelsministerium hat Exporteure von Stahl in die USA davor gewarnt, Liefergrenzen zu übertreten. Amerikanische Stahl-Hersteller hatten ihren ausländischen Konkurrenten in jüngerer Zeit mehrfach vorgeworfen, sie umgingen die von der US-Regierung verhängten Importbeschränkungen mit Tricks wie dem, den Stahl über Drittländer in die USA zu exportieren. Die amerikanische Regierung hatte mit 27 Staaten Abkommen getroffen, die zum Ziel hatten, den Anteil der ausländischen Exporteure zu verringern.

Breitbandnetz-Studie

Bonn (Go.) - Ein Breitbandnetz in optischer Nachrichtentechnik amortisiert sich nur bei schnellem Ausbau. Andernfalls kann die Wirtschaftlichkeitsschwelle nicht erreicht werden.

Facheinzelhandel 1985



TENNIS / Steffi Graf kam wieder etwas näher an Chris Evert-Lloyd heran

„Ich glaube, ich kann Chris besiegen. Und ich kann Nummer eins werden“

sid/dpa, Boca West
Es bleibt dabei - Steffi Graf kam gegen die Amerikanerin Chris Evert-Lloyd nicht gewinnen. Wenn überhaupt, dann ist die Heidelbergerin ihr aus sportlicher Sicht bestenfalls wieder etwas näher gerückt. Denn noch nie hat die 18 Jahre alte Deutsche ihre fast doppelt so alte Gegnerin so unter Druck gesetzt wie bei ihrer 4:6, 2:6-Niederlage im Endspiel des 1,5-Millionen-Dollar-Turniers von Boca West. 82 Minuten mußte Chris Evert-Lloyd kämpfen, um die von ihr selbst als Kronprinzessin eingestufte Deutsche zu bezwingen.

„Einen kurzen Moment habe ich an eine Chance geglaubt“, meinte Steffi Graf nach dem Spiel, doch sie schränkte gleich ein, „endlich einmal einen Satz gegen Chris zu gewinnen.“ Auch im sechsten Aufeinandertreffen ging Steffi Graf leer aus und mußte weiter darauf warten, wenigstens einmal einen Satz gegen die Amerikanerin zu gewinnen. Sie sagt: „Chris ist eben doch viel routinierter als ich und

weiß, was sie tun muß. Sie brachte mich immer wieder aus dem Rhythmus.“ Dennoch hat ihr das Spiel die Erkenntnis gebracht: „Ich glaube, ich kann Chris schlagen. Ich glaube auch, daß ich die Nummer eins in der Welt werden kann. Allerdings muß ich meinen Aufschlag und mein Volleyspiel verbessern.“

Steffi Graf startete vor 10.500 Zuschauern bei 30 Grad im Schatten genau wie bei ihrem triumphalen 6:2, 6:1-Halbfinalsieg über Helena Sukova (CSSR) - nämlich mit einem Aufschlagverlust und sofort folgendem Re-Break. Dann zog sie gar auf 3:1 davon. Die Amerikanerin begann das Match gegen Steffi Graf äußerst nervös. Im fünften Spiel profitierte Chris Evert-Lloyd von ihrer großen Routine: Das Endspiel war immerhin ihr 1201. Profispiel. Steffi Graf, die sich trotz ihrer erst 18 Jahre schon seit drei Jahren im Profiteennis etabliert hat, gab das Spiel mit einem leichtfertigen verspielten Überkopf-Ball ab. Die Entscheidung fiel im neunten

Spiel des ersten Durchgangs, als die Heidelbergerin ihre sonst so starke Vorhand ins Aus setzte. Ihre Gegnerin sicherte sich nach insgesamt 44 Minuten den ersten Satz, aber sie mußte zugeben: „Ich habe im ersten Satz viel Glück gehabt. Steffi ist sehr stark geworden. Ich mußte mich selbst aus dem Schlamassel herausziehen.“

In dieser knappen Dreiviertelstunde wurde den begeisterten Zuschauern absolutes Weltklassentennis geboten. Wenn auch beide Spielerinnen fast ausschließlich von der Grundlinie spielten, ergaben sich doch häufig herrliche Ballwechsel. Dabei merkte man Chris Evert-Lloyd deutlich den riesigen Respekt vor der Vorhand von Steffi Graf an. So war denn auch ihre Taktik deutlich darauf ausgerichtet, ständig die schwächere Slice-Rückhand der deutschen Ranglistenzweiten anzuspielen. Dabei wurde sie allerdings ab und zu über- rascht, wenn Steffi Graf ihre Rückhand voll durchzog.

Im zweiten Durchgang wurde Chris Evert-Lloyd in dem Maße sicherer wie ihre Kontrahentin abbaute. Obwohl Steffi Graf keineswegs schlecht war, verlor sie im dritten und fünften Spiel jeweils ihren Aufschlag. Chris Evert-Lloyd dagegen brachte ihre Aufschläge sehr sicher durch. Nur noch selten konnte ihre Gegnerin mit ihrer knallharten Vorhand punkten. Chris Evert-Lloyd: „Viele junge Mädchen spielen im ersten Satz riesig, dann fallen sie aber ab.“

Von ihrer deutschen Gegnerin hat die Amerikanerin eine hohe Meinung: „Für mich ist Steffi die kommende Nummer eins. Weil sie nicht nur eine gute Athletin ist, einen guten Aufschlag hat und sich gut bewegt, sondern weil sie bei ihr auch im Kopf stimmt. Das ist ja im Tennis so wichtig.“ Am Ende blieben Steffi Graf außer der Erkenntnis, daß sie weiter hart arbeiten muß, um Chris Evert-Lloyd noch näher zu kommen, immerhin 56.000 Dollar. Chris Evert-Lloyd aber bekommt auf ihr ohnehin schon prall gefülltes Konto sogar die doppelte Summe dazu.

Schneller Generationswechsel im Florett-Fechten

JÖRG STRATMANN, Bonn
Die Stimmung im Publikum war schnell dahin. Zumindest diejenigen Zuschauer bei den deutschen Einzelmeisterschaften im Damen- und Herrenflorett-Fechten in Bonn, die auf den Sieg eines Außenseiters oder des Lokalmatadors gehofft hatten, hielten sich spätestens nach den Halbfinal-Gefechten merklich zurück. Der FC Taubertschhofheim, ohnehin erfolgversprechend, bot noch einmal eine Steigerung und gewann alle sechs zu vergebenden Medaillen. So galten gestern auch beide Taubertschhofheimer Teams als sichere Titelkandidaten bei den Mannschaftswettbewerben (Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluss nicht vor).

Was die Franken am Samstag ausgerechnet auf den Fechtbahnen des ehemaligen hartnäckigen Widersachers OFC Bonn veranstalteten, geriet zur reinen Vereinsmeisterschaft, die die 17jährige Anja Fichtel mit 8:3 gegen die erst 16 Jahre alte A-Jugendmeisterin Sabine Bau und der erfahrenen Mathias Gey (25) mit 10:8 gegen den Junioren-Weltcup-Sieger Thorsten

Weidner (18) für sich entschieden. Bei den Herren konnten lediglich der 38jährige Bonner Klaus Reichert und überraschend der Offenbacher Jörg Siebert in das Finale der besten acht eindringen. Reichert unterlag im ersten Gefecht Weidner und wurde Sechster, Siebert belegte nach einer Niederlage gegen den späteren Dritten Ulrich Schreck Rang acht. Im Damen-Finale ließen die Taubertschhofheimerinnen gar nur eine vereinsfremde Fechterin zu. Die enttäuschte Titelverteidigerin Christiane Weber (23) aus Offenbach wurde nach Niederlagen gegen Sabine Bau und Carmen Engert (19) Vierte.

Der größte Teil des Publikums schweigend angesichts derart einseitiger Endkämpfe. Aber auch das Taubertschhofheimer Lager nahm die Ergebnisse wie selbstverständlich hin. Bundestrainer Emil Beck verschaffte sich als Zuschauer des verspätet begonnenen Herren-Finales nur noch schnell Gewißheit, daß mit Klaus Reichert früher Niederlagen auch dieser Titel seinem Fechtturnier sicher war - und reiste noch

vor den letzten Kämpfen ab, in Mainz den „Ball des Sports“ zu feiern. Solche Dominanz ließ den anderen Klubs nur bescheidene Zielsetzungen. „Der optische Eindruck war für uns nicht der beste“, meinte Manfred Kly vom OFC Bonn, „aber wir haben alles erreicht, was wir uns vorgenommen haben.“ In dieser Atmosphäre ging fast unter, was Max Geuter, den Sportwart des Fechterbundes, besonders erfreute. Da war auch in den vereinsinternen Duellen kein verhaltenes Taktieren zu erkennen, „das war Weltklasse, auch bei den jungen Fechtern wie Weidner und Christiane“.

Aber auch Anja Fichtel, die völlig unbeeindruckt von dem Rummel um ihre jüngsten Erfolge ihre Siegesfeier fortsetzte, ist nur das Paradebeispiel für den schnellen Generationswechsel, der sich auch im deutschen Damen-Fechten vollzieht. Keine ihrer Vereinskameradinnen, Sabine Bau, Carmen Engert, Susanne Lang, Annette Klug oder Hedwig Funkenhauser, allesamt Finalistinnen von Bonn, ist älter als 19 Jahre.

Für Hedwig Funkenhausers 18 Jahre alte Schwester Zita, die Mannschafts-Olympiasiegerin von Los Angeles, war nicht einmal mehr Platz in der Endrunde.

Von Cornelia Hanisch, die Repräsentationspflichten beim „Ball des Sports“ vorzog und gestern nur beim Mannschaftswettbewerb für ihr Offenbacher Team starten wollte, war da kaum mehr die Rede. Auch Christiane Weber gilt mit 23 Jahren schon als ältere Dame, die, so sieht es Damen-Bundestrainer Horst-Christian Tell, um ihre Position im Nationalteam kämpfen muß. Trotzdem mag Tell weder auf sie noch auf seine bewährten Kräfte Zita Funkenhauser oder die Meisterschafts-Achte Sabine Bischof (27) verzichten. „So erfreulich die Entwicklung auch ist“, meinte der Trainer, der demnächst wohl seinen Stützpunkt Offenbach aufgeben muß und nach Taubertschhofheim gehen wird, „aber jetzt besteht auch die Gefahr, daß sich die Unerfahrenen und damit Falschen für die Weltmeisterschaften qualifizieren.“

Jimmy packte seine Sachen

Drei Stunden und 41 Minuten habe er „bis aufs Blut gekämpft“, wie Jimmy Connors werden formuliert. Zigmalt hatte ihn Jeremy Shales, seines Zeichens einer der vier Profischiedsrichter der Tenniswelt, mit (angeblichen) Fehlentscheidungen schon bis zur Weißglut getrieben. Bis sich nach 16 Jahren und diesen 281 Spielminuten für Jimmy Connors, einfach mal alles entladen mußte.

Die Szene wurde zum Tribunal: Fast drei Minuten lang tobte Connors und schrie seine Empörung hinaus. Er packte schließlich beim Stand von 2:3 und 0:30 im fünften Satz seine Sachen und ging.

Zu entschuldigen ist sein Verhalten nicht, Verständnis darf der 33jährige jedoch beanspruchen. Connors: „Schiedsrichter und Linienrichter sind auch nur Menschen. Aber ich spiele seit Jahren nicht

zur Gaudi, sondern um Geld. Wir Spieler rennen und schwitzen oft stundenlang - und werden dann von irgendeinem Typen klein gemacht. Was ist denn das Tennis? Werder die Veranstalter, die Industrie noch die Sponsoren könnten sich ohne uns so ins Rampenlicht setzen. Aber was haben wir? Nur Pflichten, keine Rechte. Es gibt nur einen Strafenkatalog gegen uns. Und die Schiedsrichter denken dann auch noch, sie sind exzellent. Das stinkt mir.“

Selbst Ivan Lendl, der von der freiwilligen Aufgabe profitierte und zum 6:2-Sieger im letzten Satz erklärte wurde, unterstützte seinen Konkurrenten. „Ich verstehe Jimmy und bin überhaupt nicht über so einen Sieg glücklich. Der Schiedsrichter hatte die Kontrolle über das Match verloren.“

Im zweiten Durchgang wurde Chris Evert-Lloyd in dem Maße sicherer wie ihre Kontrahentin abbaute. Obwohl Steffi Graf keineswegs schlecht war, verlor sie im dritten und fünften Spiel jeweils ihren Aufschlag. Chris Evert-Lloyd dagegen brachte ihre Aufschläge sehr sicher durch. Nur noch selten konnte ihre Gegnerin mit ihrer knallharten Vorhand punkten. Chris Evert-Lloyd: „Viele junge Mädchen spielen im ersten Satz riesig, dann fallen sie aber ab.“

Von ihrer deutschen Gegnerin hat die Amerikanerin eine hohe Meinung: „Für mich ist Steffi die kommende Nummer eins. Weil sie nicht nur eine gute Athletin ist, einen guten Aufschlag hat und sich gut bewegt, sondern weil sie bei ihr auch im Kopf stimmt. Das ist ja im Tennis so wichtig.“ Am Ende blieben Steffi Graf außer der Erkenntnis, daß sie weiter hart arbeiten muß, um Chris Evert-Lloyd noch näher zu kommen, immerhin 56.000 Dollar. Chris Evert-Lloyd aber bekommt auf ihr ohnehin schon prall gefülltes Konto sogar die doppelte Summe dazu.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Erste englische Division, 31. Spieltag: Coventry - Southampton 3:2, Liverpool - Everton 0:2, Manchester United - Bromwich 3:0, Queens Park - Luton 1:1, Sheffield - Tottenham 1:2. Tabellenplätze: 1. Everton 62 Punkte, 2. Manchester United 59, 3. Liverpool 54, 4. Chelsea 53, 5. Arsenal 52, 6. Tottenham 51, 7. Aston Villa 49, 8. Manchester City 48, 9. Newcastle 47, 10. Ipswich 46, 11. Derby 45, 12. Nottingham 44, 13. Sheffield Wednesday 43, 14. Blackburn 42, 15. Leeds 41, 16. Middlesbrough 40, 17. Huddersfield 39, 18. Preston 38, 19. Burnley 37, 20. Bury 36, 21. Walsley 35, 22. Millwall 34, 23. Luton 33, 24. Nottm Forest 32, 25. Barnsley 31, 26. Rotherham 30, 27. Shrewsbury 29, 28. Exeter 28, 29. Gillingham 27, 30. Southend 26, 31. Grimsby 25, 32. Wrexham 24, 33. Colchester 23, 34. Peterborough 22, 35. Stockport 21, 36. Hartlepool 20, 37. Rochester 19, 38. Torquay 18, 39. Barnet 17, 40. Dagenham 16, 41. Boreham 15, 42. Hemel Hempstead 14, 43. Maidstone 13, 44. Dover 12, 45. Margate 11, 46. Chesham 10, 47. Ebbsfleet 9, 48. Wealdstone 8, 49. Havering 7, 50. Enfield 6, 51. Waltham 5, 52. Hayes 4, 53. Slough 3, 54. Woking 2, 55. Havant 1, 56. Basingstoke 0.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 22. Spieltag: Göttingen - SSV Hagen 84:82, Bamberg - Leverkusen 77:82, Langen - Bayern 73:82, TSV Hagen - Charlottenburg 81:86, Köln - Oldenburg 92:70, Osnabrück - Gießen 65:31, - Damen, Zweite Bundesliga, 6. Spieltag: Osterfeld - Barmen 90:88, Düsseldorf - München 87:81.

HANDBALL

Bundesliga, Frauen, 12. Spieltag: Hannover - Leverkusen 11:18, Wittenberg - Berlin 13:16, Auerbach - Frankfurt 18:18, - Europapokal, Viertelfinale, Frauen, Rückspiele: Magyaro - Engelskirchen 21:27, - IHF-Pokal: Lützelshausen - Topolnitsky 19:21, - Länderpokal in St. Gallen: Schweiz - Ungarn 18:17.

HOCKEY

DM, Halle, Damen, Endrunde, Halbfinale: Brandenburg Berlin - Frankfurt 6:3, Leverkusen - Kipper Hamburg 6:7, - Spiel um Platz drei: Frankfurt - Leverkusen 10:8.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 15. Spieltag: Grenzau - Reutlingen 8:8, Saarbrücken - Steinhausen 9:4, Völk - Berlin 8:4, - Damen, 13. Spieltag: Ahlem - Frankfurt 3:3, Reinickendorf - Donauwörth 9:4, Kaiserberg - Kleeve 9:2.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Hamburg - Fort Bonn 3:2, Paderborn - Celle 3:1, Friedrichshafen - München 3:2, Dachau - Berlin 3:0, - Damen: Münster - Berlin 3:0, Oythe - Vilsbiburg 3:3, Feuerbach - Erlangen 3:0, Lohhof - Rüsselsheim 3:1, Augsburg - Stuttgart 3:1.

TENNIS

Grand Prix in Boca West, Herren, Halbfinale: Lendl (CSSR) - Connors (USA) 1:6, 6:1, 6:2, 2:6, 6:2 (Connors disqualifiziert), Wilmmer - Edberg (beide Schweden) 6:4, 1:0 (Edberg aufgegeben), - Damen, Finale: Evert-

LEICHTATHLETIK

Hallen-Europameisterschaften in Madrid, erster Tag, Männer, 60 m: 1. Desruelles (Belgien) 8:81 Sek., Hochsprung: 1. Möggenburg 2:34 m, 2. Tharion 2:31, - 12. Nagel (alle Deutschland) 2:30, - Welt: 1. Emmijan (UdSSR) 8:32, - Kugel: 1. Günthör (Schweiz) 21:51 m, - 8. Stolz 19:53, 7. Gelhaus 19:36, 19. Kasubek (alle Deutschland) 17:73, - Frauen, 60 m Hürden: 1. Oschkenat (DDR) 7:79 Sek., - 4. Denk (DDR) 7:91, - Welt: 1. Drechsler (DDR) 7:18 m, - 4. Hirsch 6:58, - 8. Felge 6:52, - 10. Braun (alle Deutschland) 6:55, - Zweiter Tag, Frauen: Kugelstoßen: 1. Losch (DDR) 20:48 m, 2. Krieger (DDR) 20:21, 3. Loghin (Rumänien) 19:07, - 5. Leidinger 18:26, - 7. Storp (beide Deutschland) 17:80, - 3000 m: 1. Bibernell (DDR) 8:54:52 Min, 2. Murray (England) 9:01:31, 3. Tschistjakowa 9:01:72, - Männer, Dreisprung: 1. Bruschke 17:54 m, 2. Pleschanow (beide UdSSR) 17:21, 3. Bakosi (Ungarn) 16:93, - 13. Knebe (Deutschland) 16:03.

WASSERBALL

Bundesliga, 1. Spieltag: Spandau - Hannover - Leverkusen 6:8, Hannover - Wittenberg 6:8, Düsseldorf - Würzburg 8:7, Duisburg 9:6 - Offenbach 9:5, Esslingen - ASC Duisburg 13:14.

BIATHLON

Weltmeisterschaften, 10 km in Oslo: 1. Medwedtsew (UdSSR) 28:03,8 Min./0 Strafrunden, 2. Angerer (Deutschland) 28:09,9/1, 3. Schuler (Österreich) 28:35,1/1, 17. Fiehrer 29:47,2/4, 18. Fischer 29:48,5/4, - 30. Ertfischer (alle Deutschland) 30:30,7/1, - 497,5 km Staffel: 1. UdSSR (Wassiljew, Kaschkarow, Medwedtsew, Buligin) 1:39:23,2, 2. DDR 1:40:02,3, 3. Deutschland (Fritzenwenger, Rudy, Angerer, Fischer) 1:41:02,6, 4. Italien 1:41:07,0, 5. Finnland 1:42:11,4, 6. Norwegen 1:42:57,5.

SKI NORDISCH

Weltcup der Damen, 10 km (klassischer Stil) in Leningsrad: 1. Jahren 30:15,72 Min, 2. Dahlmo (beide Norwegen) 30:24,08, 3. Smetanba 30:43,48, 4. Filizyna 30:45,1, 5. Korolewa (alle UdSSR) 30:48,3, 6. Pettersen (Norwegen) 30:52,8, - Stand im Weltcup: 1. Dahlmo 96 Punkte, 2. Pettersen und Matikainen (Finnland) 89.

EISSCHNELLAUF

17. Sprint-WM, Damen in Karuizawa/Japan, 500 m: 1. Kania-Enke 40,06 Sek., 2. Rothenburger (beide DDR) 40,17, 3. Blair (USA) 40,08, - 5. Holzer-Gawenus (Deutschland) 40,76 (Deutscher Rekord), - 1000 m: 1. Stahnke 1:20,78 Min., 2. Kania-Enke 1:21,40, 3. Ehrig-Schöne (alle DDR) 1:21,54, - 10. Holzer-Gawenus 1:24,75, - Gesamtklassement: 1. Kania-Enke 180,060 Punkte (Weltrekord), 2. Rothenburger 162,730, 3. Blair 163,695, - 8. Holzer-Gawenus 166,375 (Deutscher Rekord), - 23. Hasekamp (Deutschland) 178,945.

SKI ALPIN

11. Weltcup-Abfahrt, Herren in Aarn/Schweden: 1. Reizner (Schweiz) 1:56,74 Min., 2. Girardelli (Luxemburg) 1:56,25, 3. Assinger 1:56,38, 4. Stock (beide Österreich) 1:56,58, 5. Bell (England) 1:57,04.

SKI ALPIN

Slalomfahrer Zurbriggen

slid, Are

Die Abfahrer dominieren im Slalom, die Slalom-Spezialisten setzen sich bei den Abfahrten in Szene - Weltcup verkehrt. In Are (Schweden) siegte der Schweizer Abfahrts-Weltmeister Pirmin Zurbriggen im Slalom vor dem Liechtensteiner Paul Frommelt und dem schwedischen Weltmeister Jonas Nilsson.

Einen Tag zuvor hatte Zurbriggen Landsmann Franz Heinzer die Abfahrt von Are gewonnen. Zweiter war für Luxemburg startende österreichische Slalom-Spezialist Marc Girardelli geworden, der damit seine Führung im Gesamt-Weltcup auf 247 Punkte ausbaute.

Im ersten Slalom-Durchgang hatte der Jugoslawe Rok Petrovic, einer der führenden Slalomläufer dieses Winters, geführt. Doch im zweiten Durchgang erreichte er nicht das Ziel. Zu den Ausgeschiedenen gehörten aber noch andere Prominente, und das bereits im ersten Durchgang: der Schwede Ingemar Stenmark und Marc Girardelli, der überragende Slalomläufer des letzten Winters.

Die Abfahrt von Are wiederum brachte auf dem vierten Rang die Placierung eines früheren Olympiasiegers, der in diesem Winter fleißig und mit Erfolg bemüht ist, wieder nach vorn zu kommen: Leonhard Stock aus Österreich. Sein Landsmann Peter Wirsberger, im Januar viermal hintereinander Abfahrtsieger, wurde diesmal nur 23.

Der Schweizer Peter Müller, Sieger der ersten Abfahrt von Are am Freitag, stürzte beim zweiten Rennen in der Nähe des sogenannten Olympia-sprungs. Er geriet in die Rücklage, wollte sich dann mit einem Seitwärtssatz noch retten, schlug bei hoher Geschwindigkeit aber hart auf und versank in einer gewaltigen Schneewolke. Müller wurde zur Untersuchung ins Krankenhaus gebracht.

SKI ALPIN

Slalomfahrer Zurbriggen

slid, Are

Die Abfahrer dominieren im Slalom, die Slalom-Spezialisten setzen sich bei den Abfahrten in Szene - Weltcup verkehrt. In Are (Schweden) siegte der Schweizer Abfahrts-Weltmeister Pirmin Zurbriggen im Slalom vor dem Liechtensteiner Paul Frommelt und dem schwedischen Weltmeister Jonas Nilsson.

Einen Tag zuvor hatte Zurbriggen Landsmann Franz Heinzer die Abfahrt von Are gewonnen. Zweiter war für Luxemburg startende österreichische Slalom-Spezialist Marc Girardelli geworden, der damit seine Führung im Gesamt-Weltcup auf 247 Punkte ausbaute.

Im ersten Slalom-Durchgang hatte der Jugoslawe Rok Petrovic, einer der führenden Slalomläufer dieses Winters, geführt. Doch im zweiten Durchgang erreichte er nicht das Ziel. Zu den Ausgeschiedenen gehörten aber noch andere Prominente, und das bereits im ersten Durchgang: der Schwede Ingemar Stenmark und Marc Girardelli, der überragende Slalomläufer des letzten Winters.

Die Abfahrt von Are wiederum brachte auf dem vierten Rang die Placierung eines früheren Olympiasiegers, der in diesem Winter fleißig und mit Erfolg bemüht ist, wieder nach vorn zu kommen: Leonhard Stock aus Österreich. Sein Landsmann Peter Wirsberger, im Januar viermal hintereinander Abfahrtsieger, wurde diesmal nur 23.

Der Schweizer Peter Müller, Sieger der ersten Abfahrt von Are am Freitag, stürzte beim zweiten Rennen in der Nähe des sogenannten Olympia-sprungs. Er geriet in die Rücklage, wollte sich dann mit einem Seitwärtssatz noch retten, schlug bei hoher Geschwindigkeit aber hart auf und versank in einer gewaltigen Schneewolke. Müller wurde zur Untersuchung ins Krankenhaus gebracht.

STABHOCHSPRUNG / Wieder eine Weltbestleistung in der Halle

Bubkas Schlag gegen den kleinlauten Olson

sid/dpa, Los Angeles

Nun hat der Sowjetrusse Sergei Bubka die Hallen-Bestmarke im Stabhochsprung zurückerobert. In Inglewood (US-Bundesstaat Kalifornien) überquerte er 5,94 Meter und verbesserte damit die alte Bestmarke des Amerikaners Billy Olson, aufgestellt am 8. Februar in East Rutherford, um einen Zentimeter. Innerhalb von zwei Monaten wurde die Hallen-Weltbestleistung im Stabhochsprung siebenmal verbessert. Dreimal gelang das Bubka, dreimal Olson, einmal dessen Landsmann Joe Dial.

Olson hatte bei einer Höhe von 5,60 m in den Wettkampf eingegriffen und dafür drei Versuche gebraucht. Bubka hatte bei 5,65 m begonnen und die Höhe im ersten Anlauf bewältigt. Olson meisterte dann 5,75 m mit dem zweiten Sprung. Bubka antwortete

mit einem erfolgreichen Versuch über 5,85 m. Dann übersprang Bubka im zweiten Versuch 5,94 m. Der Versuch von Olson, sich im direkten Gegenzug die Weltbestmarke zurückzuholen, schlug fehl. Der Amerikaner scheiterte an 5,98 m und blieb mit übersprungenen 5,75 m Zweiter.

14.500 Zuschauer reagierten auf den Erfolg Bubkas kühl, verabschiedeten den geschlagenen Billy Olson aber mit großem Applaus. Als Bubka bei seinem dritten Sprung über den Lautsprecher um Ruhe für seinen Anlauf bitten ließ, antwortete ihm das Publikum mit Buhrufen. Die Gründe dafür hatte Bubka ganz offensichtlich vor dem Wettkampf geliefert, als er die Stimmung durch giftige Äußerungen über Olson und den ebenfalls zur Zeit in Amerika startenden französischen Olympiasieger Pierre Qui-

non verdorben hatte. Er könne Olson als Konkurrenten keinesfalls ernst nehmen, hatte Sergei Bubka gesagt, denn „Olson ist doch nicht fähig, einen wirklich großen Wettkampf zu gewinnen.“

Der Sieg in Inglewood war für Bubka dann der Beweis seiner zuvor geäußerten Ansicht: „Jetzt habe ich allen gezeigt, daß ich der stärkste Stabhochspringer bin.“ Olson gab sich hingegen nach seiner Niederlage recht kleinlaut: „Mir bleibt nur die Hoffnung, den Rekord bald wieder zu haben. Bubka hat mich geschlagen, das ist bitter.“

Billy Olson hat allerdings einen Trost - das Geld. Pro Start erhält er 5500 Dollar, während sich Bubka die 8000 Dollar Auftrittsgebühr mit den vier übrigen Athleten der sowjetischen Delegation teilen muß.

DER SPITZ

In dieser Woche:
CDU-Spitze: Kanzler Kohl muß gehen, wenn Anklage erhoben wird ■ SPIEGEL-Gespräch mit VW-Chef Hahn über den Kauf von Spaniens Auto-Firma Seat: „Es geht um fünf Milliarden Mark“ ■ Stromgigant RWE: Filz und Allmacht im Revier ■ Parteitag in Moskau: Schafft Michail Gorbatschow die Wende? ■ Kalzium-Tabletten, der neue Medizin-Bestseller.



Parteispenden: Kanzlers „Blackout“
Verstrickt
Eberhard von Brauchitsch · Helmut Kohl · Julliane Weber

Il in
n

sprocher
aben unter
elutveter
idemokrat
ids (LDPD
nem Besuc
in den Ost
skheit. De
ie es hieße
ie, die er
sen hat, in

arteilbezirk
ausch, hatte
rag, Grablin
zu bewege
elang.

eiste aus
fünf Jahren
tender des
und im Ge
ds der Ost
r Mauer ar
im Wechsel
Jereits sein
1 Dirksen,
lie Bundes
kommen.

st, wie erst
r Stiefsohn
in Athen,
rhn überge
schaffler der
Freien
iten. Sein
Vertrauter
ecker.

ahl
en“

Streiks
tusminister
nden Siegre
weder n
Streit um
en Materie
ragen, noch
blatt ange
verschiedlic
e, sofern sie
Aufgaben
n“. Mayer
laufen
rechtswid

ufgaben-Be
ordinierung
an Gymna
Wende di
kuriert. Die
d wird jetz
geübt wer
t der ba
Landesver
seine Mit
lich zu ma
ken im Kol
vonn Fach
gnis ent

GEW klar
de unserer
haft ver
berufsstän
undstütz
egitimation
des Unter
nauso un
ß das Mini
nüsse, daß
ingehalten
yalität des
gewählten
s eine Be
and. Am
am sie gibt
hrung des
atische Le

mt

sharmbeck
zu morgen
onstranten
ertraße er
r Ortschaft
1 geräumt.
Bewohner
Hütten ver
Zwischen
n Sprecher
nte, habe
tallen. Die
eitere Ak
tag abend
der Polizei
orden.

r den Bau
n Zukunft
ar in Garl
transport
am Mitt
Kilometer
Millionen
lärz sollen
t werden.
ht Linien
n die Pla

lished daily
subscription
5,00 per an
-Engwood
tage is sold
ditional ma
dress chan
JAGE PUBLI
-Engle

EISSCHNELLAUF

Schnelle Mütter aus Deutschland Ost und West

sid/dpa, Karlsruhe

Sie sind schon eine Klasse für sich, die 24jährige Dresdnerin Karin Kania-Enke und die 31jährige Monika Holzner-Gawenus aus Inzell. Ein Jahr lang pausierte Karin Kania-Enke nach der Geburt ihres Sohnes, um nun in Karuizawa (Japan) mit der Weltrekord-Punktzahl von 160,060 zum fünften Mal nach 1980, 1981, 1983 und 1984 Sprint-Weltmeisterin im Eisschnellauf zu werden. Gewissermaßen als Zugabe lief sie mit 1:18,84 Minuten auch noch Weltrekord über 1000 m.

Monika Holzner-Gawenus, die Mutter zweier Kinder, hat ihre große Laufbahn vor 14 Jahren in Japan begonnen, mit dem überraschenden Sieg über 1000 m bei den Olympischen Spielen in Sapporo. Noch immer gehört sie zu den besten Eissprinterinnen der Welt. Bei den Weltmeisterschaften in Karuizawa wurde sie mit 168,575 Punkten Achte, was zugleich ein neuer Rekord für den Bereich der Deutschen Eisschnellauf-Gemeinschaft war. Eine weitere Bestzeit erzielte sie über 500 m mit 40,78 Sekunden.

Zurück zu Karin Kania-Enke, die auch schon zweimal Weltmeisterin im Großen Vierkampf (500 m, 1000 m, 1500 m und 3000 m) war: 1980 und 1984. In Karuizawa stand sie bereits nach drei von vier Strecken als Sprint-Weltmeisterin fest. Wie sehr sie inzwischen der Konkurrenz überlegen ist, zeigt vor allem ihr 1000-m-Weltrekord von 1:18,84 Minuten. So schnell waren in den siebziger Jahren nur die schnellsten Männer: der berühmte Holländer Ard Schenk (1:18,8) und der Münchner Doppel-Olympiasieger Erhard Keller (1:18,5).

Bei den Herren lag der 22-Jahre alte Sowjetrusse Igor Schalesowski (149,085 Punkte) am Ende ganz knapp vor dem Amerikaner Dan Jansen (149,595). Die Bronzemedaille ging an den Japaner Kuroiwa.

Dan Jansen hatte am zweiten Tag den 500-m-Weltrekord des sowjetischen Läufers Pawel Pegow (36,56 Sekunden) auf der über 900 m hoch gelegenen Bahn mit 36,57 Sekunden hauchdünn verfehlt. Wie sehr diese Bahn für schnelle Rennen geeignet ist, bewies aber schon der erste Tag, als zehn Sprinter über 500 m unter 38 Sekunden blieben.

BIATHLON / Über 10 Kilometer erfüllte Peter Angerer die Erwartungen

Bronze für die Staffel zum Abschluß Fritz Fischers große Aufholjagd

dpa, Oslo

Ende gut, alles gut: Zum Abschluß der Weltmeisterschaften in Oslo gewannen die Biathleten aus der Bundesrepublik Deutschland gestern in der 4x7,5-km-Staffel wie vor einem Jahr in Ruhpolding und 1978 in Hochfilzen die Bronzemedaille. Herbert Fritzenwenger (Ruhpolding), Franz Wudy (Rabenstein) und die überlegenen Peter Angerer (Hammer) und Fritz Fischer (Ruhpolding) erlebten und erzielten in 1:41:02,6 Stunden den dritten Platz. Weltmeister wurde in einem dramatischen Duell erwartungsgemäß die Sowjetunion (1:39:23,2 Stunden) mit Wasiljew, Kaschkarow, dem nun dreimaligen Weltmeister Waleri Medwedzew und Buljgin vor dem von 39,1 Sekunden bezwungenen „DDR“ (Wirth, Roetsch, Jacob, Sehmisch).

Bereits am Samstag war Angerer über 10 km hinter Waleri Medwedzew (UdSSR) Zweiter der Weltmeisterschaft vor dem Österreicher Franz Schuler geworden und hatte damit das enttäuschende Abschneiden des Teams vom Donnerstag über 20 km vergessen gemacht. Unsere Biathleten haben ihre Zugehörigkeit zur Weltklasse bestätigt. Für uns ist die Staffel der Maßstab aller Dinge. Daß Peter Angerer die Erwartungen erfüllte und Silber holte, zeigt, daß es gegenüber der Ruhpolding WM 1985 eine Steigerung gab. Wolfgang Kindinger, der Koordinator des Bundesausschusses Leistungssport (BAL), zog nach dem erfolgreichen Abschluß ein positives Fazit. Auch Bundestrainer Jürgen Seifert war mit dem Abschneiden seiner Skijäger hoch zufrieden: „Peters zweiter Platz und eine Medaille mit der Staffel, mehr konnten wir nicht erwarten.“

Vor 10 000 Zuschauern am sonnenüberfluteten Holmenkollen hatte Startläufer Fritzenwenger, der beim Stehend-Schießen eine Strafrunde laufen mußte, mit 1:50,5 Minuten Rückstand auf die führende „DDR“ als Neunter an Wudy übergeben. Der WM-Neuling wechselte zu Angerer, der 3:10 Minuten hinter der UdSSR und 65 Sekunden hinter den drittplatzierten Finnen zurücklag. Mit seinem neuen Fittig der 28jährige durch die Loipe, rollte das Feld trotz eines Sturzes nach dem Liegend-Schießen, bei dem er dreimal nachladen mußte, auf und schickte Fischer als Fünften



Auch das ist ein Grund für Peter Angerer, über einen Abschluß vom Sport nachzudenken: Freundin Mona, eine Stewardess aus Norwegen. Doch es gibt noch mehr: In Hammer wird ein Freizeitzentrum unter seinem Namen eröffnet, der Olympialager will eine Schule für Fremdsprachen besuchen.

FOTO: DPA

mit einem Rückstand von 38 Sekunden auf die drittplatzierten Italiener auf die letzte Schleife.

Der 29 Jahre alte Routinier überholte mit einer großartigen Leistung die Finnen und entschied den spannenden Kampf um Bronze beim letzten Schießen gegen den Italiener Andreas Zingerle für sich. Unter dem Jubel seiner Staffel-Kameraden kämpfte sich Fischer mit einem Vorsprung von 4,3 Sekunden auf Zingerle ins Ziel und kommentierte: „Ich wußte, daß ich in der Staffel besser schießen würde als in den Einzel-Wettbewerben.“ Tatsächlich hatte Fischer, der seine Chancen durch maßige Schußleistungen über 10 und 20 km eingebüßt hatte, die Konzentration zum richtigen Zeitpunkt wiedergefunden.

Freilich verschleierte der Erfolg von Peter Angerer, der von seinen neuen Skiern befügelt schien, etwas die Lücke, die hinter dem 26jährigen Olympiasieger aus Hammer klappt. „Außer Peter haben wir keinen Siegläufer“, sagt Seifert. Im nüchternen Vergleich der Resultate von Ruhpolding und Oslo gab es sogar einen Rückschritt: 1985 hatte der DSV über 20 und 10 km fünf Placierungen unter den ersten 15, am Holmenkollen schaffte dies nur Angerer, der übrigens seinen Abschied nach diesem Winter erwägt. Über 20 km löste das DSV-Quartett Fahrkarten in die Mittelmeergegend (16. Fritzenwenger, 17.

Wudy, 22. Fischer, 35. Angerer), im Sprint war das Abschneiden (2. Angerer, 17. Walter Pichler, 18. Fischer, 32. Florian Hüttner) positiver. „Auch Fischer hatte es in der Hand, Sprint-Weltmeister zu werden“, deutet BAL-Koordinator Kindinger allerdings die kleine Spalte zwischen Triumph und Mißerfolg an.

Durch das Skating ist die Weltspitze im Biathlon ganz eng zusammengerückt. Gleichzeitig hat sich der Kreis der Favoriten enorm erweitert. „Wenige Sekunden entscheiden heute über Medaillenrang und Platz 40“, analysiert Seifert. Am Holmenkollen wurde auch die vor der WM aufgestellte These als unrichtig entlarvt, wonach die Titel am Schießstand vergeben werden. So konnte sich der 21jährige Waleri Medwedzew, der erste dreimalige Weltmeister in der Geschichte des Biathlon-Sports, über 20 km sogar zwei Strafrunden erlauben.

Zu den Siegern dieser WM gehörten überraschend Österreicher (zweimal Bronze) und die läuferisch starken Italiener. Trotz einiger Einbrüche konnten die UdSSR und die „DDR“ ihre führenden Positionen behaupten, während die gastgebenden Norweger, wie vor einem Jahr die DSV-Skijäger, die Erwartungen vor eigenem Publikum nicht erfüllen konnten und als Mitfavoriten leer ausgingen.

BOB / WM eine neue Werbung für Berchtesgaden

Fischer und Langan verloren noch Platz drei

sid/dpa, Königssee

Nur um 45 Hundertstelsekunden schiederten Toni Fischer und Christoph Langan bei der Zweierbob-Weltmeisterschaft am Königssee an der Bronzemedaille vorbei und wurden nach Platz drei bei Halbzeit am Ende in 3:22,88 Minuten Fünfte. Obwohl damit der gastgebende Verband leer ausging, werden die Titalkämpfe auf der Kunsteisbahn am Königssee als Weltmeisterschaft der Superlative in die Geschichte dieser Sportart eingehen.

36 Zweierbobs aus 19 Verbänden (Rekordbeteiligung!), rund 15 000 Zuschauer an beiden Tagen und ein fantastischer Bahnrekord trotz reformierter Konstruktionsvorschriften sprechen für sich. Obwohl die Schweizer Ralph Pichler und Celest Poltera mit 49,65 Sekunden (Spitzengeschwindigkeit: 117,36 Kilometer in der Stunde) einen hervorragenden Bahnrekord aufstellten, mußten sie sich mit der Silbermedaille begnügen.

Der Sieg ging an Wolfgang Hoppe und Dietmar Schauerhammer, die nach dem Olympiasieg 1984 ihren in Vorjahr in Cervinia (Italien) eroberten WM-Titel erfolgreich verteidigten. Nach vier Läufen wiesen die ehemaligen Zehnköpfer in 3:21,11 Minuten einen Vorsprung von 1,08 Sekunden auf Pichler/Poltera (3:22,20) auf. Die Bronzemedaille ging an den zweiten „DDR“-Schlitten mit Detlef Richter/Steffen Grummt (2:22,36), die Erich Schärer/André Kiser (3:22,44) aus der Schweiz auf den vierten Platz verwiesen.

Die mögliche Medaille dieser spannenden Entscheidung vergaben Fischer/Langan bereits durch einen verpatzten Start im ersten Lauf, als der 23 Jahre alte Bremser nur mit Mühe auf den Schlitten geklettert war. „Ich bin einen Schritt zu viel gelaufen“, meinte Langan. „Er wollte es eben besonders gut machen. Da merkt man eben, daß ihm noch die Erfahrung fehlt“, sagte Fischer. Da die Geschwindigkeit eines fehlerfreien Starts fehlte, lagen die deutschen Meister in diesem Lauf in den Zwischenzeiten weit zurück, beim sogenannten Jodierweg sogar nur auf Platz 18. Dank Fischers Steuerkünsten sprang dann immerhin noch eine respektable Zeit von 50,14 Sekunden heraus.

Im dritten Lauf, als das Schneetreiben einsetzte, fielen als viertletzte Starter Fischer/Langan auf Rang fünf zurück. Fischer: „Die Bahn war schon brutal ausgefahren“. Mit Christian Scheibitz/Leory Hieber (Königssee), die in 3:23,76 Minuten auf Rang acht kamen, erfüllten jedoch beide Teams des Deutschen Bob- und Schlittenverbandes (DBSV) die realistischen Erwartungen von Sportdirektor Sigfried Radandt.

Nach dem weißblauen Kaiserwetter vom Samstag trübten gestern der zunächst wolkenverhangene Himmel und später der Schneefall über dem Königssee die Festtags-Stimmung. Neben 15 000 Besuchern an beiden Tagen erlebten trotz des verschneiten Sonntags Klaus Kotter, der Präsident des deutschen und internationalen Verbandes, neun Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), sowie die NOK-Präsidenten Willi Damm (Deutschland), Manfred Ewald („DDR“) und Ivan Slavkov (Bulgarien) am sonnigen Samstag Bobsport wie aus dem Bilderbuch – als Werbung für die Olympischen Winterspiele 1988 im Berchtesgadener Land.

„Weil ich überzeugt bin, daß die Olympischen Winterspiele 1988 hierher gehören, werde ich im Oktober in Lausanne für Berchtesgaden so viele Lanzen brechen, wie er auf dem Ball des Sports in Mainz sagte, als DSB-Vize gegen Dienst, Landsberg und Grupe antreten.“

Der Präsident des Hamburger Landessportbundes, Friedel Gütt, soll Schatzmeister werden und Volleyball-Verbandspräsident Roland Müller die Nachfolge des Radsport-Präsidenten Werner Göhner als Sprecher der Spitzensportverbände übernehmen.

Bereits vor der Tagung der ständigen Konferenz in Frankfurt ist eine Vermarktungsgesellschaft vom Nationalen Olympischen Komitee (NOK) und der Deutschen SportLife (DSL) gegründet worden. In dieser Gesellschaft sollen unter anderem die Embleme des NOK und die der DSL zur Förderung des Spitzensports gemeinsam vermarktet werden. Wie Göhner betonte, sei aus komplizierten, steuerrechtlichen Gründen, die noch geklärt werden müssen, bisher keine Entscheidung über die Gesellschaftsform gefallen.

SPORTBUND

Weyer-Nachfolge: Sichere Mehrheit für Hans Hansen?

dpa/sid, Frankfurt

Vier Wochen nach dem Verzicht von Willi Weyer (69) auf eine vierte Amtsperiode als Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB) scheint der 60 Jahre alte Hans Hansen über eine komfortable Mehrheit zu verfügen, um am 3. Mai in Saarbrücken fünfter DSB-Chef nach Willi Daume (1990 bis 1970), Wilhelm Kregel (1970 bis 1974), Hans Gmelin (1974) und Weyer (1974 bis 1986) zu werden. Hansen, Vizepräsident des DSB, Präsident des Landessportverbandes Schleswig-Holstein und Sprecher des Landtags in Kiel, gilt als einziger Kandidat.

Nachdem sich Weyer am Abend seiner Verzichtserklärung in Frankfurt, am 24. Januar, ganz offensichtlich schon auf Hansen eingestellt hatte, stellte er auch während eines Kurzurlaubes im Berchtesgadener Land, wo er seinen 69. Geburtstag feierte, erneut Hansen heraus und nannte auch drei Vizepräsidenten.

Die Versammlung der 39 Spitzensportverbände schwenkte nun in Frankfurt auf diese Linie ein, stellte Hansen als ihren Kandidaten vor und nannte als Vize-Präsidenten Erika Dienst, Dieter Graf Landsberg-Velen und Professor Osmo Grupe. Einer der vier von Weyer noch von den Spitzensportverbänden genannt worden ist, der Vorsitzende des Landessportbundes Berlin, Manfred von Richthofen, will allerdings, wie er auf dem Ball des Sports in Mainz sagte, als DSB-Vize gegen Dienst, Landsberg und Grupe antreten.

Der Präsident des Hamburger Landessportbundes, Friedel Gütt, soll Schatzmeister werden und Volleyball-Verbandspräsident Roland Müller die Nachfolge des Radsport-Präsidenten Werner Göhner als Sprecher der Spitzensportverbände übernehmen.

Bereits vor der Tagung der ständigen Konferenz in Frankfurt ist eine Vermarktungsgesellschaft vom Nationalen Olympischen Komitee (NOK) und der Deutschen SportLife (DSL) gegründet worden. In dieser Gesellschaft sollen unter anderem die Embleme des NOK und die der DSL zur Förderung des Spitzensports gemeinsam vermarktet werden. Wie Göhner betonte, sei aus komplizierten, steuerrechtlichen Gründen, die noch geklärt werden müssen, bisher keine Entscheidung über die Gesellschaftsform gefallen.

Jetzt gibt's eine Million und vier Gründe für den Ford Sierra L. Welche, steht im Kleingedruckten.



Grund eins bis eine Million: der Ford Sierra selber. So oft lief er bis jetzt in Europa vom Band.

Und die weiteren vier Gründe: ein Sonderausstattungs paket für einen be-

sonderen Preis. Metallschuttboden, ABS und Zentralverriegelung. Für nur tausend DM (Unverbindliche Preisempfehlung).

Dieses Angebot gilt für den Sierra L mit seiner gesamten umweltfreundlichen Motorenpalette. (Die Motoren tragen alle unverbleites Superbenzin.) Vom 1.6-l über den 1.8-l bis zum 2.0-l.

Hinzu kommen der schadstoffarme 2.0-l mit Katalysator (für unverbleites Normalbenzin) und der ebenfalls schadstoffarme 2.3-l-Diesel. Angenehmer Nebeneffekt: Die

schadstoffarmen Motoren fahren eine Zeitlang steuerfrei. Mehr darüber und über den Sierra L erfahren Sie beim Ford-Händler.

Sierra

Pankraz, 1936 und der synoptische Computer

Auch in einigen deutschen Spielhallen sind sie bereits aufgestellt: die „synoptischen Computer“, niedliche Datenbanken, in die man nach Entrichtung eines Obolus seinen Geburtstag oder ein anderes Datum der letzten hundert Jahre einspeisen kann. Man bekommt dann einen Zettel heraus, auf dem verzeichnet ist, was an dem fraglichen Tag „sonst noch“ passierte. Pankraz spielte auf Geräte wohl den 26. Mai 1936 ein und bekam folgende Auskunft:

Die britische Krone dementiert, daß der Buckingham-Palast verkauft werden soll - Hermann Göring verfügt die Überführung Carl v. Ossietzky aus dem KZ Esterwegen in ein Krankenhaus - Bern eröffnet eine große Hodler-Ausstellung - Der FBI entlarvt die „United Brotherhood of America“ als Filiale des Ku-Klux-Klan - Der sowjetische Rat der Volkskommissare verbietet Schwangerschaftsabbruch und setzt hohe Strafen dafür fest - In Frankfurt am Main wird die Oper „Doktor Johannes Faustus“ von Hermann Reutter uraufgeführt - In Koblenz beginnt ein Prozeß gegen 200 Franziskanerinnen, denen Sittlichkeitsverbrechen vorgeworfen werden.

Ein hübsches kleines Sammelalbum. Nun fragt sich, ob sich damit außer dem Ausruf „Aha, so war das also damals!“ noch irgendwelche dauerhafte Belehrung mit nach Hause nehmen läßt. Pankraz fürchtet nein. Die Synopse, der pure historische Querschnitt, gibt im Unterschied zum Längsschnitt kaum etwas her. Ihr Erkenntniswert entspricht dem des täglichen Horoskops oder dem jener Sinnsprüche, die man in besseren chinesischen Restaurants im Teegebäck findet. Denk- und Lebensstöße allenfalls, denen man nachgeben kann oder nicht.

Sicherlich, man kann sich - im Wissen darüber, daß die russische Revolution noch wenige Jahre vor 1936 eine extrem permissive Haltung zu Sexuellen und Kinderkriegen einnahm - tief verwunden über die scharfe Kehre der sowjetischen Volkskommissare. Man kann - betroffen von der hohen Zahl der am 26. Mai 1936 angeklagten Franziskaner - in die Archive gehen, um die Sache näher zu untersuchen, und entdeckt vielleicht ein Komplott der Reichsregierung, die mit diesem Prozeß die ungeliebte katholische Kirche klammern wollte. Die Betroffenheit führt dann also zu vertiefenden Studien und möglicherweise zu einem besseren Verständnis geschichtlicher Abläufe. Notwendig ist das aber nicht. Synopse allein erzeugt noch keine Betroffenheit, noch nicht einmal wirkliche Interesse.

Deshalb lockt der synoptische Computer auch nicht mit den bloßen Daten aus den letzten hundert Jahren, sondern hebt ausdrücklich auf den Geburtstag des potentiellen Kunden ab. Die Daten werden gewissermaßen zu persönlichen Accessoires des Kunden, sie treten freilich ganz unverbindlich vor ihn hin, er braucht sich nicht über sie aufzuregen. Das ist historische Daten sind, Daten der Vergangenheit, erfüllt sogar jener milde Schock der Gleichzeitigkeit, der uns anrührt, wenn wir etwa in der Zeitung von einer Hinrichtung lesen und uns erschauern fragen, was denn wir zum Zeitpunkt ihres Stattfindens

Pankraz

Platte: „Topsy“ mit dem Modern Jazz Quartet

Von den Ferien zurück

So zerbrechlich, daß sie förmlich in sich und durch sich selbst verhauchte, nannte der amerikanische Jazzpianist Nat Hentoff die Poeste ihres Spiels, ihre Polyphonie „mal elegisch, mal spielerisch“ und ihren Jazz stets seiner Wurzeln bewußt. Kunst-Musik in Reinkultur, das ist die Klangwelt des Modern Jazz Quartet in der Tat immer gewesen, in ihrer Gestaltung ohne Zweifel auffallend intellektuell, „cool“, europäischen Kriterien verpflichtet, aber doch immer auch von überragender stilistischer Klar- und Reinheit.

Im Juli 1974 hatte sich das Quartett in seiner zweiten Besetzung mit John Lewis, Piano (Jahrgang 20), Milt Jackson, Vibraphon (Jahrgang 23), Percy Heath, Bass (Jahrgang 23), und Connie Kay, Schlagzeug (Jahrgang 27), nach 22 Jahren getrennt, sich wie John Lewis heute sagt, „auf Urlaub begeben“. Als das Klebblatt um den Harvard-Lehrer Lewis 1984 wieder zusammenfand und sein Comeback mit der Langspielplatte „Echoes (Together Again)“ einsetzte, da war diese Wiedergeburt des „MJQ“ eine perfekte Sensation. Seit 1981 hatten die vier stets im Smoking auftretenden Gentleman zwar hier und da wieder konzertiert, nun aber war die Reunion auf Platte festgeschrieben.

Jetzt aber, mit ihrem zweiten Album, meint John Lewis, sei die Phase der Wiedervereinigung glücklich abgeschlossen: Das MJQ ist da, als wäre es seit 1952 nie fort gewesen. „Topsy-This one's for Basie“, so ist die neue LP betitelt, als Hommage an den kürzlich verstorbenen großartigen Bandleader William „Count“ Basie,

ALEXANDER SCHMITZ

Muse der Surrealisten, Fotomodell, Kriegskorrespondentin: Das aufregende Leben der Lee Miller

Ein böses Auge auf dem Metronom

Bitte hole du mich am Schulzug ab“, bat der kleine Internatszögling Antony Penrose seine Nanny, ich habe Angst, daß ich Mami nicht wiedererkenne.“ Die vage Erscheinung seiner Kinderjahre wurde zur erklärten Feindin des Heranwachsenden. Erst viel später, als er selbst Kind war, schloß Antony Penrose Waffenstillstand mit seiner Mutter.

Tatsächlich entdeckt, kennengelernt und verstanden aber hat er Lee Miller erst nach ihrem Tode 1977. In Kartons und Kästen fand er 40 000 Negative, 500 Fotos und unzählige Briefe, Manuskripte und Souvenirs ihrer vielen Reisen. Aus diesen Funden rekonstruierte er die intensiv gelebten Rollen einer ungewöhnlich begabten Frau: Fotomodell, Muse der Künstler, Fotografin, Kriegskorrespondentin, Autorin und schließlich Köchin der Haute Cuisine.

Die Biographie „The Lives of Lee Miller“ von Antony Penrose (Thames and Hudson, London, 16 £) wurde nicht zur anprangernden Mutter-Abrechnung im derzeit üblichen Hollywood-Stil. Es ist vielmehr eine Begegnung aus der Erinnerung, die ihre hervorragenden Eigenschaften wie ihre dunklen Seiten verstehen lehrt. „Ein Paradox aus Jähzorn und Wärme, aus kraftvollem Talent und hoffnungsloser Unfähigkeit, ritt Lee ihr eigenes Temperament durchs Leben, als klemmte sie sich an den Rücken eines durchgehenden Drachens.“

Welch hervorragende Fotografin die Amerikanerin war, dokumentiert gerade eine Retrospektive in der Londoner Photographers' Gallery. Ihre Modeaufnahmen, Porträts, surrealistischen Fotos, vor allem aber ihre bewegenden Dokumentaraufnahmen aus dem Zweiten Weltkrieg machen neugierig auf die Person, die hinter der Kamera stand.

Lee Miller, Jahrgang 1907, besaß offensichtlich die Gabe, zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort zu sein. Die Zwanzigjährige rettete in New York ein distinguiertem Herr vor einem Straßenunfall: Dank dieses Entretes mit Condé Nast, Verleger der „Vogue“, posierte sie bald vor der Kamera berühmter Fotografen wie Edward Steichen, Horst P. Horst und George Hoyningen-Huene. Schlank, mit prägnantem Profil, blondem Büßkopf und kühnem Blick war sie genau der Typ der zwanziger Jahre.

Bald jedoch wollte sie selbst fotografieren, und zwar in Paris. Über einem Perioden im Café bot sie sich dem überraschten Fotokünstler Man Ray als Schülerin an. Die, so erklärte er seiner unbekannten Landsmännin, nehme er im Prinzip nicht an. Und sowieso wolle er gerade verreisen. „Ich sagte, ich weiß, ich gehe mit ihnen - und das tat ich auch. Wir lebten drei Jahre zusammen.“

In dieser Zeit inspirierte Lee Miller Man Ray zu seinen ungewöhnlichsten Bildern. Mit Schattenstreifen im Ge-



Ein Paradox aus kraftvollem Talent und hoffnungsloser Unfähigkeit: Lee Miller, wie sie Man Ray 1930 fotografierte. FOTO: SCHIRMER-MOSEL-VERLAG

sicht verweigert er sie als „Leebra“. Zusammen entwickelten sie die viel beachtete Technik der „Solarisation“. Und während sie noch als Starmodell vor der Kamera stand, arbeitete sie gleichzeitig an Porträtaufnahmen und experimentellen Fotos im eigenen Atelier. Sie war eine vertraute Erscheinung im Surrealisten-Zirkel und spielte für Cocteau in seinem Film „Das Blut des Poeten“ eine Statue mit abgeschlagenen Armen.

Daß sie das surrealistische Prinzip der Freiheit in der Liebe für sich in Anspruch nahm, stellte Man Ray auf ihre Probe. Als sie schließlich vor ihren Affären nach New York flüchtete, kletterte Man Ray verletzt ihr Auge auf ein Metronom als „Objekt der Zerstörung“. Später wurden sie wieder Freunde.

In New York baute Lee Miller trotz der Depression ein erfolgreiches Studio auf, in dem sie die Reichen, die

Film- und Society-Schönheiten und Künstler porträtierte und sich auch mit Werbeaufnahmen einen Namen machte. Doch kaum war sie arriviert, trieb es sie zu weiteren Abenteuern. Durch ihre Heirat mit dem Ägypter Aziz hoffte sie ein Leben der Reisen und ständigen Abwechslung zu finden. Aber lange hielt sie es in dem „Seiden- und Perlen-Set“ von Alexandria nicht aus. So bog sie sich auf immer ausgezehrtene Streifzüge durch Ägypten. Ihr surrealistisches Flair prägte auch viele dieser Fotos. Da stechen Klosterkuppeln wie üppige Brüste in den Himmel, erscheinen Felsen wie zerzauste Riesenvögel.

Nach drei Jahren kehrte sie nach Europa zurück. In Paris begegnete sie dem englischen Maler und Kunsthistoriker Roland Penrose, ihrem künftigen Mann, der den Surrealismus nach England brachte und dort das Institut für Zeitgenössische Kunst

gründete. Man traf sich mit Paul Eluard, Man Ray, Max Ernst und Picasso, die nun inzwischen alle arri- viert waren.

Am schöpferischsten aber wurde ihre rastlose Energie im Zweiten Weltkrieg kanalisiert. In London, wo sie mit Penrose lebte, machte sie die Fotos zu dem Buch „Grimmige Glorie“, das die zerbombte Stadt zeigt. Ihre Aussagen sind präzise und be- deutend. Zu den bekanntesten Fotos gehört die am Boden liegende Statue einer Frau, der ein Eisenrohr den Atem nimmt, ein Backstein die Brust beklemmt. „Rache an der Kultur“ hat sie das genannt. Und ihr scharfzügli- ger Humor blüht auf, wenn Geröll aus einer Nonkonformistenkirche quillt, wie eine Gemeinde überfrierter Gläu- biger.

Als offizielle US-Kriegsreporterin hatte sie carte blanche, von den vor- deren Kriegsschauplätzen zu be- richten. Und sie nutzte sie aus. Im verkümmerten Kampfland erschien das ehemals so elegante Modell bei der Bombardierung von St. Malo und bei den letzten Kampfaktionen im El- saß. Sie war dabei, als Paris befreit wurde, und gehörte zu den ersten Be- richterstatern, die die Welt mit Fotos aus Dachau schockierten. Sie saß in Hitlers Badewanne in seinem Münch- ner Haus Prinzregentenplatz Nr. 27 und war als erste mit ihrer Kamera zur Stelle, als sein „Adlernetz“ in Berchtesgaden in Flammen aufging. Sie dokumentierte Operationen im Feld, tote Soldaten im Schützengra- ben und die Bürgermeistertochter in Leipzig, die mit ihrer Familie Selbst- mord begangen hatte. Mit den Fotos lieferte sie brillant geschriebene Ar- ti- keln, denen man die Qual des Schreibens, die nur durch Drogen und Alko- holk erträglich wurde, nicht anmerkte.

Unter großen Schwierigkeiten rei- ste sie durch Österreich und Ungarn. In Rumänien schloß sich der Kreis. Hier hatte sie bereits vor einigen Jah- ren die Zeugnisse einer untergehen- den Kultur in Fotos festgehalten. Hier erschöpfte sich jetzt das Hochgefühl des Abenteuers.

Sie kehrte zu Penrose zurück und lebte von nun an in London und ei- nem Farmhaus. Vor Depressionen und drohender Selbstzerstörung re- tete sie doch ihre letzte Leidenschaft: Kochen. Auch hier machte sie nicht halt. Binnen kurzer Zeit häufte sie eine Bibliothek von 2000 Kochbü- chern an, sammelte sie internationale Preise ein und experimentierte end- los zum Kummer der Familie, die nach einem Stew statt exotischer Ge- richte verlangte.

„Sie ist eine Frau, die besser als jede andere versteht, anderen Arbeit zu machen“, konstatierte einmal Man Ray. Antony Penrose stimmt ihm zu: Doch die Entdeckung von Lee Miller hat sich für ihn gelohnt. Und für uns. HEDI BÜRKLIN

Ein Vers auf feine englische Art: Deutsche Limericks

Die Erben des Mr. Lear

Der Limerick ist eine englische Krankheits, die durch Edward Lear und sein „Book of Nonsense“ epidemische Ausmaße gewann. Von Zeit zu Zeit überfällt sie jedoch auch die Deutschen. Da ist es allerdings mit schlichten Reimen nach dem Schema aabba, was den Briten mit ihren kurzen Wörtern recht leicht fällt, nicht getan. Im Deutschen erfordert es viel Denkarbeit, um sich mit Witz und Nonsense einen solchen Vers zu machen.

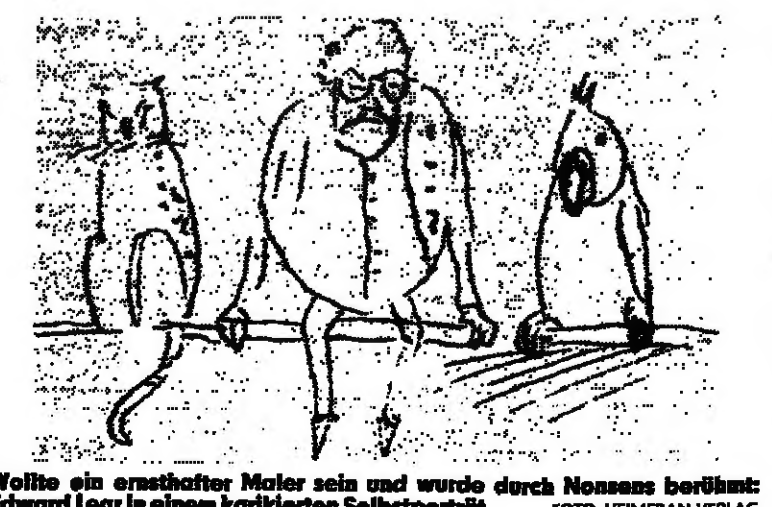
Lear stellte in der ersten Zeile stets eine Person vor, die er in der Schluß- zeile genauer charakterisierte. So korrespondiert bei ihm das „There was an Old Man of Cape Horn“ mit einem „That dolorous Man of Cape Horn“. Dieser lakonische Nonsense hat aller- dings seine Tücken. Das ist nicht zu verkennen, wenn man die Originale mit deutschen Übersetzungen (z. B. von Grete Fischer, einst bei Hein- mann, oder von Hans Magnus Enzens- berger, im Insel-Taschenbuch noch zu haben) vergleicht, die recht steif und selten komisch wirken.

Deshalb ist es einfacher, sich einen eigenen Vers auf den Limerick zu machen. Das läßt sich aus zwei Ta- schenbüchern ablesen, die der Hey- ne-Verlag vorgelegt hat: „Limericks“, herausgegeben von Alexander Benja- min (144 S., 9,80 Mark), ein Sammel- band mit Beiträgen verschiedener Autoren, und „Limericks und

Schlimmericks“ von Werner Horand (120 S., 7,80 Mark).

Bei Werner Horand reimt nicht nur Lippe auf Kippe und Gerippe, son- dern er stellt uns auch den „munteren Opa aus Peiskretscham“ vor, den „Bräutigam“, „Trümpfprogramm“, „sportlich-starr“, „Kilogramm“, „in memoriam“ und „Cherchez la femme“ zugeordnet werden. Ein be- liebter Gag ist die Transkription eines deutschen Wortes in die Schreibweise eines englischen oder anderssprachigen Ornaments. Bei Benjamin kann man in einem Limerick von Al- fred Dürr eine „Lady aus Worcester“ kennenlernen, die „einst an Keusch- heit und Sitte ein Morcester“ war, doch später „stündigt sie immer bei- weite“. Und Rolf Sonderberg spottet über die Fremdnamenbeifol- gen mit der Wortkette „Poznan“, „Roznan“, „Hoznan“ (zu lesen: Po- sen, Rosen, Hosen).

Selbst Abkürzungen sind limer- ick-fähig. Das exemplifiziert Horand an einem „Dr.“, der „i. d. R.“ (d. h. „in der Regel“) studiert bei „H. und Schl.“, was sich dann wiederum auf „P.“ zu reimen hat. Und als besonde- ren Gag präsentiert Benjamin Limer- icks von Günther Braun, bei denen jeweils Postleitzahlen statt des Reim- wortes benutzt werden. Wer sich in diese Feinheiten vertieft, gerät schnell in Gefahr, mit der englischen Krankheit namens Limerick infiziert zu werden. PETER JOVISHOFF



Wollte ein ernsthafter Maler sein und wurde durch Nonsense berüchtigt: Edward Lear in einem karikierten Selbstporträt. FOTO: HEIMANN-VERLAG

JOURNAL

Karajan-Konzert zum Intendanten-Wechsel

dpa, Berlin
Der neue Intendant des Berliner Philharmonischen Orchesters, Hans-Georg Scheller, ist mit einem Konzert unter Chefdirigent Herbert von Karajan festlich in sein Amt eingeführt worden. Der frühere künstlerische Leiter der Jahrhun- derthalle Hocht tritt die Nach- folge des 81jährigen Interimsin- tendanten Wolfgang Stresemann an. Unter Ovationen des Publi- kums, darunter der Jury-Vorsitzen- den der Berliner, Gina Lollobrigida, dankten Kultursenator Volker Hassemer, Karajan und das Orche- ster Stresemann für seine Arbeit. Der Sohn des früheren Reichskanz- lers und Außenministers Gustav Stresemann hatte das Intendanten- amt bereits 19 Jahre bis 1978 inne und war 1984 während des Streites zwischen Karajan und dem Orche- ster erneut gerufen worden.

Kölner Staatstheater bleibt erhalten

dpa, Köln
Das ehemalige Staatstheater, das auf dem Kölner Messegelände als wichtiger Beitrag zur Bauge- schichte der 20er Jahre gilt, darf nicht angetastet werden. Einen ent- sprechenden Beschluß, die archi- tektonische Hinterlassenschaft der legendären Internationalen Presse- ausstellung in Köln zu schützen, traf der nordrhein-westfälische Mi- nister für Stadtentwicklung, Chris- topf Zöfel (SPD). Die Kölner Mes- segesellschaft hatte beantragt, für Erweiterungsbauten Teile des Sta- tenhauses abreißen zu dürfen.

Bayerische Staatsoper hat technische Probleme

AP, München
Wegen Schwierigkeiten bei der Sanierung der Untermauer der Bühne der Bayerischen Staats- oper in München in den Theaterse- n 1984 und 1985 wird die Oper erst vom Sommer 1987 an wieder ohne Einschränkungen spielen können. Die Bezirksregierung von Oberbayern teilte mit, daß es wegen der Komplexität des Systems nicht gelungen sei, die Betriebsabläufe si- cherzustellen. Bei der Synchro- nisation der Bühnenwagen und Hu- boden seien Probleme aufgetreten, die die Ursache für die Einschrän- kungen des Probe- und Spielbe- triebes seien.

Triennale moderner Kunst in Indien eröffnet

dpa, Neu-Delhi
In der indischen Hauptstadt Neu- Delhi ist die „Triennale“ moderner Kunst eröffnet worden, die als umfassende Ausstellung ihrer Ar- te in der Dritten Welt gilt. Einen Mo- nat lang zeigen Künstler aus 36 Län- dern in der Lalit Kala Akademie ihre Arbeiten, darunter Grafiken, Malereien und Skulpturen. Aus der Bundesrepublik kamen u. a. die Bildhauer Karl Manfred Rennert und Hilmar Böhle.

„Césaire“ für Woody Allen und Coline Serreau

dpa/SAD, Paris
Als bester französischer Film ist in Paris der Streifen „Trois Hommes et un Couffin“ von Coline Serreau mit dem „Césaire“ 1986, dem französischen Filmpreis, ausge- zeichnet worden. Der „Césaire“ für den besten nichtfranzösischen Film ging an Woody Allens „Purple Rose of Cairo“. Der neue Filmstar aber heißt Charlotte Gainsbourg, die erst 14 Jahre alte Tochter des Skandäl- Sängers Serge Gainsbourg. Die Ju- ry sah in ihr das „vielsprechend- ste Nachwuchstalent“.

Karl-Kraus-Symposium zum 50. Todestag

DW, Wien
Ein Karl-Kraus-Symposium ver- anstaltet die Österreichische Gesell- schaft für Literatur aus Anlaß des 50. Todestages des Literaten im Rahmen der Wiener Festwochen. In den Vorträgen wird u. a. über die politische Entwicklung von Karl Kraus, sein Verhältnis zu den Zeit- genossen, seine Nachwirkung oder seine Wirkung in der englischsprachigen Welt gesprochen werden. Das Symposium findet vom 12. bis 15. Mai im Palais Palfy statt.

Forschungsprojekte der Historischen Kommission

DW, Berlin
Berlin und Brandenburg im hi- storisch-politischen Umfeld, Preu- ßen und seine Nachbarn sowie deutsche und europäische Fragen bilden künftig die Forschungs- schwerpunkte der wissenschaftli- chen Arbeit der Historischen Kom- mission zu Berlin. Das gaben der bisherige Kommissionsvorsitzende, Prof. Wolfgang Treue, und sein Nachfolger, Prof. Klaus Zernack, nach der Jahresversammlung in Berlin bekannt. Zugleich wurde mitgeteilt, daß die Kommission bis- her mehr als 80 internationale Ta- gungen und Colloquien organisiert habe. Außerdem hätten 140 Wissen- schaftler aus 18 Nationen For- schungsvorhaben durchgeführt.

Nächste Aufführung: 26. 2.; Karteninforma- tionen: 030 / 7 91 13 15

01-244